Sparerenteignung wird konkreter S.7

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 2 – 11. Januar 2014
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Diese Woche





Getöse ersetzt Einigungswillen: Andrea Nahles will das Thema Mindestlohn nicht weiter debattieren Bild: pa

Falle der Austauschbarkeit

Große Koalition startet statt mit Harmonie mit Aggressivität ins neue Jahr

Auf der Suche nach eigenen Positionen stellen Koalitionäre bereits Beschlossenes wieder infrage. Dabei verwechseln sie sogar ihre eigentlichen Rollen.

Es sind weniger die inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten, die beim Blick auf die blutjunge Große Koalition irritieren. Vielmehr ist es die offensichtliche Lust am lautstarken Streit. Statt Gegensätze abzubauen, scheinen Union und SPD geradezu erpicht darauf, ihre Differenzen dröhnend aufzublasen.

Beispiel Mindestlohn: Im Koalitionsvertrag sind Ausnahmen, ausdrücklich etwa für Saisonarbeiter, vereinbart. Darüber hinaus steht in dem Vertrag, dass der Mindestlohn „im Dialog mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ aller betroffenen Branchen umgesetzt werden solle, was nichts anderes heißen kann, als dass noch weitere Ausnahmen von Anfang an ins Auge gefasst wurden. Nun aber poltert Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD): „Ab 1. Januar 2017 wird niemand weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienen.“

Ebenso steht im Vertrag, dass man den Missbrauch unserer Sozialsysteme durch Zuwanderer angehen wolle. Als die CSU dies nun aber in die griffige Formel „Wer betrügt, der fliegt“ fasste, erhob sich ein Schwall der geheuchelten Empörung bei der SPD und den ihr nahestehenden rot-grünen Medien.

Der Radau ist offensichtlich gewollt. Er erlaubt es den Parteien, sich gegenüber ihrer Anhängerschaft in Szene zu setzen.

> SPD und CDU/CSU spüren, dass sie Profil zeigen müssen

Doch wer meint, sein angebliches „Profil“ derart marktschreierisch ins Fenster stellen zu müssen, der hat ein Problem. Nach diesem muss nicht lange gesucht werden: Unionsanhänger waren bitter enttäuscht über einen Koalitionsvertrag, der wie ein Abklatsch des SPD-Programms daherkam. Wozu haben sie CDU und CSU zum Sieg verholfen, wenn der Wahlverlierer SPD die Richtung diktiert? Im SPD-Lager geistert derweil die Panik umher, abermals in einer Großen Koalition derart verdampft zu werden wie 2009.

Um dem zu entgehen, hat sich die SPD weit nach links bewegt. Die Union ist ihr aber dahin gefolgt, selbst die CSU – Stichwort „Doppelpass“. Das macht das „Profil zeigen“ für beide so schwierig. Wie austauschbar die Grundpositionen hinter dem Getöse in Wahrheit sind, zeigt der CSU-Vorschlag, die Energiewende auf Pump zu finanzieren, um heutige Kunden auf Kosten künftiger zu entlasten. Eigentlich eine typisch linke Lösung. Ausgerechnet der SPD aber fällt nun die Rolle des konservativen Buchhalters zu, der vor künftigen Kosten warnt.

Die Schwierigkeiten werden nicht kleiner dadurch, dass über alldem eine Kanzlerin thront, die es bislang fast immer vermieden hat, früh und standfest Position zu beziehen. Mit dieser Taktik, die sie über acht Jahre an der Macht hielt, dürfte die Koalition im Schlamassel aus Streitlust und Beliebigkeit untergehen. Soll sie vier Jahre halten, muss Merkel also etwas ganz Neues lernen: Farbe bekennen und Linie halten. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Blackout

In einem sind sich die Politiker über alle Parteigrenzen hinweg einig: Die privaten Verbraucher werden durch die Energiewende finanziell zu stark belastet. Ilse Aigner (CSU), erst vor wenigen Monaten aus der Bundespolitik als Staatsministerin für Wirtschaft und Energie nach München gewechselt, will die Energiewende nun teilweise auf Pump finanzieren. Ihr schwebt vor, dass gewerbliche und private Stromkunden zukünftig nur noch einen an ihrem Stromverbrauch orientierten Fixbeitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien zahlen. Die weiteren Kosten, die bei der EEG-Umlage aufgelaufen sind, sollen hingegen über einen sogenannten Streckungsfonds am Kapitalmarkt aufgebracht und später bei gleichzeitiger finanzieller Entlastung von den Stromkunden abgetragen werden.

Die Idee, die Haushalte heute zu entlasten und das Geld später einzutreiben, wenn die Erneuerbaren Energien keine Förderung mehr benötigen, sieht nur auf den ersten Blick gut aus. Denn immerhin würde auf diese Weise in den kommenden zehn Jahren ein Schuldenberg von rund 70 Milliarden Euro aufgebaut werden. Wir erinnern uns an das Versprechen der Union, keine neuen Schulden zu machen. Aigners Vorschlag ist nicht nur deshalb unredlich und unausgegoren. Sie will sich auf billige Weise vor der Klärung der Frage drücken, wer für welchen Teil der Investitionen für die Energiewende aufkommen soll, die Privatkunden, die mittelständische Wirtschaft oder die Großindustrie. Wer so etwas tut, muss einen Blackout haben, was in diesem Fall wohl am treffendsten mit „geistige Verdunkelung“ übersetzt werden kann. Aber auch dieser Blackout wird hoffentlich vorübergehen.

Rückzug im Mittelmeer

Bundesregierung reduziert Antiterror-Mandat

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Beteiligung deutscher Streitkräfte an dem Nato-Seeraumüberwachungseinsatz im Mittelmeer zu reduzieren. Damit beendet Deutschland für sich faktisch den Bündnisfall. Die Operation Active Endeavour (OAE) läuft seit Oktober 2001, nachdem der Nato-Rat erstmals das Inkrafttreten des Bündnisfalls gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages beschlossen hatte. Ziel der Operation ist es, im Mittelmeerraum einen Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr zu leisten. Die Bedrohung durch einen maritimen Terrorismus bewertet die Bundesregierung „derzeit jedoch als abstrakt“. Deshalb enthält das künftige Bundestagsmandat einen deutlich reduzierten Auftrag für die deutschen Kräfte.

Dieser beschränkt sich künftig auf die Beteiligung an den ständigen maritimen Einsatzverbänden der Nato und an den Awacs-Aufklärungs- und Frühwarnflügen sowie auf den Austausch von Lagedaten im Rahmen der „assoziierten Unterstützung“. Eine direkte Unterstellung zusätzlicher nationaler deutscher Einheiten unter das Kommando des Befehlshabers der OAE soll es nicht mehr geben. Auf die bisherigen Befugnisse „Kontrolle des Seeverkehrs“ sowie „Unterstützung spezifischer Operationen der Nato oder weiterer Partner in Reaktion auf mögliche terroristische Aktivitäten im Mittelmeer“ wird verzichtet.

> Bündnisfall faktisch einseitig beendet

Es ist offensichtlich, dass die SPD bei der Formulierung des neuen Mandats federführend war, hatte sie doch bei der letzten Bundestagsabstimmung der Fortsetzung von OAE aus Protest gegen die endlose Fortsetzung des Nato-Bündnisfalls nicht zugestimmt. Die Bundesregierung will jetzt bei den Nato-Partnern dafür werben, OAE von Artikel 5 zu entkoppeln. Über das künftige Mandat soll am 16. Januar im Bundestag abgestimmt werden. *J.H.*

Berlin soll den Mund halten

Immer mehr Euro-Länder lehnen Deutschlands Reformwünsche ab

Es dürfte nicht nur an der Vorweihnachtszeit gelegen haben, dass der jüngste EU-Ratsgipfel vom 19. Dezember 2013 in den hiesigen Medien ein „Nicht-Thema“ war. Nachdem, was die regierungsnahe französische Zeitung „Le Monde“ vom Gipfeltreffen berichtet, muss unter den Regierungschefs eine Untergangsstimmung geherrscht haben. Während in Berlin in Bezug auf den Euro weiterhin Optimismus verbreitet wird, soll Bundeskanzlerin Angela Merkel in Brüssel hinter verschlossenen Türen vor einer drohenden Implosion der Euro-Zone gewarnt haben, falls Reformen ausblieben. Sie komme aus einem Land, das von der Bundesrepublik Deutschland gerettet werden musste, für die Europäer werde niemand aufstehen, um sie zu retten, so Merkel.

Bemerkenswert ist nicht nur, dass Merkel offenbar der Kragen geplatzt ist, auch der Anlass ist aufschlussreich. Auf dem Gipfel hat die deutsche Kanzlerin eine breite Abfuhr für ihren Plan kassiert, die Länder der Euro-Zone zu Reformen zu verpflichten. Nicht nur Frankreich und Italien mauerten, sondern auch befreundete Länder wie Österreich. Er lasse sich nicht vorschreiben, was er zu tun habe, so Kanzler Werner Faymann.

> Geld ja, Kontrolle nein

Wie sehr sich das Klima auf der europäischen Ebene verändert hat, nachdem Euro-Rettungsfonds und Bankenunion unter Dach und Fach sind, macht auch der jüngste Vorstoß von Griechenlands Vizepremier Evangelos Venizelos deutlich. In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ forderte Venizelos ganz offen, Deutschland solle sich bei der Kontrolle über die Verwendung des von ihnen geliehenen Geldes zurückhalten. In der EU würde nun einmal eine klare Aufteilung in Geber und Nehmer existieren. In einfachen Worten: Deutschland soll zahlen, ansonsten aber den Mund halten. *N.H.*

MELDUNGEN

Christen auf dem Vormarsch

Neu-Delhi – Mit mehr als 71 Millionen Menschen, die sich in Indien zum Christentum bekennen, gilt der Halbkontinent jetzt als achtgrößte christliche Nation der Welt. Dies konstatiert Dick Mc Cain, Präsident der Mission Society. Nachdem das Christentum traditionell bisher eher in den unteren Kasten und auch unter den Dalits (Unberührbaren) Fuß gefasst habe, breite es sich jetzt auch immer stärker in der Mittel- und Oberklasse der indischen Gesellschaft aus, ergänzt der Soziologe Prabhu Singh. Allerdings sei deswegen auch eine „alarmierende religiöse Feindschaft“ unter den Hindus festzustellen, die zu Verfolgung und gewaltsamem Widerstand in dem 1,2-Milliardenvolk gegen das Christentum führe. *J.F.*

NSA will Spionage ausweiten

Washington – Obwohl in den USA der Unmut über den mächtigen Geheimdienst NSA wächst, soll dieser derzeit 80 Millionen Dollar in ein Projekt investieren, was alle bisherigen publikgewordenen Spähereien blass erscheinen lässt. So berichtet die „Washington Post“, dass die NSA an einem Rechner arbeite, der nach den Gesetzen der Quantentechnologie nicht nur deutlich schneller, sondern auch vielseitiger einsetzbar ist als alle bisherigen Großrechner. So wird davon ausgegangen, dass die neue Technik in der Lage wäre, jegliche Passwörter zu knacken und somit den Schutz von Informationen nach heutigem Wissensstand unmöglich machen würde. *Bel*

Von Guantánamo in die EU

Peking – „Sie stellen eine Gefahr nicht nur für Chinas Sicherheit, sondern auch für das Aufnahmeland dar“, kritisierte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums die Aufnahme dreier uigurischer Guantánamo-Häftlinge durch die Slowakei. Die USA hatten lange kein Land finden können, dass die drei der zur muslimischen Minderheit in China gehörenden Männer aufnehmen wollten. Nun tut das EU-Land Slowakei Washington den Gefallen, damit dieses einer Schließung des Lagers, in dem dann noch 155 Gefangene sitzen, näher kommt. *Bel*

Euro-Kritiker in der Defensive

Nur noch die CSU bietet neben der AfD die Chance, Unmut über EU und die Gemeinschaftswährung zu äußern

Während die CDU bei ihrer traditionellen Jahresklausur in Wildbad Kreuth zumindest Kritik an der EU artikulierte, distanzierte sich die FDP beim Dreikönigstreffen ausdrücklich von derartigen Positionen und bezeichnete die AfD sogar als „Bauernfängerpartei“.

Die Vorweihnachtszeit 2013 wird dem CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch in keiner guten Erinnerung bleiben. „Als Abweichler in Berlin abgestraft“ titelte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in Bezug auf das berufliche Schicksal des 52-Jährigen. Dabei war er bei der Bundestagswahl mit dem guten Ergebnis von 52,1 Prozent der Erststimmen direkt in den Bundestag wiedergewählt worden. Doch kaum war der Koalitionsvertrag mit der SPD unterschrieben und die Parteiführungen gingen daran, die Posten zu vergeben, wurde offenbar, dass er den Posten als Obmann seiner Fraktion im Haushaltsausschuss nicht mehr behalten würde. Er bot von sich aus an, sich auch mit einem normalen Sitz in dem wichtigen Gremium zu begnügen, doch auch das wurde ihm verwehrt und zwar gezielt, denn Willsch hatte in den letzten Jahren auf CDU-Seite den Widerstand gegen die Euro-Rettungspolitik der schwarz-gelben Koalition angeführt. „Der Spitze um Fraktionschef Volker Kauder (CDU) ging es angesichts der großen Zahl von neuen Mitgliedern in der CDU/CSU-Fraktion wohl um das Statuieren eines Exempels. So funktionieren halt Macht-Apparate“, so Willsch gegenüber der *PAZ*. „Die sogenannte ‚Euro-Rettungspolitik‘ halte ich nach wie vor für ökonomisch grundfalsch und den nachfolgenden Generationen gegenüber für unvertretbar. Sie bedroht auch das friedliche Miteinander in Europa. Daran ändert sich durch die vorgesehene Sanktion gegen mich nichts, das werde ich auch weiterhin deutlich sagen“, betont der Politiker kämpferisch. Viele Mails hätten ihm gezeigt, dass ein ansehnlicher Teil der CDU-Anhänger der Reihe „fortgesetzter Vertragsbrüche zur vermeintlichen Euro-Rettung sowie der Umgehung des Verbotes von Staatsfinanzierung durch die EZB sehr ablehnend“ gegenüber stehe. Für diese Wähler seien die kritischen Stimmen aus der Union ein Zeichen der Hoffnung gewesen, dass sie bei der Union noch eine politische Heimat hätten.

Doch die Führung der CDU hat mit der Degradierung von Willsch ein Zeichen gesetzt. „Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Krise in Europa zu überwinden und einen neuen Aufbruch für ein politisch und wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa zu schaffen“, steht im Koalitionsvertrag zu lesen. Zwar werden Fehler bei der Einführung des Euro eingeräumt, doch die Rettungspolitik soll fortgesetzt werden. Kritiker wie der nun im Ausschuss Wirtschaft und Energie sitzende Willsch sind da nicht gern gesehen und da sein parteiinterner Mitstreiter Wolfgang Bosbach unheilbar an Krebs erkrankt ist, hofft die Parteiführung nun auf Ruhe in den eigenen Reihen.

Auch die FDP, obwohl nicht nur als Regierungspartei abgewählt, sondern erstmals seit Gründung der Bundesrepublik nicht mehr im Bundestag vertreten, sieht die eigene Haltung zur Euro-Rettungspolitik nicht als Mitursache für das Desaster. Statt konkreter Ziele für die für die Partei so wichtige EU-Wahl im Mai zu nennen, versuchte der neue Parteichef Christian Lindner, seine verbliebenen Anhänger mit Sätzen wie „Liberal ist das klare Bekenntnis zu Europa“ zu beglücken. Zwar forderte er die Abschaffung der EU-Kommissare für Gesundheit und Kultur, da dies keine Aufgaben für Brüssel seien, doch zur Euro-Rettung selbst hatte er nicht mehr zu bieten, als die AfD als „Bauernfängerpartei“ zu bezeichnen. Da Frank Schäffler, bekennender Euro-Kritiker und Willschs Mitstreiter auf FDP-Seite, bei der Neuwahl zum Parteivorstand ausgebootet worden war, kam Lindners Distanz zu dem Thema jedoch nicht wirklich überraschend.

CDU statuierte Exempel an internen Euro-Kritiker

Die von ihm beschimpfte AfD, die normalerweise wegen ihrer überwiegend aus Intellektuellen bestehenden Parteiführung als „Professoren-Partei“ kritisiert wird, hat sich trotz massiver interner Streitigkeiten im Gegensatz zur FDP schon für den EU-Wahlkampf in Startposition gebracht. Neben der bekannten Kritik an der Euro-Rettungspolitik fordert sie laut Medienberichten, dass Deutschland entsprechend seiner Einwohnerzahl und Bedeutung ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen erhält, was nichts anderes bedeutet als die Umsetzung demokratischer Ideale. Zudem spricht sich die AfD gegen die „Vereinigten Staaten von Europa“ aus und für eine Europäische Union souveräner Staaten. Auch ist sie gegen eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei und fordert, dass der freie Personenverkehr zwischen EU und Türkei nur nach Volksabstimmung in allen Mitgliedstaaten bewilligt werden dürfe.

Damit kommt die AfD den Forderungen der CSU ziemlich nahe. Die bayerische Schwesterpartei der CDU hat nämlich erkannt, dass genügend Frust über die EU in der Bevölkerung vorhanden ist, um die AfD zu beflügeln. Das kann und will CSU-Chef Horst Seehofer nicht zulassen und greift selbst nach diesen Stimmen, auch wenn es ihm die Kritik seiner Koalitionspartner und linker Medien einbringt. Schon die Wahl des Euro-Kritikers Peter Gauweiler in den Parteivorstand war ein Zeichen. In Wildbad Kreuth forderte dieser Tage auch die CSU Volksabstimmungen bei wichtigen europapolitischen Entscheidungen und eine Verkleinerung der EU-Kommission. Zudem solle sich die EU auf das Wesentliche konzentrieren und die Bürger nicht mit Belanglosigkeiten wie dem Verbot von Ölkännchen behelligen.

Ob CDU und FDP oder CSU mit ihrer Strategie richtig liegen, wird die EU-Wahl im Mai beweisen.

Rebecca Bellano



Es war einmal: 2010 bis 2013 konnten sich Euro-Kritiker wie Frank Schäffler (FDP) und Klaus-Peter Willsch (CDU) im Bundestag noch Gehör verschaffen

Bild: laif

Streit um Russlandpolitik

Merkel und Steinmeier halten an eigenen Koordinatoren fest

In der noch jungen Großen Koalition gibt es neben dem Streit um Pkw-Maut, Mindestlohn, härtere Zuzugsregeln für Rumänen und Bulgaren auch Uneinigkeit über die künftige Russlandpolitik: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der neue Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) diskutieren zurzeit über die Personalie des Russlandbeauftragten der Bundesregierung. Steinmeier möchte seinen Vertrauten Gernot Erler zum Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit ernennen. Der SPD-Politiker Erler, der in der ersten Großen Koalition unter Merkel von 2005 bis 2009 Staatsminister im Auswärtigen Amt war, steht für eine russlandfreundliche Politik. Der studierte Historiker und Slawist kennt sich mit der russischen Mentalität aus. Er ist Autor mehrerer Bücher über Russland und Teilnehmer des St. Petersburger Dialogs. Erler hat sich gegen die scharfe Kritik an Russland ausgesprochen und äußerte Verständnis für Moskaus Misstrauen gegenüber dem Westen. Seine Ernennung zum Russlandbeauftragten würde in Moskau sicher begrüßt werden. Zumindest die Direktorin des Russisch-Deutschen Instituts für Publizistik, Galina Woronenkowa, hat sich bereits positiv geäußert: „Als Person, die Russland als Land sowie seine Sprache und Kultur kennt, könnte Erler loyaler zu Moskau sein und an der Intensivierung des Dialogs mit Russland in der Großen Koalition arbeiten.“

Moskau würde Erlers Ernennung begrüßen

Merkel hingegen hält an Andreas Schockenhoff fest, der das Amt seit 2006 bekleidet und selbst nicht daran denkt, zurückzutreten. Der CDU-Politiker verfolgt eine harte Linie gegenüber der Regierung von Präsident Wladimir Putin. Er gilt als treibende Kraft hinter einer Bundestagsresolution, die das Vorgehen Moskaus gegen die Opposition scharf kritisiert. Auch Bundeskanzlerin Merkel hat Putin bereits wiederholt wegen der Verletzung der Menschenrechte öffentlich kritisiert. Steinmeier hatte eher auf ein Konzept einer Modernisierungspartnerschaft mit Moskau gesetzt, das allerdings bisher nicht aufgegangen ist. Kritiker befürchten, dass Steinmeier zu nachgiebig in den Beziehungen zu Moskau sein könnte und bevorzugen Schockenhoff, der seine Arbeit bisher gewissenhaft geleistet habe. Sollte Steinmeier Schockenhoff ersetzen, könne dies als eine Art Zugeständnis an den Kreml bewertet werden, wo Schockenhoff nicht gerade beliebt ist.

Neben dem Koordinator für die Beziehungen mit Russland gibt es in Deutschland sieben weitere Koordinatoren und Beauftragte, die für die Beziehungen mit den USA, Frankreich, Polen sowie für die Menschenrechte und die Abrüstungs- und Sicherheitspolitik zuständig sind. Daneben gibt es Sonderbeauftragte für die Cyber-Politik sowie für Afghanistan und Pakistan. Wer von den bisherigen Beauftragten im Amt bleibt oder wer ersetzt wird, entscheiden Merkel und Steinmeier gemeinsam. Aufgrund der gegensätzlichen Positionen der Koalitionspartner wird die Personalfrage so als eine Richtungsentscheidung der künftigen Russlandpolitik gesehen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Die Antifa-Ministerin

Schwesig will Extremismusklausel abschaffen

Kaum hatte Manuela Schwesig (SPD) das Amt der Familienministerin übernommen, verkündete sie schon, dass sie die von ihrer Amtsvorgängerin Kristina Schröder (CDU) 2011 eingeführte sogenannte Extremismusklausel wieder abschaffen wolle. Diese stelle Demokratieprojekte unter „Generalverdacht“, so die Erklärung der 39-Jährigen. Die Extremismusklausel verlangt von jeder Initiative, die sich den „Kampf gegen Rechts“ auf die Fahnen geschrieben hat und hierfür Fördergeld vom Familienministerium will, dass sie sich selbst zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt. Die ist aus Schwesigs Sicht eine „Gängelung“.

Bild: action press

SPD-Politikerin misst mit zweierlei Maß

Offenbar scheinen dies viele andere ebenso zu sehen, denn Schwesigs Absicht, die Regelung abzuschaffen, sorgte kaum für Reaktionen. Nur Lorenz Caffier (CDU), Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern und somit ehemaliger Kabinettskollege von Schwesig, die bis zum Wechsel nach Berlin in Schwerin Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales war, ist überzeugt, die SPD-Politikerin setze ein „falsches Signal“. „Leider ist nicht jede Anti-Nazi-Initiative, nicht jeder Antifaschist zugleich ein Kämpfer für Freiheit und Demokratie“, so Caffier, der überzeugt ist, dass eine wehrhafte Demokratie weder Rechts- noch Linksextremismus vernachlässigen dürfe. Und für die Linksextremisten sei die Bundesrepublik „lediglich ein faschistischer Staat und die Polizei ein mit Gewalt zu bekämpfendes Symbol dieses Staates“, merkte der Landesminister gegenüber dem NDR mit Blick auf die „autonomen Chaoten“ an, die kurz vor Weihnachten das Hamburger Schanzenviertel in Aufruhr versetzt hatten.

Auch wunderte sich nur ein Journalist der „Zeit“ über den Umstand, dass Schwesig die Extremismusklausel bekämpft, obwohl sie doch selbst 2010 etwas Ähnliches in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt hat. Dort müssen Erzieher ihre Verfassungstreue bekunden. Ziel ist es, so NPD-Mitglieder von Kindertagesstätten fernzuhalten. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Beamte wollen auch

Neue Belastungen drohen den öffentlichen Haushalten durch die Forderung des DBB Beamtenbund und Tarifunion „nach systemgerechter Übertragung“ der von der Großen Koalition beschlossenen „Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung“. Diese Kosten ließen sich nämlich nicht auf die Rentenversicherung abwälzen, um Steuererhöhungen zu vermeiden. *M.R.*

2.033.735.713.270 €

Vorwoche: 2.032.656.734.884 €
Verschuldung pro Kopf: 25.264 €
Vorwoche: 25.250 €

(Dienstag, 7. Januar 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wut auf Gauck

Von THEO MAASS

Wer dieser Tage in Berlin mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, der wird immer häufiger von Verkäufern der Obdachlosenmagazine „Straßenfeger“ und „Motz“ um eine Spende angegangen. Der Inhalt der Zeitungen wird dabei nicht von den Obdachlosen verfasst, sondern „irgendwelche“ Profis schreiben meist unlesbaren linken oder linksliberalen Kram, den man auch im „Tagesspiegel“, der „Zeit“ oder der „Süddeutschen Zeitung“ nachlesen kann. Frei nach dem Motto: „Die Welt ist schlecht, vor allem der Sportteil.“ In der kalten Jahreszeit kommt aber noch hinzu, dass die „Tippelbrüder“ nachts Schwierigkeiten haben, ein Plätzchen zu finden.

An den Weihnachtsfeiertagen waren manche von ihnen unterwegs. Mit der S-Bahn. Sobald der erste Zug fuhr, suchten sie sich einen Wagon in einer Linie, die möglichst lang ist. So bekommen sie wenigstens eine Mütze voll Schlaf, auch wenn die gelegentlich von Kontrolleuren unterbrochen wird, die nach einem gültigen Fahrausweis fragen.

Ich treffe am zweiten Weihnachtsfeiertag zwei von ihnen. Der eine schnarcht und stinkt nach billigem Alkohol, der andere ist aber ansprechbar. Karl hat die Weihnachtsansprache seines Bundespräsidenten gehört. Die hat ihm offenbar nicht sonderlich gefallen. Mehr noch, man sieht, der Mann ist von kalter Wut gepackt. Er weiß um seine Macht- und Einflusslosigkeit. Aber dass nun er und seinesgleichen zurückstehen müssten, während Leute aus dem Ausland, die nur ins Land kämen, um abzukassieren, nachts ein warmes Bett haben, genug zu Essen und vor allem die öffentliche Aufmerksamkeit haben, macht den Mann wütend.

Und nun auch noch Gauck. Der Pfarrer, der Mann, der im Osten doch die Knute der kommunistischen Staatsmacht zu spüren bekommen habe und nun der „Volkspräsident“ sein sollte, ausgerechnet der fasele davon, noch mehr für diese Leute zu tun. Karl hat Pech im Leben gehabt: Frau ging fremd, Scheidungskrieg, Arbeitslosigkeit, neue Partnerschaft, auch nix gewesen, Schröders Ein-Euro-Jobs, dann beim „Sklavenhändler“ für 3,50 Euro in der Stunde „geschubbert“, und nun hat er einfach keine Lust mehr – mit 49 Jahren.

Dann lacht er und grinst mich an. Nächstes Mal würde er Frank Zander wählen – zum Bundespräsidenten. Der gebe immer kurz vor Heiligabend ein Gänseessen für Obdachlose aus. Da war er diesmal auch. Da hat er Reinhard Mey, Axel Schulz, Andrea Fischer, Frank Schöbel, die Gebrüder Blattschuss und Bernhard Brink erlebt und gehört. Das seien gute Menschen – die seien ihm lieber als Gauck in seiner „fetten Villa“, wenn er davon rede: „Tun wir wirklich schon alles, was wir tun könnten?“ Karl würde ihm gern erklären, was speziell er noch alles machen könnte ...

Stimmung heizt sich auf

Berliner Bürger zunehmend verstimmt über »Flüchtlings«-Politik – Linksradikale mobilisieren



Hinten in der Reihe anstellen: Heimische Obdachlose geraten aus dem Fokus der Öffentlichkeit

Bild: pa

Der Streit um Armutszuwanderung führt zunehmend zum Krach in der rot-schwarzen Berliner Rathaus-Koalition. Während in Wirtschaft und Bevölkerung das Verständnis schwindet, nutzen Linksradikale die Lage zur Eskalation und die SPD für taktische Spielchen.

Der anschwellende Zustrom von Armutsimmigranten nach Deutschland nimmt Ausmaße an, die geeignet sind, die sozialen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Grundlagen zu untergraben. Dabei wird auch eine Kluft zwischen staatlicher Zuwendung für einheimische Bedürftige und den Neuankömmlingen, die vorgeben, politisch verfolgt zu sein, immer größer. Die Berliner Kältehilfe schätzt die Zahl der von Obdachlosigkeit betroffenen Berliner auf 800 bis 1200, Tendenz steigend. Ihnen stehen nur 433 von der Stadt bezuschusste Schlafplätze zur Verfügung, gerade einmal elf mehr als im Vorjahr. Von diesem Elend nimmt die veröffentlichte Meinung kaum Kenntnis.

Die radikale Linke ist derweil in ihrem Element. Gewaltbereite Linksextreme rufen für diesen Monat zu bürgerkriegsähnlichen Krawallen in Berlin auf. In linken Internetportalen wird über Strategien nachgedacht: „Wir gehen davon aus, dass die Bullen am Tag der Räumung mit einem Großaufgebot in Kreuzberg 36 präsent sein werden ... Denkbar sind aus unserer Sicht also Aktionen in den angrenzenden Stadtteilen, besonders geeignet erscheinen uns dafür der Graefe-Kiez mit seinen engen Straßen, beziehungsweise die Gegend rund um Sonnenallee und Karl-Marx-Straße mit etlichen Banken und Handelsketten sowie vielen kleinen Querstraßen und dunklen Plätzen, um sich zu sammeln.“ Anlass für die geplanten Straßenschlachten ist die vom Innensenator Frank Henkel (CDU) für den 18. Januar angekündigte Räumung des „Flüchtlingscamps am Oranienplatz“. Dort kampierten zunächst einige zum Teil bereits abgelehnte Asylbewerber, die dort unter Bruch der für sie geltenden Residenzpflicht aus anderen Teilen Deutschlands nach Berlin umgezogen waren.

> Will Wowereit Innensenator Henkel bloßstellen?

Das Lager entwickelte sich bald zu einer Brutstätte der Kriminalität. Handgreiflichkeiten und Übergriffe der „Flüchtlinge“ gegen die meist türkischen Anwohner des Platzes füllten Schlagzeilen. Messerstechereien, Drogenhandel, versuchte Kindesentführungen, die Besetzung der Botschaft eines afrikanischen Landes, schließlich der Vorwurf der Vergewaltigung werden neben Beleidigungen, Nötigungen und Rempeleien den „Flüchtlingen“ und ihren linken Unterstützern vorgeworfen.

Am 28. Dezember 2013 flüchtete ein 18-jähriger Asylbewerber aus Schwarzafrika in Berlin-Kreuzberg vor der Polizei über die Straße und verursachte einen schweren Verkehrsunfall. Er hatte nur eine Aufenthaltsgenehmigung für Magdeburg und wurde zudem wegen Urkundenfälschung gesucht.

Die meisten „Campbewohner“ hausen inzwischen in einer Kreuzberger Schule, die sie mit Duldung des Bezirks besetzt halten. Die gelegentlich zur Notfallrettung oder Brandlöschung gerufene Feuerwehr mag das Gebäude inzwischen nur noch unter Polizeischutz betreten, was zu einigen Schwierigkeiten im Einsatz geführt hat. Gelegentlich ist auch der öffentliche Nahverkehr behindert. Der Busfahrer gibt dann bekannt: „Bitte alle Fahrgäste aussteigen, die Weiterfahrt über den Oranienplatz ist wegen einer Demonstration leider nicht möglich.“

Vor einigen Tagen beklagte sich der Afrika-Verein Joliba darüber, dass der Senat ihm künftig keine Steuergelder mehr zuleiten wolle. Wie aus einer linken Tageszeitung zu erfahren war, „arbeitet Joliba mit den Dealern am Görlitzer Park“ und habe dafür sogar einen Integrationspreis des Senats erhalten. Der Verein beschäftigt drei Sozialarbeiter. Die Vorsitzende Katharina Oguntoye vermutet „Repressionen“ des Senats gegen die grüne Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann.

Abgesehen von den verschwendeten Steuergeldern für nicht abgeschobene Asylbewerber entsteht der Stadt noch anderer wirtschaftlicher Schaden. BWM überlegt, in welcher Form der Autobauer seine Hauptstadtrepräsentanz organisiert. Was „Otto Normalverbraucher“ selbstredend zugemutet wird – nämlich die Nachbarschaft zu bestenfalls nur lästigen Neuankömmlingen –, will BMW offenbar nicht hinnehmen. Es geht um den Neubau der Niederlassung in Charlottenburg an einem Standort, an dem bislang ein Asylbewerberheim provisorisch untergebracht war. Der Senat hatte BMW schriftlich zugesagt, dass das Gelände nur bis Ende 2013 blockiert sei. Nun kämpft die Grünen-Abgeordnete Canan Bayram dafür, dass die Duldung des Heims verlängert wird auf Kosten der BMW-Pläne. Sie findet die Senatszusage an den für Berlin wichtigen Konzern „skandalös“.

Während die öffentliche Meinung – gut ablesbar an den Leserbriefen der Hauptstadtgazetten – kaum noch Verständnis für die „Flüchtlinge“ aufbringt, bahnt sich im Berliner Senat eine Hängepartie an. Innensenator Henkel hatte zwei Senatskollegen zur Mitzeichnung einer Vorlage zur Räumung des „Flüchtlingscamps“ am Oranienplatz aufgefordert. Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) hat bisher aber nicht unterzeichnet. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit könnte nun versucht sein, die Angelegenheit gar nicht erst auf die Tagesordnung zu setzen. So hätte er sich bei der Asylantenlobby beliebt gemacht und seinen CDU-Konkurrenten Henkel in der Öffentlichkeit bloßgestellt.

Hans Lody

Goldene Zeiten vorhergesagt

Wirtschaftsforscher: Deutsche Hauptstadt auf der Überholspur

Goldene Zeiten für Berlin sieht eine Studie der Berliner Industrie- und Handelskammer und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung voraus. Berlins Wirtschaft soll demnach bis 2030 stärker wachsen als der Bundesschnitt. Mit einem prognostizierten Wachstum von bis zu 80 Prozent werde die Hauptstadt sogar andere europäische Metropolen einholen.

Momentan noch Nachzügler, soll Berlins Wirtschaftsleistung bis zum Jahr 2020 bereits den Bundesschnitt erreichen, im darauffolgenden Jahrzehnt könnte die Hauptstadt sowohl bei der Wirtschaftskraft als auch bei der Produktivität sogar deutlich über dem deutschlandweiten Schnitt liegen. Im Detail wird vorausgesagt, dass bis 2020 die Wirtschaftsleistung Berlins jährlich um 1,9 Prozent zulegen werde – deutschlandweit soll der Wert nur bei 1,1 Prozent liegen. Bis 2030 soll das Bruttoinlandsprodukt der Hauptstadt dann sogar um bis zu 30 Prozent über dem Bundesschnitt liegen.

So erfreulich die Voraussagen für die deutsche Hauptstadt auch klingen, starke Zweifel sind angebracht. Zum einen haben die Forscher die Wirtschaftsentwicklung der Hauptstadt seit 1995 unter die Lupe genommen und aus den wichtigsten Trends Szenarien für die Zukunft abgeleitet. Solche linearen Fortschreibungen bisheriger Trends haben sich allerdings oft genug als Trugschluss erwiesen. Fraglich ist zum Beispiel, ob der Boom im Tourismus und im Dienstleistungssektor wie bisher weitergeht oder ob nicht langsam eine Sättigungsgrenze erreicht ist. Weitgehend ausgeblieben ist obendrein eine bisher immer erhoffte Re-Industrialisierung Berlins.

> Prognose zeigt das enorme Potenzial von Berlin

Noch mehr Skepsis ist angesichts des sehr weit gesteckten Zeitrahmens angebracht. Langfristige Wirtschaftsvoraussagen – hier bis zum Jahr 2030 – kommen fast einer Kaffeesatzleserei gleich. Spätestens die Finanzkrise des Jahres 2008 hat gezeigt, dass die meisten Wirtschaftsforscher oftmals schon überfordert sind, eine zutreffende Voraussage für den Zeitraum eines Jahres abzuliefern. Zu viele Faktoren, die eine völlig andere Entwicklung erzwingen, müssen bei Langzeitstudien ohne Berücksichtigung bleiben. Eine Aussagekraft könnte in der spektakulär optimistischen Studie zu Berlins Zukunft dennoch stekken: Deutlich wird nämlich, welches Potenzial in der deutschen Hauptstadt vorhanden ist – zumindest unter idealen Rahmenbedingungen.

Norman Hanert

Namensstreit

Zeitung mokiert sich über »Mohrenstraße«

Nach dem eindeutig ablehnenden Bürgervotum zur geforderten Umbenennung der Treitschkestraße in Zehlendorf-Steglitz war es einige Zeit ruhig geworden. Nun belebt der „Tagesspiegel“ die „Umbenenneritis“ in Berlin wieder. Andrea Dernbach, stellvertretende Politik-Ressortleiterin des Berliner Blatts, versucht, subtil die Debatte um die Benennung des Vorplatzes des Schlosses nach Nelson Mandela zu nutzen, um eine Umbenennung der „Mohrenstraße“ in Berlin Mitte „anzuregen“.

Mit der Überschrift „Rassismus im Stadtbild, Sprache ist Macht“ setzt sie nach altbewährter Manier auf moralischen Druck. „Benannt wurde sie (die Mohrenstraße) nach ihren frühen Einwohnern, versklavten afrikanischen Kindern, die am brandenburg-preußischen Hof dienen mussten ... Der Vorschlag, den Platz vor dem Berliner Schloss-Neubau nach Nelson Mandela zu benennen, hat alle die erbost, die seit Jahren gegen die kolonialistische Geschichte ... Berliner Straßennamen protestieren.“ Dass die Mohrenstraße schon seit 300 Jahren so heißt und Sklaverei in Preußen unbekannt war, verdrängt Dernbach.

> Wirre Parolen statt echter Argumente

Aber es gibt scharfen Gegenwind. Der CDU-Abgeordnete Robbin Juhnke fragt süffisant: „Wer ist Andrea D.?“ Sein Fraktionskollege Kurt Wansner hält die Autorin für eine „Spinnerin“. Der Fraktionschef der Zehlendorfer CDU, Torsten Hippe, kommentierte die von der „Tagesspiegel“-Journalistin angeschobene Debatte so: „Wer sich keine Gedanken zu wichtigen Themen macht, macht sich eben wichtig. Das ist in der Politik so.“

Theo Maass

Blockiert für Elektro-Autos

Nur 1200 Autos mit Elektroantrieb sind in Berlin angemeldet. Deutschlandweit wurden 2012 nur 6051 Elektro-Pkw neu zugelassen. Technische Defizite und unzureichende Reichweiten lassen die E-Autos bislang wenig attraktiv erscheinen. Die Berliner Agentur für Elektromobilität eMO fordert nun eine „Wende“. Zwar werden bereits jetzt Steuermittel verwendet, um den Kauf von E-Autos zu fördern, aber eMO-Sprecher Jörg Welke will mehr und fordert die Reservierung von nicht weniger als 1200 Innenstadt-Parkplätzen für E-Mobile. Welke: „An der Förderung des Elektroantriebs führt kein Weg vorbei, denn Benzin geht irgendwann zu Ende.“ Der klamme Senat greift mit fünf Millionen Euro tief in den Sack der Steuergelder, um Berlin zum „Schaufenster für Elektromobilität“ zu machen. Welke scheut nicht vor Zwangsmaßnahmen zurück: „Nach der Straßenverkehrsordnung kann öffentlicher Parkraum für solche Vorhaben entzogen werden.“ *T.M.*

Zeitzeugen



Ulrich Maly – „Ich denke, dass gerade Deutschland noch eine historische Schuld abzutragen hat an den Roma, und dass wir deshalb umso mehr diese Menschen nicht verteufeln dürfen“, so der Präsident des Deutschen Städtetages. Der SPD-Politiker, der seit 2002 Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg ist, zeigt sich voller Verständnis für jene Menschen, die in ihrer Heimat diskriminiert würden und sich hier ein besseres Leben erhofften. Zwar leugnet er nicht, dass Städte wie Duisburg unter einer Einwanderung ins Sozialsystem litten, doch gibt er sich überzeugt, dass die meisten Zuwanderer nicht kämen, weil es hier Geld vom Amt gibt.



Hans-Werner Sinn – Der Chef des Münchner ifo-Instituts ist überzeugt, dass eine Einwanderung in die westlichen Sozialsysteme und somit deren Kollaps nur verhindert werden kann, wenn auch bei Auswanderung die Heimatländer vorerst zuständig blieben. „Wer Sozialleistungen in seinem Heimatland in Anspruch nehmen kann, kann nicht in einem anderen Land die Hand aufhalten – aber er darf die Leistungen seines Heimatlandes konsumieren, wo er will.“

Birgit Zoerner – Die Sozialdezernentin der Stadt Dortmund, die die Arbeitsgruppe des Städtetages „Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien“ leitet, ist überzeugt, dass vor allem Roma aus Bulgarien und Rumänien in deutsche Großstädte zögen. Für die betroffenen Städte fordert sie einen eigenen Fonds, aus dem sie Fördermittel für dieses spezielle Problem erhalten können. Den Vorschlag des ifo-Chefs hält sie für nicht realistisch: „Wer mit rumänischer Sozialhilfe nach Deutschland kommt, kann davon hier nicht leben.“



Volker Bouffier – „Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass niemand gern sein Heimatland verlässt“, glaubt der hessische Ministerpräsident. Der CDU-Politiker will Armutszuwanderung verhindern, indem man die betroffenen Menschen in ihrer Heimat unterstützt. Sollten die Zuwanderer aber doch kommen, müsse dafür gesorgt werden, dass sie sich darum bemühten, ihren „Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten“.

Vor dem Ansturm?

Deutsche Politik lädt nahezu zur Armutszuwanderung ein

Wer kommen wollte, ist längst hier – so lautet eine der Parolen, mit denen den Deutschen die Furcht vor einer Massenzuwanderung von Bulgaren und Rumänen ausgeredet werden soll. Weitaus näher an der Realität sind Berichte britischer Medien, wonach in Sofia und Bukarest mittlerweile Flug- und Busverbindungen nach Westeuropa restlos ausverkauft sind.

Dass gerade in Großbritannien und in den Niederlanden sowohl die Bevölkerung als auch Politiker hypernervös werden, wenn es um die Zuwanderung vom Balkan geht, hat gute Gründe. Nach der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 hatten beide Länder auf eine Übergangslösung verzichtet und den Arbeitsmarkt sofort geöffnet. Die Folge war eine massive Zuwanderungswelle, samt Folgeproblemen. Entsprechend realistisch ist nun die Herangehensweise angesichts der seit dem 1. Januar geltenden EU-Freizügigkeit für die Bürger Bulgariens und Rumäniens.

Ganz anders sieht die politische Diskussion hierzulande aus. Der Versuch der CSU, Zuwanderung und Sozialmissbrauch zu thematisieren, hat fast hysterische Reaktionen hervorgerufen. Untergegangen ist dabei jedoch, dass sich die CSU lediglich für eine Umsetzung europäischer Vorgaben in deutsches Recht stark macht. Jeder EU-Bürger kann sich 90 Tage lang in einem anderen Mitgliedsland als Tourist oder zur Arbeitssuche aufhalten, in dieser Zeit hat er allerdings keinen Anspruch auf Sozialleistungen des Gastlandes. Es waren deutsche Sozialgerichte, die meinten, den Kreis der Sozialhilfeberechtigten auch auf frisch Zugereiste ausdehnen zu müssen.

Gesetzeslücken öffneten Sozialsystem bereits früher

Auch bei der Problematik der Zahlung von Kindergeld an EU-Ausländer muss sich die deutsche Politik den Vorwurf gefallen lassen, wenig Realitätssinn bewiesen zu haben. Fast symptomatisch für die hiesige Diskussion kann eine Untersuchung gelten, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien vorgelegt wurde. Zwar meint das, zur Arbeitsagentur gehörende IAB, „keine große Gefahr für den Sozialstaat“ ausmachen zu können, die präsentierten Zahlen sprechen aber eine andere Sprache. Angeführt wird etwa, dass die Arbeitslosenquote von Bürgern beider Balkanstaaten deutschlandweit mit 7,4 Prozent unter dem Bevölkerungsdurchschnitt (7,7 Prozent), die Zahl der Hartz-IV-Empfänger mit zehn Prozent über dem Durchschnitt (7,5 Prozent) liegt.

Eine Erklärung liefert ein Blick auf den Berliner Bezirk Neukölln, der sich zu einem Magneten für Zuwanderer vom Balkan entwickelt hat. Auf die rund 5400 offiziell gemeldeten Rumänen und Bulgaren entfallen 3500 Gewerbeanmeldungen. Den Anreiz für den rekordverdächtigen Gründungseifer liefert das deutsche Sozialrecht. Mit dem Status eines formell selbstständigen Entrümplers oder Zettelverteilers war schon vor dem 1. Januar 2014 die Aufstockung des oftmals kaum vorhandenen Einkommens per Hartz IV möglich, ebenso der Bezug von Kindergeld. Quasi nebenbei rücken die Zahlen des IAB auch die Behauptung von den zugewanderten Fachkräften in das richtige Licht. Laut Mikrozensus 2011 hatten von den Bulgaren und Rumänen, die nach dem EU-Beitritt 2007 nach Deutschland eingewandert sind, 46 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Erstaunlich ist, dass eine sehr einfache Lösung für das Problem „Sozialtourismus“ in der EU bisher hierzulande kaum diskutiert wird. Das Heranziehen des jeweiligen Herkunftsstaates, wenn seine Bürger im EU-Ausland Sozialleistungen beanspruchen, wäre die beste Alternative zur Einschränkung der Freizügigkeit und zur drohenden Überforderung des Sozialstaates. Eine Lösung in dieser Richtung könnte von Großbritannien in Gang gebracht werden. Wie der „Independent“ berichtet, will Premier David Cameron seine Zustimmung zur EU-Aufnahme von Länder wie Serbien oder Albanien daran koppeln, wenn vorab geklärt ist, dass Bürger dieser Staaten keine Ansprüche an das britischen Sozialsystem anmelden können.

Norman Hanert

Kindergeld als Lebensgrundlage

Seit Kurzem liegt dem Familienministerium ein Vorschlag vor, die Zahlung von Kindergeld an Ausländer an Bedingungen zu knüpfen. Die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft zu Armutswanderung aus Osteuropa will die Zahlung künftig an den Schulbesuch oder den Aufenthalt des Kindes in Deutschland koppeln. Der Vorschlag hat einen erstaunlichen Hintergrund. Nach bisheriger Rechtslage wird selbst dann ein Kindergeld gewährt, wenn das jeweilige Kind gar nicht in Deutschland wohnt. Allein die polizeiliche Meldung der Eltern reicht, um einen Anspruch auf Kindergeld gegenüber dem deutschen Sozialstaat zu begründen. Nach den bisher vorliegenden Zahlen haben im Juni 2013 insgesamt 32 579 Bulgaren und Rumänen in Deutschland Kindergeld erhalten. Dabei sollen 11,6 Prozent der Rumänen-Kinder und 4,6 Prozent der Bulgaren-Kinder, für die Deutschland Kindergeld gezahlt hat, noch im Heimatland leben.

Politik doktert an Symptomen herum

Eine Änderung der gesetzlichen Grundlage zum Kindergeldbezug, wie sie jetzt diskutiert wird, dürfte einen Herumdoktern an Symptomen gleichkommen. Statt dass weniger Kindergeld gezahlt wird, dürfte bei einer Änderung der rechtlichen Grundlagen das Resultat lediglich darin bestehen, dass die jeweiligen Kinder nach Deutschland geholt werden.

Nach Erkenntnissen der Berlin-Neuköllner Bezirksstadträtin Franziska Giffey (SPD) ist der Bezug von Kindergeld die Lebensgrundlage vieler zugezogener rumänischer und bulgarischer Familien. Welchen finanziellen Anreiz für eine Zuwanderung allein das Kindergeld darstellt, macht ein Vergleich der nackten Zahlen deutlich. Während in Deutschland Eltern 184 Euro Kindergeld erhalten, werden in Rumänen und Bulgarien rund sieben bis zehn Euro ausbezahlt. *N.H.*



Sehnsuchtsziel London: Bulgaren bereiten sich in Sofia auf ihre Reise in Richtung Großbritannien vor

Bild: action press

Nichts zu verlieren

Sind es wirklich Facharbeiter, die ihr Glück im Westen suchen?

Seit Wochen versuchen Politiker, Migrations-Experten und Journalisten, die Deutschen davon zu überzeugen, dass Deutschland die Arbeitskräfte, die seit dem 1. Januar aus Rumänien und Bulgarien einreisen dürfen, dringend brauche. Nur die CSU warnt vor der Einwanderung in das deutsche Sozialsystem und wird dafür von allen Seiten als „rechtspopulistisch“ beschimpft. Angeblich wären 72 Prozent der seit 2007 aus den beiden osteuropäischen Ländern Eingewanderten sozialversicherungspflichtig beschäftigt, heißt es von offizieller Seite. Interessanterweise wird jedoch nicht erwähnt, wie viele bisher insgesamt gekommen sind. Auch weiß niemand, wie viele künftig noch kommen werden.

Und völlig unabhängig von den lückenhaften Statistiken haben die meisten Bürger ganz andere Bilder vor Augen. So etwa die zunehmende Zahl von offenbar organisierten Bettlern und Musikanten auf unseren Straßen, deren Wiege in Rumänien und Bulgarien stand, wo sie als Mitglieder der Roma einer dort lebenden Minderheit angehörten. Aber auch Berichte aus Städten wie Mannheim oder Duisburg wecken Ängste. Dort haben sich inzwischen so viele Zigeuner angesiedelt, dass die dortigen Kommunen unter den ansteigenden Sozialkosten ächzen. Hinzu kommt über die Jahre angelesenes Hintergrundwissen über den nicht vorhandenen Bildungshintergrund dieser Zuwanderer. 44 Prozent der Roma haben keinen Schulabschluss, war beispielsweise im „Deutschlandradio“ zu vernehmen. 19 Prozent der bulgarischen Roma sind laut Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sogar Analphabeten. Wer angesichts dieser Informationen von „Facharbeitern“ spricht, der kann nicht ernst genommen werden.

44 Prozent der Roma haben nicht einmal einen Schulabschluss

Allerdings darf man nicht vergessen, dass diese ethnische Gruppe vor Beginn der Auswanderungswelle nur knapp zehn Prozent der Bevölkerung in Rumänien und Bulgarien stellte. Also kann man davon ausgehen, dass auch genügend rumänische und bulgarische Krankenschwestern und Ärzte den Weg nach Deutschland finden. Bei Angestellten staatlicher Einrichtungen, die eher mäßig bezahlen, mag diese Theorie aufgehen, dürfte jedoch das dortige Gesundheitssystem zugunsten des deutschen massiv belasten. Doch schon die erhofften Ingenieure werden eher zögernd ihre Koffer packen. Ist ihr Arbeitgeber ein global agierender Konzern, verdienen sie nicht viel weniger als ihre Kollegen in Deutschland, die aber eine höhere Abgabenlast und eine deutlich schlechtere Kaufkraft haben. Wer zudem in größeren Städten wohnt, beispielsweise in Bukarest, der lebt in einem prosperierenden Umfeld.

Dies können hingegen die Roma in den beiden Ländern nicht von sich behaupten. Ein Großteil von ihnen lebt auf dem Land in äußerst ärmlichen Verhältnissen und hat laut KAS zu 40 Prozent keinen Frischwasseranschluss und zu über 60 Prozent keine Arbeit. Gerade jene Menschen haben nichts zu verlieren und können im Ausland – oft zu Lasten der Einheimischen – nur gewinnen. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5689**

Der König lässt kämpfen

CSU: Der Machtkampf um seine Nachfolge hält Horst Seehofer auch Kritik an seiner Parteiführung vom Leib

Im Jahr 2018 will Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer erklärtermaßen nicht mehr antreten. Im Rennen um die Nachfolge laufen sich nun die Anwärter warm. Die Szenerie erinnert an die Epoche der Diadochenkämpfe unter dem seligen Franz Josef Strauß.

Waren die FJS-Nachfolger in spe damals noch vom Kaliber Waigel, Stoiber, Streibl und Tandler, müssen sich die Bayern heute mit schwächeren Kandidaten zufriedengeben: Markus Söder, Ilse Aigner, Christine Haderthauer und Alexander Dobrindt sind diejenigen, die sich derzeit nach vorn drängen.

Söder und Aigner hat Seehofer in eine Art kabinettsinternes Wettrennen geschickt, wer bei zwei sehr schwierigen Aufgaben die besten Ergebnisse vorzulegen hat. Haderthauer hat nur Außenseiterchancen, doch als neue Chefin der Staatskanzlei kann sie viele Querschnittsaufgaben an sich ziehen. Und Dobrindt wurde von Seehofer höchstpersönlich in Stellung gebracht, indem er ihn in einer Vorstandssitzung zum „Leader“ der CSU-Minister in Berlin erklärte. Der Chef selber kann sich einstweilen zurücklehnen und beobachten, wie sich die Kandidaten gegenseitig schädigen und ihm damit vorläufig ein wenig Ruhe sichern. Doch die Nachfolgefrage wird in den kommenden Jahren immer bohrender werden.

Söder hat eine überaus heikle Mission zu erfüllen. Gleiche Lebensqualität und Infrastruktur in ganz Bayern herzustellen, ist die erklärte Aufgabe des neuen Heimatministers – ein Titel, den er neben dem des Finanzministers trägt. Das neue Heimatministerium hat seinen Sitz in Söders Heimatstadt Nürnberg – erstmals seit Gründung des Königreiches Bayern vor gut 200 Jahren ein bayerisches Ministerium außerhalb Münchens.

Die Aufgabe ist schwierig. Während nämlich Südbayern, vor allem der Großraum München bis nach Augsburg und Landshut, zu den wirtschaftlich stärksten Regionen der Welt zählt, sind vor allem die Oberpfalz und Oberfranken sowie der gesamte Streifen am früheren Eisernen Vorhang strukturschwach: Die dortige kleinteilige Landwirtschaft rentiert sich kaum mehr, junge Leute ziehen zum Studium in die Großstädte und kommen nicht mehr zurück, Einzelhändler, Bäcker, Metzger, Wirtshäuser, Arztpraxen schließen wegen der Entvölkerung. Bei der letzten Landtagswahl musste die strukturschwache Region in Oberfranken (Wunsiedel-Hof-Kulmbach) wegen der Bevölkerungsverschiebung einen Stimmkreis an die Boomregion Oberbayern abgeben.

Heimatminister Söder konzentriert sich zunächst auf den schnellen Ausbau des DSL-Netzes, ohne dass sich heutzutage keine noch so kleine Firma irgendwo ansiedelt. Aber um das Leben auf dem strukturschwachen Land attraktiver zu machen, sind weitere Maßnahmen nötig, etwa die klassische CSU-Forderung nach Erhöhung der Pendlerpauschale, eine Erhöhung der Städtebauförderung und so weiter. Doch davon steht im Koalitionsvertrag im Bund leider nichts.

> Alle vier Kandidaten stehen vor sehr schwer lösbaren Aufgaben

Aigners Aufgabe ist womöglich noch schwieriger. Der neuen bayerischen Wirtschaftsministerin obliegt die Bewältigung der Energiewende. Wie diese Rechnung mit zahlreichen Unbekannten aufgehen soll, ist sogar Experten schleierhaft. Politische Vorgaben: 1. Die Atommeiler werden zu bereits feststehenden Zeitpunkten abgeschaltet. 2. Es müssen immer mehr Öko-Energien eingespeist werden. 3. Und die Versorgung soll sicher und bezahlbar bleiben. Aber schon an den fossilen Ersatzkapazitäten hapert es. Sogar das hochmoderne Gaskraftwerk Irsching 5 bei Ingolstadt arbeitet defizitär, weil es nur gebraucht wird, wenn die Sonne nicht scheint und wenn der Wind nicht weht. Dazu kommen Milliardenkosten, Planungsprobleme und Anwohnerproteste beim Ausbau von Speicheranlagen, Stromautobahnen und des Intelligenten Netzes, das in der Lage wäre, die enormen Spannungsschwankungen aufzufangen. Ohne den europäischen Stromverbund – sprich ohne Atomstrom aus Frankreich und der Tschechischen Republik – wären in der Vergangenheit schon mehrfach in Bayern die Lichter ausgegangen. Und das alles soll so finanziert werden, dass der normale Stromverbraucher nicht überlastet wird. Das Sprachbild von der Quadratur des Kreises reicht gar nicht aus, um die Schwierigkeit dieses Unterfangens zu umreißen. Doch schon Aigners Plan, einen kreditfinanzierten milliardenschweren Fonds aufzulegen, um die heutigen Stromkunden zu entlasten, stößt innerparteilich und bei Experten auf Ablehnung. Außerdem beging sie eine Majestätsbeleidigung, als sie Seehofers Wendungen in Sachen Mindestabstand von Windrädern zur Wohnbebauung kritisierte.

Landtags-Journalisten spekulieren über eine heimliche Absprache zwischen Aigner und Söder, Seehofers Ämter 2018 wieder zu trennen. Demnach könnte der strategische Kopf und rhetorisch begabte Redner Söder den CSU-Vorsitz übernehmen, die eher bodenständig-joviale Aigner aber den Posten als Ministerpräsidentin. Landsmannschaftlich würde das Duo so eine Gefahr umschiffen, die 2008 ein Grund für die CSU-Niederlage war: Die Ober- und Niederbayern wählen einfach keinen Franken als Ministerpräsidenten. Das bekam damals der brave Günther Beckstein zu spüren. Diese Gefahr wäre mit der Oberbayerin Aigner an der Spitze gebannt.

Bestenfalls Außenseiterchancen haben Haderthauer und Dobrindt. Dass diese beiden überhaupt beachtet werden, liegt an deren guten Beziehungen zu einzelnen Journalisten und ist außerdem im Interesse Seehofers. Beide teilen das Schicksal, dass sie in der Bevölkerung unbeliebt sind. Bundesverkehrsminister Dobrindt, der sich einen Ruf als rücksichtsloser „Ego-Shooter“ erarbeitet hat, dürfte voraussichtlich beim Versuch scheitern, eine Pkw-Maut für Ausländer einzuführen. Haderthauer gilt intern seit Jahren wegen ihrer fortgesetzten Durchstechereien an die Presse als nicht vertrauenswürdig, ihr machten jüngst diverse Skandälchen zu schaffen. Außerdem hatte die gebürtige Schleswig-Holsteinerin als CSU-Generalsekretärin die Niederlage 2008 zu verantworten.

Anton Heinrich



Konkurrenten oder unschlagbares Duo? Ilse Aigner und Markus Söder Bild: pa

MELDUNGEN

Seehofer über Aigner verärgert

München – „Wir dürfen den künftigen Generationen nicht die Energiekosten von heute zusätzlich aufbürden. Das wäre keine nachhaltige Politik“, reagierte der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer äußerst verärgert über den Alleingang der bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Diese hatte vorgeschlagen, die Kosten der Energiewende zum Teil über einen Kredit zu finanzieren, der erst in ferner Zukunft zurückbezahlt werden müsste. Aigner, die sich großer Sympathien der Bayern aber auch Seehofers erfreuen kann und daher als dessen Nachfolgerin gehandelt wird (siehe Artikel links), hat sich mit ihrem Vorschlag wenige Tage vor der traditionellen Partei-Klausur in Wildbad Kreuth den massiven Unmut ihres Förderers zugezogen. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sah sich genötigt zu vermitteln, was ihr jedoch vorerst misslang. *Bel*

Sorben fürchten um ihre Heimat

Bautzen – Benedykt Dyrlich, Vorsitzender des Sorbischen Künstlerbundes, kritisiert in einem am 5. Januar veröffentlichten Brief an Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel die heutige Braunkohleförderung scharf, denn sie „richtet sich weiterhin, wie schon in der DDR, gegen die Interessen des Volks der Sorben“. Das mit 60000 Angehörigen kleinste slawische Volk sei wieder mit einer „rabiaten Verwüstung unserer Lebens-, Traditions- und Kulturräume“ konfrontiert, die von Braunkohlenbaggern ausgehe. Zwar sicherten die Verfassungen Sachsens und Brandenburgs den Sorben Mitsprache zu, wenn es um ihre Heimat gehe, aber das stehe nur auf dem Papier. Jetzt bitten sie Gabriel um Gespräche, um „über unsere Sorgen und Vorstellungen zu informieren“. *W.O.*

Moscheebau spaltet CDU

Bürger protestieren in Leipzig gegen überdimensioniertes Gotteshaus

In Leipzig läuft derzeit eine überparteiliche Bürgerinitiative mit dem Namen „Gohlis sagt Nein!“ Sturm gegen den geplanten Bau einer Moschee der islamischen Religionsgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat in der Georg-Schumann-Straße. In diesem Zusammenhang wird auch für die Unterzeichnung einer Petition geworben, welche Ende Oktober 2013 von der CDU-Lokalpolitikerin Katrin Viola Hartung auf den Weg gebracht worden ist. Dabei sind die Frontlinien unter den Leipziger Christdemokraten aber alles andere als klar, denn die Junge Union begrüßt im Verein mit linken Kräften den Bau des Gotteshauses, das auch zwei zwölf Meter hohe Minarette erhalten soll, aber trotzdem als „schnuckelige kleine Moschee“ einer verfolgten muslimischen Minderheit bezeichnet wird, an der sich nun wirklich niemand stoßen könne – außer ein paar „Nazis“ und Ewiggestrigen im „dumpfen frühen 90er Jahre Überfremdungswahn“.

Die Fakten zeichnen allerdings ein anderes Bild: Zwar handelt es sich bei den Ahmadiyyaden tatsächlich um Angehörige einer eher einflusslose Sekte, welche in Ländern wie Pakistan, Bangladesch und Indonesien als „Ungläubige“ verfolgt werden, jedoch hoffen sie trotzdem äußerst fanatisch auf die bald kommende Vorherrschaft des Islam und die „vollständige Verdrängung des heutigen Christentums“. Deshalb haben sie auch 1989 das „100-Moscheen-Projekt“ für Deutschland aus der Taufe gehoben, in dessen Rahmen nun auch der Leipziger Neubau erfolgen soll. Aber dies scheint der parteilosen Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau, welche keine Genehmigungshindernisse sieht und sich dabei der uneingeschränkten Unterstützung der Grünen und des Oberbürgermeisters Burkhard Jung (SPD) erfreut, entweder nicht bekannt oder gleichgültig zu sein.

> Kritiker werden als »Nazis« beschimpft

Desweiteren sind gerade in der Messestadt seit der Wende schon zahlreiche andere Moscheen entstanden, weswegen viele Bürger in naher Zukunft „westdeutsche Verhältnisse“ befürchten. Und tatsächlich stehen den angeblich über 7000 Muslimen in Leipzig – so die Schätzung des dortigen Statistikamtes, die allerdings dadurch relativiert wird, dass jeweils nur etwa 900 Gläubige zu den Freitagsgebeten erscheinen – bereits sieben islamische Gotteshäuser zur Verfügung. Besonders bekannt ist dabei die sunnitische Al-Rahman-Moschee, an der Imam Hassan Dabbagh predigt, der aufgrund seiner offenkundigen Radikalität unter Beobachtung des sächsischen Verfassungsschutzes steht. Dazu kommen das schiitische Al-Sahra-Center und das ebenfalls schiitische Gebetszentrum in der Ludwigstraße, die von der türkischen DITIB unterhaltene Eyüp-Sultan-Moschee, die Takva-Camii-Moschee des Leipziger Zentrums für Islamische Kultur und Forschung, die El-Furkan-Moschee der Bosniaken in Leipzig sowie die Moschee der örtlichen Salafisten-Gemeinde, welche ganz in der Nähe des geplanten Neubaus liegt.

Deshalb haben bis zum 5. Januar 2014 4659 Menschen die Petition gegen das Vorhaben der Ahmadiyya Muslim Jamaat unterzeichnet. Andere wiederum versuchten, das Projekt zu sabotieren, indem sie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion fünf blutige Schweineköpfe auf dem Grundstück drapierten. Diese Aktion freilich schadet dem bürgerlichen Protest eher, denn nun können die Moscheebefürworter wieder trefflich über den „rechtsradikalen Rassismus“ und die „primitive Hetze“ der Gegenpartei lamentieren. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

London kürzt Sozialbudget

London – Die britische Schatzkanzler George Osborne bezeichnete in seiner Rede zur Lage der Nation 2014 als das Jahr der bitteren Wahrheiten. So will er demnächst bekannt geben, wo er weitere Kürzungen durchsetzen will. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren umgerechnet weitere 30 Milliarden Euro eingespart werden. Nachdem die Briten bereits in den letzten Jahren zahlreiche Sparrunden über sich hatten ergehen lassen müssen und zudem die Rente mit 70 die politischen Debatten bestimmt, drohen nun vor allem bei den Sozialausgaben weitere Einschnitte. „Wir nehmen jedes Jahr rund 100 Milliarden Pfund an Krediten auf – und zahlen die Hälfte davon für jährliche Zinsen auf unsere Schulden“, so Osborne und verdeutlichte so, dass diese Politik der hohen Staats- und Neuverschuldung auf Kosten der Zukunft nicht mehr so weitergehen könne. *Bel*

Euro-kritische FPÖ liegt vorn

Wien – Fünf Monate vor den EU-Wahlen im Mai liegt in Österreich die nationalliberale FPÖ laut einer Umfrage der Zeitung „Standard“ vorn. Mit 25 Prozent lägen die Freiheitlichen damit vor den Sozialisten mit 23 Prozent und der ÖVP mit 21 Prozent. Schon bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 hatte die FPÖ ihr Ergebnis um drei Prozentpunkte auf 20,5 Prozent steigern können. Auch bei der Kanzlerfrage überholte FPÖ Chef Hans-Christian Strache mit 19 Prozent den amtierenden sozialistischen Bundeskanzler Werner Faymann, den nur noch 18 Prozent der Österreicher als Regierungschef sehen wollen. Weit abgeschlagen rangiert ÖVP Spitzenkandidat Michael Spindelegger mit nur 13 Prozent Zustimmung. *T.M.*

Washington deckte Saudis

Unter Verschluss gehaltene Papiere belegen Riads Verstrickungen beim Attentat 9/11

Verärgert über Barack Obamas „weiche“ Linie im Nahen Osten, ist das Verhältnis zwischen den langjährigen Verbündeten Saudi-Arabien und den USA angespannt wie lange nicht. Nun droht auch noch die Veröffentlichung von äußerst brisantem Material zu Verwicklungen der Saudis in die Terroranschläge des 11. September 2001.

Monate hat es gedauert, bis die Senatoren Walter Jones (Republikaner) und Stephen Lynch (Demokraten) Einblick in Papiere erhalten haben, die seit über zehn Jahren unter strengem Verschluss liegen. Laut „New York Post“ haben beiden Senatoren 28 Seiten des offiziellen 9/11-Untersuchungsberichts lesen können, die auf Anweisung des damaligen US-Präsidenten George W. Bush im Jahr 2003 entfernt wurden, um das Verhältnis zu Saudi-Arabien nicht zu belasten. Trotz aller Geheimhaltung ist inzwischen einiges an Details von dem bekannt geworden, was Ermittler nach den Anschlägen zusammengetragen haben.

So soll ein Mitarbeiter des saudischen Konsulats in Los Angeles ein Empfangsteam für die beiden saudischen Flugzeugentführer Khalid al-Mihdhar und Nawaf al-Hazmi koordiniert haben, als diese im Jahr 2000 in Los Angeles eintrafen. Mohammed Atta, der mutmaßliche Anführer des Terrorkommandos vom 11. September, wurde wiederum von einem Berater eines Neffen des saudischen Königs, in dessen Luxusresidenz in Sarasota (Florida) empfangen. Zwei Wochen vor den Anschlägen soll nach Erkenntnissen der Ermittler der saudische Berater die USA Hals über Kopf verlassen haben. Gestoßen ist man ebenso auf Übereinstimmungen bei den Bewegungsprofilen saudischer Diplomaten mit einigen der Flugzeugentführer. Saudische Emissäre wohnten so im gleichen Hotel beim Washingtoner Airport Dulles wie die Attentäter auf das Pentagon-Gebäude.

Die größte Brisanz dürfte allerdings in den Vorwürfen gegen Prinz Bandar, den damaligen Botschafter Saudi-Arabiens in den USA, stecken. Der Diplomat soll 130 000 Dollar an den saudischen Agenten Osama Bassnan überwiesen haben, der zwei der Flugzeugentführer unterstützt hat. Später folgten weitere Gelder aus Riad. Nachdem weitere Finanztransaktionen für Al-Kaida bis zu Prinz Bandar und die saudische Botschaft zurückverfolgt werden konnten, kündigte im Jahr 2004 die in Washington ansässige Riggs Bank sogar ihre Geschäftsbeziehungen zu den Saudis. Prinz Bandar gab ebenfalls 2004 seinen Botschafterposten aus „persönlichen Gründen“ auf. Doch Bandar verschwand nach seinem Abgang in Washington nicht etwa in der Versenkung, sondern es folgte sogar ein Karrieresprung: Seit dem Jahr 2005 ist er saudischer Geheimdienstchef, der unter anderem im Syrien-Konflikt als wichtiger Strippenzieher gilt. Auffallend ist nicht nur bei Prinz Bandar, sondern bei fast allen untersuchten Aktivitäten der Saudis auf dem Boden der USA, wie wenig Mühen sie sich gaben, wirklich konspirativ zu agieren.

> Wieso hielt die Regierung Bush Infos unter Verschluss?

Die nun bekannt gewordenen Informationen im Zusammenhang mit dem 11. September sind ein weiterer Mosaikstein, unzählige Fragen bleiben aber trotzdem ungeklärt. Kronzeugen der offiziellen Darstellung zu den 9/11-Vorbereitungen wie Abu Subaida, Ramzi Binalshibh und Khalid Scheich Mohammed sind nach ihrer Festnahme in Geheimgefängnisse der CIA verschleppt und gefoltert worden. Kein amtlicher Ermittler hatte bisher Zugang zu ihnen, um die ihnen zugeschriebenen Aussagen zu überprüfen.

Raum für Spekulationen bietet auch die Frage nach einem Motiv für eine saudische Unterstützung für die 9/11-Attentäter. Prinz Bandar war ein so enger Vertrauter des damaligen Präsidenten Bush, dass er in Washington den Spitznamen Prince Bandar „Bush“ trug. Als saudischer Botschafter ging er im Weißen Haus ein und aus und galt fast als inoffizielles Mitglied der Mannschaft von Bush.

Trotz derartig enger Beziehung war das Verhältnis des Herrscherhauses Saud zu den USA in der Zeit unmittelbar vor dem 11. September 2001 ähnlich vergiftet, wie derzeit zu Obama: Verärgert über den strikten Pro-Israel-Kurs von Bush plante man in Riad im Sommer 2001 einen radikalen politischen Kurswechsel. Es war Prinz Bandar, der zu Bush mit der Botschaft geschickt wurde, dass die Saudis künftig ihre Politik generell nicht mehr mit den USA abstimmen würden. Die nur wenig später erfolgten Anschläge vom 11. September haben diese Pläne Riads über den Haufen geworfen und das Haus Saud wieder eng an die Seite der USA gebracht – nicht zuletzt, weil 15 der 19 mutmaßlichen Attentäter saudische Staatsbürger waren.

Falls staatliche Stellen der Saudis in die Anschlagsplanungen tatsächlich so stark involviert waren, wie der zensierte 9/11-Bericht nahezulegen scheint, dann hätten Riad im Resultat genau das Gegenteil von dem erreicht, worauf die saudische Regierungspolitik in den Wochen vor dem 11. September 2001 abzielte.

Dass den beiden Senatoren nach langen Bemühungen gerade jetzt Zugang zu dem brisanten Ermittlungsmaterial gewährt wurde, dürfte kein Zufall sein: Die nun im Raum stehende Forderung, Präsident Obama solle die bisher zensierten Seiten des Untersuchungsreports der gesamten Öffentlichkeit zugänglich machen, ist für das Weiße Haus ein ideales Druckmittel gegenüber den Saudis. Nach Obamas Schwenk im Fall Syrien und der vorsichtigen Öffnung Washingtons gegenüber dem saudischen Rivalen Iran herrscht wie schon im Jahr 2001 in Riad Verbitterung über den jahrzehntelangen Bündnispartner USA. *Norman Hanert*



Ziemlich beste Freunde: George W. Bush und der saudische Botschafter Prinz Bandar 2002 Bild: action press

Das kleinere Übel

Nicht nur USA bewerten Assad neu

Im Vorfeld der internationalen Syrien-Konferenz, die ab dem 22. Januar in Genf stattfinden wird, mehren sich die Zeichen für eine Kehrtwende in der Syrien-Politik der USA. Nach Informationen aus Oppositionskreisen haben bei einem Treffen der „Freunde Syriens“ in London westliche Vertreter die syrischen „Rebellen“ wissen lassen, dass Baschar al-Assad weiterhin an der Macht bleiben könnte.

Dass der syrische Diktator mittlerweile als das kleinere Übel im Vergleich zu den „Rebellen“ gilt, hat mehrere Gründe. „Unsere westlichen Freunde haben in London klar gemacht, dass man Assad jetzt nicht gehen lassen kann, weil sie glauben, dass Chaos und eine Machtübernahme der Islamisten die Folge wären“, so der Kommentar eines hochrangigen Mitglieds der Nationalen Syrischen Koalition. Tatsächlich ist schon jetzt unübersehbar, dass die USA den Einfluss auf die syrische Opposition weitgehend verloren haben. Dominiert werden die „Rebellen“ mittlerweile ganz offen von extrem fanatischen Islamisten. Diesen ist nicht nur die weitgehende Ausschaltung gemäßigter Kräfte gelungen, im Grenzgebiet zwischen Syrien und Irak läuft von Al-Kaida-Kräften inzwischen sogar der Versuch, ein eigenes Emirat, einen grenzüberschreitenden islamischen Gottesstaat zu etablieren.

Berichte über Foltergefängnisse und Terror gegen Schiiten und Alawiten zur Durchsetzung der Scharia deuten auf eine äußerst brutale Herrschaft in den von Islamisten kontrollierten Gebieten hin. Mit dieser Entwicklung ist offenkundig, dass die einseitige Unterstützung der USA für die Sunniten im Nahen Osten – wie etwa der jahrzehntelange Pakt mit Saudi-Arabien – letztendlich zu einer extremen Stärkung von Dschihadisten geführt hat.

> Krisenherd stört auch Ankara

Zeichen für einen Sinneswandel in Sachen Syrien kommen indessen auch aus der Türkei. Nach fast drei Jahren Kampf um die Macht in Syrien, sind es vorwiegend wirtschaftliche Gründe, die aus Sicht Ankaras dafür sprechen, sich mit Assad zu arrangieren. So hat sich gezeigt, dass sich der Plan, die Türkei als Drehscheibe des Erdgashandels nach Europa zu etablieren, mit einem destabilisierten Syrien und vor allem gegen den Iran nicht verwirklichen lässt. *N.H.*

Dschihad gegen Winterspiele

Mit Terroranschlägen wollen Islamisten gegenüber Russland ihre Macht demonstrieren

Die Anschläge von Wolgograd haben die Menschen in Russland in Angst und Schrecken versetzt. Obwohl sich offiziell niemand zu den Anschlägen bekannt hat, ist klar, dass sie die Handschrift radikaler Islamisten aus dem Nordkaukasus tragen. Islamistenführer Doku Umarow, der ein Kalifat im Kaukasus errichten will, hatte bereits im Sommer zu Anschlägen aufgerufen, um die Winterspiele in Sotschi, die am 7. Februar beginnt, mit allen Mitteln, auch dem Dschihad, zu verhindern.

Wolgograd, ehemals Stalingrad, ist eine Industriestadt und Verkehrsknotenpunkt in der Nähe der Kaukasusregion. Die Terroristen haben einen symbolträchtigen Ort gewählt, um den Russen eine Niederlage zu bereiten. In der Schlacht von Stalingrad besiegte die Rote Armee 1943 die deutsche 6. Armee, doch ebenso symbolträchtig ist Sotschi. Bei der Wahl des Austragungsorts der Winterspiele haben die Veranstalter sich offenbar nicht mit der Geschichte der Stadt vertraut gemacht. Auf dem „Roten Feld“, genau dort, wo sich das Zentrum der Olympischen Spiele befindet, existierte ursprünglich die tscherkessische Siedlung „Kbaade“, die 1864 von der zaristischen Armee eingenommen wurde. Die erhalten gebliebenen islamischen Grabstätten wurden durch die Bauarbeiten vernichtet.

Die Situation im Kaukasus verschlechtert sich zusehends. Alle Versuche, dort eine politische und wirtschaftliche Infrastruktur zu errichten, sind gescheitert. Moskau droht seinen Einfluss in der Region zu verlieren. Dazu trägt auch die zunehmende Islamisierung bei. Nach dem Zerfall der Sowjetunion stürzten die Menschen zunächst in ein ideologisches Vakuum. Waren zuvor islamische Geistliche genauso unterdrückt worden wie christliche, erlaubte die neu gewonnene Freiheit ihnen erstmals Reisen nach Mekka.

Traditionell waren die Gläubigen im Kaukasus Sufisten. Heute bezeichnen sich die Gläubigen jedoch als Wahhabiten und Salafisten, eine von den Arabern als „reiner Glaube“ verkündete Auslegung des Islam. Der arabische Einfluss im Kaukasus nimmt beständig zu. Die Vermutung, dass kaukasische Terroristen von Katar und Saudi-Arabien direkt finanziert werden, nährt die Tatsache, dass der saudische Prinz Bandar bin Sultan bei seinem Herbstbesuch in Moskau Putin das Angebot unterbreitete, die von den Arabern kontrollierten tschetschenischen Gruppen, welche die Sicherheit der Spiele in Sotschi bedrohten, in Schach zu halten, wenn Putin dafür das Assad-Regime fallen ließe. Putin ließ sich von der versteckten Drohung jedoch nicht beeindrucken und lehnte ab.



Wolgograd: Bus nach Explosion Bild: action press

Die Kontakte zur arabischen Welt haben sich nicht zuletzt dank der Vermittlung des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow verfestigt. Kadyrow reist oft in arabische Länder und bringt von dort islamische Heiligtümer mit. Eine geplante gemeinsame tschetschenisch-bahrainische Fluglinie soll den Status des Flughafens Grosny als Drehkreuz für islamische Länder festigen. Die Durchdringung von Moscheen mit der neuen wahhabitischen Ideologie schreitet voran. Der deutsche Politikwissenschaftler Eberhard Schneider sieht in den Anschlägen von Wolgograd den Versuch Doku Umarows, seinen Einfluss auf die Wolgaregion auszuweiten.

Bei Russlands Bürgern regt sich Widerstand gegen die fortschreitende Islamisierung. In Moskau leben etwa 1,2 Millionen Muslime, landesweit wird ihre Zahl auf 20 Millionen geschätzt.

Allmählich macht sich in Russland die Erkenntnis breit, dass der Kaukasus statt sich zu integrieren, ein Eigenleben entwickelt hat. Die Regierung wird sich überlegen müssen, ob sie ihren Einfluss im Kaukasus verteidigen oder mit einem gefährlichen Nachbarn leben will. Zunächst wurden für die Zeit der Spiele die Grenzen zu Abchasien gesperrt. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Massenenteignungen als Lösung

Radikales Gedankenspiel zur Behebung der Schuldenkrise – Negative Realzinsen nur Tropfen auf heißen Stein

Die Pläne zur pauschalen Teilenteignung von Sparern und Versicherten, um auf diese Weise die Schulden der Regierungen abzubauen, nehmen konkretere Züge an. Nun macht ein „Arbeitspapier" die Runde, in dem die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff die angebliche Unvermeidlichkeit einer solchen Enteignung nachzuweisen versuchen. Auftraggeber des Papiers ist nicht irgendwer, sondern der vor allem von US-Interessen geleitete „Internationale Währungsfonds" (IWF).

Im Frühjahr 2013 wurden in Zypern Sparer mit Einlagen von mehr als 100000 Euro massiv zur Kasse gebeten, um die Banken zu entlasten. Damals versprachen hohe Repräsentanten in Berlin und Brüssel zunächst, dies sei kein Vorbild für den Rest der Euro-Zone. Kurze Zeit später jedoch verplapperte sich der damals frischgebackene Chef der Euro-Zone, Jeroen Dijsselbloem, indem er die Zypern-Lösung als „Blaupause" für das gesamte Währungsgebiet erklärte.

Nicht lange darauf tauchten die ersten IWF-Überlegungen auf, die eine zehnprozentige Enteignung aller Sparkonten vorsahen. Damit sollten, so war vom Währungsfonds zu hören, die Staatsschulden auf den Stand von 2007 gesenkt werden, dem Jahr vor Beginn der andauernden Finanz-, Schulden- und Euro-Krise.

Bislang galten solche Überlegungen indes als reine Gedankenspiele, weshalb sie in der öffentlichen Debatte kaum zu Aufregung führten. Der neuerliche Vorstoß von Reinhart und Rogoff im Auftrag des IWF deutet hingegen an, dass hier mit System vorgegangen wird. Die Initiatoren bauen offenbar auf den Gewöhnungseffekt und die Schicksalsergebenheit bei den Betroffenen, sprich, der zu Enteignenden. Jedes Mal werden die Vorschläge dabei fundierter.

Reinhart und Rogoff legen vor allem Wert auf die Feststellung, dass es zur Massenenteignung keine Alternative gebe. Alle anderen Vorschläge, um die Staaten aus der Schuldenklemme zu befreien, seien unrealistisch, ja, sie zögerten die einzig wirksame Lösung nur hinaus und erhöhten so die schließlich anfallenden Kosten.

Die Politik versuche derzeit, mit Wachstumsimpulsen, Sparsamkeit (was zu untersuchen wäre) und Kürzungen im Sozialbereich aus den Schulden herauszukommen, so Reinhart und Rogoff. Neues Wachstum werde die Schuldenlast der Staaten später von allein reduzieren und wieder tragbar machen, das sei die Hoffnung der Politik.

Doch diese Hoffnung tröge, so die beiden Ökonomen in dem IWF-Papier. Grund: Die übermäßige Verschuldung drücke das Wirtschaftswachstum selbst massiv. An 26 Beispielen überschuldeter Staaten aus der Vergangenheit wollen die beiden Ökonomen errechnet haben, dass das Wachstum durch übermäßige Verschuldung um durchschnittlich 1,2 Prozent jährlich gedrückt worden sei, und das über einen Zeitraum von im Schnitt 23 Jahren. Damit wäre ein „Hinauswachsen" aus den Schulden praktisch ausgeschlossen.

Vergemeinschaftung von Schulden ohne Langfristwirkung

Auch die bloß schleichende Enteignung der Sparer und privat Renten- oder Lebensversicherten, wie sie mittels negativer Realzinsen (Zinsen unter Inflationsniveau) heute bereits stattfindet, reiche nicht, um die Schulden rasch genug abzubauen. Daher müsse privates Geldvermögen ab einer bestimmten Grenze direkt vom Staat beschlagnahmt werden.

Die Enteignung durch negative Realzinsen wollen Reinhart und Rogoff gleichwohl zusätzlich verschärfen. Versicherungen und Pensionsfonds sollten gesetzlich gezwungen werden, verlustvoll und gar wertlos gewordene Anleihen, sogenannte Schrottanleihen, aufzukaufen für einen von der Regierung verordneten Niedrigzins. Damit würden die Versicherungs- und Rentenansprüche von selbst massiv entwertet.

Die Vergemeinschaftung der Schulden in der Euro-Zone, wie sie die Euro-Südländer und Rot-Grün immer wieder fordern, halten die beiden Ökonomen für wenig aussichtsreich. Zwar würde die Schuldenlast von Griechenland, Portugal und Co. vorübergehend gemildert auf Kosten der „Kernländer", also vor allem Deutschlands. Mittelfristig führe aber am harten Schnitt, der Massenenteignung, nichts vorbei, nur dass diese dann später käme und noch härter ausfiele.

Bitter für die Deutschen: Sie sind erst über den Euro überhaupt in eine Schuldenkrise geraten. Die private Verschuldung ist in Deutschland vergleichsweise gering, die Staatsverschuldung bewegt sich mit 80 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung im Rahmen des Tragfähigen und ist jüngst sogar leicht rückläufig. Erst über die gemeinsame Währung und daraus resultierende Verpflichtungen (Rettungsschirme, Target-Salden) sind die Deutschen in den Schuldenstrudel geraten, für den sie heute bereits mit negativen Realzinsen auf ihre Ersparnisse und zunehmend auch Privatrenten und -versicherungen zahlen müssen. Zu alldem gesellt sich nach den Plänen des IWF demnächst also noch eine Sparerenteignung nach zyprischem Beispiel.

Offen ist bislang, wie bei einer solchen Massenenteignung von Geldvermögen mit anderen Vermögensformen (Immobilien, Aktien, Kunst, Antiquitäten, Gold und ähnliches) umgegangen werden soll. Bleiben sie vollkommen ungeschoren? Oder wird bereits darüber nachgedacht, wie auch diese Eigentumsformen in die massenhafte Beschlagnahme einbezogen werden können? Dazu kursieren bislang nur Spekulationen.

Hans Heckel



Wird das Beispiel Zypern Schule machen? Anfangs fürchteten auch Kleinsparer, enteignet zu werden Bild: Reuters

MELDUNGEN

China will Schulden senken

Peking – Nachdem der chinesische Rechnungshof zehntausend Buchprüfer in die Provinzen, Städte und Gemeinden geschickt hat, liegt nun die Information vor, dass die Öffentliche Hand in China mit umgerechnet 2,5 Billionen Euro im Minus ist. Zudem wurden Garantien in Höhe von 1,2 Billionen Euro vergeben. Insgesamt ist die Volksrepublik mit 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verschuldet. Premier Li Keqiang fordert nun Reformen, denn ein Blick gen Westen zeige, welche dramatischen Folgen zu hohe Staatsschulden haben können. *Bel*

Gute Zeiten für Gutachter

Stuttgart – Die Frage, ob der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus zu viel für den Rückkauf des Energieversorgers EnBW bezahlt hat, wird zur Farce. Nach zahlreichen Gutachten, die sein Handeln beurteilen, gibt es sogar ein Gutachten über eines der Gutachten. *Bel*

Altmüll als Energiebringer?

Minden – Im Auftrag des Bundesforschungsministeriums testen gerade Wissenschaftler der TU Braunschweig, ob die auf Altdeponien lagernden 2,5 Milliarden Tonnen Müll verbrannt und in Wärme und Energie umgewandelt werden können. Der vor Beginn der Mülltrennung in Deutschland in den 90er Jahren entsorgte Altmüll soll theoretisch einen Brennwert von 55 Milliarden Euro besitzen. Ökologisch wäre die Verwertung sinnvoll und würde zudem die Auslastung der zumeist in kommunaler Hand befindlichen Müllverbrennungsanlagen erhöhen. Allerdings müsste der alte Müll ausgegraben, speziell gereinigt und vorsortiert werden. Die Kosten hierfür werden nun erforscht. *Bel*

Kundensterben

Deutsche Firmen verlieren Geschäftspartner

Die anhaltende De-Industrialisierung in Europa stellt eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft dar, so der Befund einer Studie, die im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) erstellt worden ist. Der Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Consult zufolge hat mittlerweile fast ein Drittel der hiesigen Unternehmen einen wichtigen Kunden in Westeuropa verloren. Immerhin jede zehnte Firma klagt über den Wegfall von Lieferanten. Kaum ins Gewicht fällt für die deutschen Unternehmen bisher, dass Konkurrenten vom Markt verschwunden sind. Nach Ansicht der Wirtschaftsforscher kommt mit dem Industriesterben eine verhängnisvolle Entwicklung in Gang: "Der zunehmende Rückgang der Industrie in Europa ist für unsere heimischen Firmen von Nachteil, weil wichtige Kunden, Lieferanten und Kooperationspartner verloren gehen."

Hintergrund der Befürchtungen ist, dass EU-Staaten wie Frankreich, Großbritannien oder Italien in den letzten Jahren eine rasante De-Industrialisierung erlitten haben. Während in Deutschland die Industrie immer noch mit über 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beiträgt, wird beispielsweise in Frankreich nur noch jeder zehnte Euro in der Industrie verdient. Eine Änderung der Lage scheint nicht in Sicht zu sein, eher im Gegenteil.

De-Industrialisierung gefährdet Wachstum

Die De-Industrialisierung wichtiger Handelspartner Deutschlands droht nun sogar noch einmal an Fahrt aufzunehmen. Vor allem Italiens Wirtschaft scheint trotz Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) immer weniger an Kredite zu kommen und damit in die Bredouille zu geraten. Gegenüber dem Vorjahr ist bis Oktober 2013 die Kreditvergabe italienischer Banken an Firmen um 4,9 Prozent gesunken. Auf Rekordhoch ist in Italien dagegen das Volumen notleidender Unternehmenskredite gestiegen. Die faulen Kredite hatten bis Oktober 2013 den Stand von 147 Milliarden Euro erreicht – gegenüber dem Jahr 2012 entspricht dies einer Zunahme von 23 Prozent. *N.H.*

Freihandelsabkommen stimmt skeptisch

Wieso wird europäische Öffentlichkeit ausgeschlossen, und wieso geht alles so schnell?

Das Desinteresse vieler Deutscher an dem Thema „Transatlantisches Freihandelsabkommen" steht diametral zur Bedeutung des Vorhabens. Was seit Dezember in Washington fast konspirativ hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wird, könnte schon bald tiefer in den Alltag eingreifen als der EU-Moloch.

Mit dem Beginn der Verhandlungen scheinen sich die düstersten Vorahnungen von Kritikern zu bestätigen. Abgeordnete nationaler Parlamente oder EU-Parlamentarier erhalten keine Informationen über die laufenden Verhandlungen, dafür haben aber auf US-Seite rund 600 Unternehmen exklusiven Dokumentenzugang. Skeptisch muss nicht nur stimmen, dass nur die europäische Öffentlichkeit bei dem ausgeschlossen wird, was US-Handelsministerium, EU-Kommission und Industrielobbyisten untereinander als Vertrag ausklüngeln. Zu denken geben sollte auch das Tempo, mit dem das Projekt über die Bühne gehen soll. Bereits Ende 2014 soll das Abkommen den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Der knappe Zeitplan, auch das Jahr 2014, könnten mit Bedacht gewählt worden sein. Es besteht nämlich eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass keine neue handlungsfähige EU-Kommission im Amt sein wird, wenn der Vertrag im Sommer oder Frühherbst fertig ausgehandelt vorliegt. Nach dem, was sich bei Meinungsumfragen abzeichnet, könnte es in diesem Jahr ungewöhnlich lange dauern, bis nach den EU-Wahlen im Mai eine neue EU-Kommission gewählt und im Amt ist. Selbst wenn man sich bis zum Herbst auf eine neue Kommission geeinigt hat, wird sie einen fertigen Vertrag vorgelegt bekommen. Die anhaltenden Schwierigkeiten und Querelen in der Euro-Zone dürften ein Übriges tun, dass auch die europäische Öffentlichkeit nicht allzu intensiv nachfragt, was da konkret unter dem Etikett „Freihandelsabkommen" ausgehandelt wird.

NSA-Spionage erhöht das Misstrauen

Zu befürchten ist, dass auf diese Weise ein Vertrag zustande kommt, der vor allem für die Europäer ein kostspieliges Abenteuer wird. Das sogenannte Transatlantic-Trade-and-Investment-Partnership-Abkommen (TTIP) ist nämlich weitaus mehr als ein bloßes Freihandelsabkommen. Da Zölle im transatlantischen Handel ohnehin kaum noch ins Gewicht fallen, kommt der Angleichung – Skeptiker befürchten, der Aufweichung – technischen Standards oder Vorgaben zum Verbraucherschutz umso mehr Gewicht zu. Zum Dreh- und Angelpunkt, mit dem US-Konzerne in Europa künftig Kasse machen können, droht das beigefügte Investitionsschutzabkommen zu werden. So soll für Unternehmen ein Recht auf Schadensersatz geschaffen werden, wenn ihnen durch Regierungsentscheidungen Gewinne entgehen. Zahlen würden dann die Steuerzahler. Von Umweltgesetzen über Verbraucherschutzvorgaben bis hin zu steuerpolitischen Entscheidungen ist vieles denkbar, was Konzerne als Grund für entgangene Gewinne anführen können.

Ist die Idee, unternehmerisches Risiko zulasten von Steuerzahlern auszuhebeln, schon brisant genug, lässt der Plan, wie über Schadensersatzansprüche entschieden werden soll, Schlimmstes befürchten: Außerhalb regulärer internationaler Gerichtshöfe sollen Schiedsverfahren etabliert werden. Das Vorhaben ist nichts anderes als der Versuch zur Schaffung einer neuen Art von Konzernrechtsprechung – unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne Revisionsmöglichkeiten.

Schaut man auf das geopolitische Kräfteverhältnis, braucht es nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, auf welcher Seite des Atlantiks künftig die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden sollen. Als letzter Hoffnungsschimmer, dass ein derartiges „Freihandelsabkommen" nicht Realität wird, bleibt der anstehende Ratifizierungsprozess. Eine einzige Ablehnung in einem nationalen Parlament reicht, um das ganze Abkommen erst einmal zu Fall zu bringen.

Vor diesem Hintergrund könnten die NSA-Spionageaktivitäten einen besonderen Beigeschmack bekommen. Wer will garantieren, dass europäische Abgeordnete nicht längst erpressbar geworden sind, weil gegen sie belastendes Material zusammengetragen wurde? Eventuell ist es in diesem Zusammenhang auch kein Zufall, dass in Washington die Oberhoheit beim Thema „Freihandelsvertrag" nicht beim US-Handelsministerium, sondern beim Nationalen Sicherheitsrat liegt. *Norman Hanert*

Phrasen satt

Von Rebecca Bellano

Zumindest die meisten Medien haben FDP-Chef Christian Lindner applaudiert. Da alles was er sagte, absolut zeitgeistkonform und politisch-korrekt war, konnte man ihm auch nicht wirklich etwas vorwerfen. Ob jedoch Phrasen wie „Einheit in Vielfalt“ oder „Liberale fragen nicht, wo einer herkommt, sondern wohin er mit uns will“ die abhandengekommenen Wähler wieder zurück in die Arme der Liberalen bringen, darf bezweifelt werden.

Die Ankündigung, man spreche nicht nur Unternehmer, sondern auch engagierte Lehrerinnen, Handwerksmeister oder alleinerziehende Mütter an, wirkte irritierend, denn es waren auch Stimmen dieser Klientel, die der Partei bei der Bundestagswahl 2009 bereits 14,6 Prozent der Stimmen beschert hatten. Doch genau diese Leute hat die Partei in den letzten Jahren wieder verschreckt. Und derzeit ist nicht zu sehen, wie sie diese wieder zurückgewinnen wollen.

Die FDP war unter Parteichef Philipp Rösler zwar lahm und Merkel-hörig, unter Lindner wirkt sie aber wie ein von einer schlechten Werbeagentur in Form gegossenes Etwas, fernab dessen, was die bürgerlichen Wähler auf der Straße bewegt.

Beziehung versilbert

Von Manuel Ruoff

Wer Quereinsteiger in der Politik will, darf sich an Queraussteigern nicht stören. Schließlich will wohl keiner von uns Berufspolitiker und Politiker, die alleine schon aus existentieller Not an ihren Posten kleben. Insofern ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Politiker seine Qualitäten, die er bei der Führung der Staatsgeschäfte unter Beweis gestellt hat, in der Wirtschaft versilbert.

Schon problematischer ist es, wenn ein Politiker nicht seine Qualitäten, sondern seine in der Politikerzeit gewonnenen Beziehungen als Lobbyist eines Verbandes versilbert, wie es offenkundig bei Eckart von Klaeden der Fall ist. Hier kann man sich wenigstens damit zu trösten versuchen, dass die Unternehmen für solche Politker ja freiwillig Unsummen zahlen.

Richtig unappetitlich wird es jedoch im Falle Ronald Pofallas. Welcher halbwegs normale Unternehmer würde es zulassen, dass seine Firma jemanden dafür bezahlt, ihm selber gegenüber Lobbying zu betreiben. Für nichts anderes jedoch soll der Ex-Kanzleramtsminister als Lobbyist des Staatsunternehmens Deutsche Bahn sein fürstliches Jahresgehalt kassieren. Der Eindruck einer Versorgung wird noch dadurch verstärkt, dass dieser Lobbyistenposten offenkundig auch noch extra für Pofalla geschaffen wurde. Das verdiente Parteisoldaten mit Posten in Staatsapparat und Europaparlament mit sechsstelligen Jahreseinkommen versorgt werden, sind wir ja bereits gewohnt, aber hier geht es um siebenstellige.

Die Höhe wäre es jetzt noch, wenn sich herausstellen sollte, dass Pofalla tatsächlich schon frühzeitig von seinem lukrativen Posten gewusst hat. Dann wäre die zur Schau gestellte Bereitschaft, aus Rücksicht auf die Familie in der Politik etwas kürzer treten zu wollen, nämlich reinste Volksverdummung gewesen.

Sicherheit versus Freiheit

Von Harald Tews

Eine der berühmtesten Polizeistationen der Welt befindet sich an der Reeperbahn in Hamburg. Die Davidwache stand im Mittelpunkt vieler Filme und steht nun auch im Fokus einer politischen Auseinandersetzung, bei der es um Freiheit versus Sicherheit der Bürger geht. Die gesamte Kiezgegend rund um die Davidwache hat der Hamburger Senat zu einem von mehreren „Gefahrengebieten“ erklärt, in denen „relevante Personengruppen einschließlich ihrer mitgebrachten Sachen überprüft und aus ihrer Anonymität geholt werden“ können, wie ein Polizeisprecher erklärt.

Was sich anhört, als sei man in Hamburg auf dem Weg zu einem totalitären Polizeistaat, in dem man Gefahr läuft, polizeilich durchsucht zu werden, bloß weil man in Jeans und Kapuzenpulli herumläuft, erscheint aber tatsächlich als notwendige Konsequenz aus der Krawallnacht kurz vor Weihnachten. Damals kam es zwischen links-autonomen Sympathisanten des angeblichen Kulturzentrums „Rote Flora“ – tatsächlich handelt es sich um einen von gewaltbereiten linken Gruppierungen besetzten abbruchreifen Szenetreff – und der Polizei zu den größten Straßenkämpfen seit dem Konflikt um die besetzten Hafenstraßenhäuser in den 80er Jahren. Rund 120 Polizeibeamte wurden bei der „Demonstration“ zum Teil krankenhausreif geschlagen. In der Stadt gab es noch Tage später Scharmützel zwischen Aktivisten, die sich gegen die Räumung der „Roten Flora“ einsetzen, und der Polizei.

> Schutzzonen provozieren linke Gewalt erst herauf

Kurz vor Neujahr eskalierte es in unmittelbarer Nähe der Davidwache. Etwa 40 vermummte Personen sollen dabei mehrere Beamte mit Steinen und Flaschen angegriffen haben. Ein Polizist erlitt einen Kiefer- und Nasenbeinbruch. Was sonst ungewöhnlich ist – in diesem Fall reagierte der SPD-Senat schnell und stellte sich schützend vor die Polizei.

Gleich im neuen Jahr wurde ein Gesetz aus der Schublade gezogen, mit dem man seit 2006 ohne richterliche Anordnung Schutzzonen einrichten kann, in denen man alle Bürger verdachtsunabhängig kontrollieren kann. Da auch die gesetzliche Dauer dieser Gefahrengebiete unklar geregelt ist und sie praktisch endlos existieren können, war das Gesetz von Anfang an umstritten. Groß aufgeregt hat sich darüber keiner, da niemand davon betroffen war.

Das ist jetzt anders. Ganze Stadtteile westlich der City wurden zu Schutzzonen deklariert. Die Gebiete umfassen nicht nur den gesamten Kiez, sondern auch das Karolinen- und das Schanzenviertel mit der „Roten Flora“, fast ganz Altona und den Hafenrand mit den berüchtigten Hafenstraßenhäusern, wo sich viele Unterstützer der links-autonomen Szene aufhalten. Nein, von Bannmeilen kann keine Rede sein. Die Menschen werden nicht verbannt, aber verunsichert. Denn diese Schutzzonen werden Krawallmacher nutzen, um die Polizei zu provozieren. Statt die Freiheit der Bürger auf Kosten der Sicherheit einzuschränken, sollte man auf die bewährte Praxis in Bürgerkriegsgebieten zurückgreifen, wo Polizeistationen wie Botschaften abgeriegelt sind. Was kommt als nächstes? Die Davidwache zum Schutz vor linken Angriffen hinter Gittern?



Vor diesen Steinewerfern will sich die Hamburger Polizei künftig durch ausgewiesene „Gefahrengebiete“ schützen: Linksextreme „Demonstranten“ vor der „Roten Flora“

Bild: pa

Karl der Große: Von wegen Franzose

Moment mal!



Von Klaus Rainer Röhl

Meinen 85. Geburtstag feierte ich mit wenigen Freunden in Aachen. Ich hatte mir in den Kopf gesetzt, die Welt einmal vom Thronsessel Kaiser Karls zu betrachten. Das ist gar nicht so einfach. Man quält sich im Aachener Dom zwei Stockwerke eine mittelalterlich enge Wendeltreppe hoch und dann sieht man den Thron. Erster Eindruck: Enttäuschend. Ein plumper Marmor-Kloben auf einem groben hölzernen Untersatz („Das Holz“, flüstert der Fremdenführer, „ist auch 1200 Jahre alt, der Thron ist aus parischem Marmor. Von der Insel Paros. Alles das musste mühsam hierher geschafft werden ...“).

Von hier aus sah der Kaiser auf seine Untertanen unten in der Kirche, die in Form eines Oktogons Vorbildern aus Byzanz nachgebildet war. Aber wie unendlich kunstvoll war dort der Thron gearbeitet, dort der verfeinerte Luxus, hier dagegen der Klotz aus Marmor, um den sich heute die Besucher drängen.

Den Thron zu besteigen ist schwierig, er ist abgesperrt und Wächter achten darauf, dass kein Besucher sich durchschlängelt und schnell mal auf dem Marmorsitz Platz nimmt. Ich verrate nicht, wie man die Wächter ablenkt. Ich wurde ohnehin gleich danach von Kirchen-Ordnern abgeführt und aus dem Dom gewiesen: Mein gerade zum Geburtstag geschenktes neues Handy klingelte laut in den Gottesdienst hinein. Ich wusste nicht, wie ich es so schnell abstellen sollte.

> Der Franke sprach Latein oder Althochdeutsch

War Karl der Große Deutscher? Die fröhlichen französischen Schulkinder in Aachen nennen ihn wie alle die Franzosen Charlemagne. Zum Glück haben wir in diesem Gedenkjahr einen deutschen Sachverständigen und Autor, der soeben das beste Buch, einfach das Buch über Karl den Großen geschrieben hat: Johannes Fried. Sein Name wird, zu Recht, in diesem Gedenkjahr ebenso oft zitiert werden und im Fernsehen erscheinen wie der Name Karls. Der Professor Johannes Fried ist geradezu Spezialist für die Beantwortung der Frage: Was ist deutsch? Schon 1994 erschien sein grundlegendes, umfangreiches Werk „Der Weg in die Geschichte. Die Ursprünge Deutschlands. Bis 1024“ . Das Buch erschien im Propyläen Verlag des später schändlich um seinen Besitz gebrachten Herbert Fleissner.

War Karl Deutscher oder Franzose? Johannes Fried antwortet: „Karl war weder Deutscher noch Franzose. Er war Franke.“ Was für eine Sprache benutzte er, wenn er nicht das damals allen geläufige Latein sprach? Althochdeutsch. Das können wir zur Not verstehen: Sage mir, uanna pistu, uuoer pistu (Sag mir, von woher bist du, wer bist du?). Altfranzösisch sprach er nicht – obwohl er in Paris geboren wurde! Hört sich kompliziert an, ist es aber – wie alles Wesentliche – nicht. Gallien, das unsere Kinder und Enkel nur noch aus Asterix und Obelix kennen, war schon lange von Cäsar erobert worden. Der römischen Besatzung folgten nicht wenige Siedler. In das Land fielen ab 400 n. Chr. Germanen aus dem Osten ein, Franken, die das Land jedoch nur dünn besiedelten. Lediglich feste Plätze, die alten römischen Städte und strategisch wichtige Positionen besetzten sie. Die neue, sich schon seit einigen Jahrhunderten in dem römisch besetzten Gallien aus dem Lateinischen entwickelnde Volkssprache (mit ein paar gallischen Grundworten für Acker, Schaf, Ziege, – und auch ein paar fränkischen Brocken), also altfranzösisch, sprachen sie nicht. Die Verwaltung und Gerichtsbarkeit fand ohnehin in lateinischer Sprache statt, die dem Klerus geläufig war. Das gesamte Frankenreich – von Fulda bis Konstanz im Westen bis zur Atlantikküste – war seit der Taufe Chlodwigs I. (wahrscheinlich 498 in Reims) christlich. Die Franken besaßen das riesige Land von den Pyrenäen bis zur Elbe, aber ihre Fürsten und Fürstensöhne kämpften um die Vorherrschaft, Blenden und Verstümmeln eingeschlossen.

Aus den jahrhundertelangen Kämpfen der großen fränkischen Fürsten ging die Familie Karls siegreich hervor. Aber erst Karl gelang es, mit Hilfe des von vielen Gegnern bedrängten Papstes in Rom eine Art Gegen-Kaisertum zu dem oströmischen, inzwischen griechisch sprechenden Byzanz zu errichten. Am 25. Dezember 800 krönt ihn Papst Leo III. zum Kaiser. Ein einmaliger Vorgang. Es gab plötzlich ein zweites Römisches Reich und seine Zentrale war Aachen. Von einer Hauptstadt konnte man damals nicht sprechen. Der Kaiser und seine zahlreichen Mitarbeiter gastierten wie ein Wanderzirkus in zahlreichen „Pfalzen“, in denen der König und spätere Kaiser jeweils nur für kurze oder auch längere Zeit auftrat. Verwaltet und regiert wurde von Aachen aus. Obwohl Karl sicher nicht der Ahnherr Europas war, zu dem er neuerdings gern gemacht wird, setzte er Maßstäbe für die kulturelle (christliche) Zukunft des Landes zwischen Byzanz und den Muslimen, die das heutige Spanien noch bis zu den Pyrenäen besetzt hielten, und den „Heiden“ jenseits der Elbe, slawischen Stämmen, die während der Völkerwanderung in die ehemals germanischen Siedlungsgebiete nachgerückt waren.

> Verbreitung des Glaubens auch mit dem Schwert war sein Credo

Karl führte praktisch in jedem Jahr seines Lebens Kriege, in denen pausenlos Menschen getötet wurden, doch alles war sozusagen für die gute Sache: den christlichen Glauben. Dazu organisierte er die dringend notwendige Erneuerung von Klöstern mit ihren Schulen, Bildung und Wissenschaft. Seine Mitarbeiter, vornehmlich Kleriker, organisierten Verwaltung und Rechtsprechung. So brachte er, immer die Ausbreitung des Glaubens im Auge, den Wiederaufbau einer Zivilisation auf den Weg.

Nach dem Tod Karls des Großen zerfiel sein Reich, aber nicht die Idee eines neuen Römischen Reichs mit einem Kaiser an der Spitze. Erst Jahrhunderte später kam der Zusatz „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“. Es wurde erst von Napoleon aufgelöst.

Das NS-Regime hatte ein gespaltenes Verhältnis zu Karl dem Großen. Hitler sah sich, trotz Bedenken seines Chefideologen Alfred Rosenberg gegen den „Sachsenschlächter“, als Nachfolger des „großen Einigers Europas“. Am 2. April 1942 erschien ein Sonderstempel der Reichspost: „Großdeutschland gedenkt Karls des Großen“.

Nach dem Zusammenbruch des deutschen Reiches wurde Karl der Große ein weiteres Mal missbraucht, wieder als Symbolfigur für die europäische Einigung. Der Kaufmann Kurt Pfeiffer aus Aachen kam bereits 1949 auf die Idee, den Karlspreis zu stiften, dessen Preisträger manchmal höchst blasse oder wie Winston Churchill höchst fragwürdige Vorbilder für ein zukünftiges Europa sind. Fehlte nur noch, den großen Karl auch für die Pläne der EU-Verwaltung und ihre Einwanderungspolitik in Anspruch zu nehmen.

Finden Sie den Autor im Internet unter „Eigentümlich frei-TV“!

Monumente der Hässlichkeit

Heldenverehrung der monströsen Art – Viele Denkmäler der kommunistischen Ära ernteten nichts als Spott

Können Denkmäler eine Strafe sein? Sieht man sich die bombastischen Marx-Lenin-Stalin-Monumente an, kann man nur zu dem Schluss kommen: Ein Monsterkabinett zum Abgewöhnen!

Bereits der Wortschöpfer Martin Luther wusste: Jedes „Monument" ist auch ein „Denkmal", aber nicht jedes Denkmal muss „monumental" sein. Und der russische Historiker Aleksej Anikin erkannte die Entlarvung „sozialistisch-realistischer" Denkmäler: „Ein primitives Monument gelangt nur selten auf die Müllhalde. Es kündet lange vom elenden Geschmack seiner Aufsteller."

Elend fielen vor allem Statuen kommunistischer Führer aus, etwa in Mitteldeutschland die des Bildhauers Johann Friedrich Rogge (1898–1983), der in rascher Folge Lenin (1951), Stalin (1954) und Thälmann (1957) abbildete, was ihm mehr schlecht als recht gelang. Die stalinistische SED ließ sich 1951 lieber von den Sowjets ein Stalin-Standbild schenken, das bis 1961 an der „Stalin-Allee" stand. Sein Urheber war vermutlich Nikolai Tomski (1900–1984), ein auf Stalin und Lenin spezialisierter „Künstler", der 1967 auch Ost-Berlin mit einer Lenin-Statue beglückte – am späteren „Platz der Vereinten Nationen" –, die ob ihrer Marmorplatte ein Unfallschwerpunkt war und Ende 1991 abgerissen wurde.

Dabei war die Büste halbwegs erträglich, anders als die Monster des „russischen Großbildhauers Salbei", wie der Autor Volker Braun den Sowjet-„Skulptor" Lew Kerbel (1917–2003) verhöhnte. Kerbel hatte im November 1945 in Kooperation mit Wladimir Zigal (1917–2013) das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Tiergarten errichtet – in üblicher Sowjet-Einfallslosigkeit: Soldat, Panzer und Kanonen auf Sockeln. Später plagiierte er sich selber, meißelte in den frühen 1980er Jahren zweimal dasselbe Sujet – Glatzkopf vor wallender Fahne – und stellte es einmal in Ost-Berlin (als Thälmann) auf, dann in Kuba (als Lenin), weswegen die Statuen-Gießer aus Lauchhammer nur von „Lehmann" sprachen. Die Berliner hassten das Monument, zu dessen Errichtung kunstgeschichtlich wertvolle Industriebauten weichen mussten. Der Liedermacher Udo Magister verspottete den Koloss, das Sandmännchen des DDR-Fernsehens zeigte ihm die kalte Schulter, andere fühlten sich durch Thälmanns „Rot-Front"-Faust an Contergan-Missbildungen erinnert.

Ähnlich ging es DDR-Künstlern wie Fritz Cremer (1906–1983), dessen Figurengruppen für KZ-Gedenkstätten nach Ansicht von SED-Zensoren „zu wenig siegesbewusst und optimistisch" erschienen. Seine Statue „Der Aufsteigende" wurde von dem Barden Wolf Biermann mit Hohn übergossen: „Mann, das iss mir ja 'n schöner Aufstieg / Macht der Fortschritte, oder macht er Karriere?"

Cremers süßliche Statuen „Trümmerfrau" und „Aufbauhelfer" stehen immer noch vor dem Roten Rathaus, direkt neben dem „Marx-Engels-Forum", wozu Ludwig Engelhardt (1924–2001) Statuen von Marx und Engels beisteuerte. Auf SED-Geheiß hatte er sie so oft ändern müssen, dass zuletzt ein lachhaftes Duo herauskam, das Kabarettisten wie der Dresdener Wolfgang Schaller veralberten und die Berliner als „Sacko und Jacketi" verhöhnten (nach den Anarchisten Sacco und Vanzetti, die 1927 in den USA hingerichtet wurden). Allnächtlich musste die „Volkspolizei" einen Kleinkrieg mit Sprayern und Ritzern austragen, die das „Forum" gnadenlos verschandelten. Nach der Wende schlug der Satiriker Ernst Röhl vor, die Denkmäler umzuwidmen: Thälmann wird zu Momper, Marx zu Meckel.

Können Denkmäler eine Strafe sein? Das barocke Prag weihte am 1. Mai 1955 das „größte Stalin-Denkmal der Welt" ein, das sich in drohender Massigkeit auf dem Letna-Hügel oberhalb der Moldau erhob. Sein Schöpfer Otakar Svec (1892–1955), Star der jüngeren Bildhauerszene, beging vor der Einweihung Selbstmord, sein Werk missfiel sogar Nikitia Chruschtschow, der es als „zu groß, zu spät" empfand, worauf die Prager im besten Ganoven-Slang höhnten: „Gib Obacht, Seppl, sie sind dir auf den Fersen!" Im November 1962, mitten im „Monat der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft", sprengte man das Denkmal, wobei Stalins Kopf in die Moldau kullerte und dort unauffindbar verschwand. Überlebt haben die Witze zu Stalin samt Gefolge auf dem Denkmal („Schlange vor dem Fleischladen", „Gedrängel"), und der Prager Silvesterscherz, diese Gruppe aus Schnee nachzubilden.

Der Tscheche Svec war ein wahrer Künstler, sein Landsmann Bohumil Kafka (1878–1942) nicht minder, bei dem Masse nicht klobig wirkte. 1931 begann er auf dem Prager Vitkov-Hügel mit dem „Nationaldenkmal", einem Reiterstandbild von Jan Zizka, dem militärischen Führer der Hussiten aus dem 15. Jahrhundert. Mit einem Gewicht von 16,5 Tonnen wurde es die größte Bronzestatue der Welt, und sie ist von jedem Winkel Prags aus zu sehen. Der Fernblick erspart auch den Anblick grausiger Reliefs, mit denen sie verschandelt wurde, als man sie 1953 zum Mausoleum für den Kommunistenführer Klement Gottwald umwidmete, ihn jedoch nicht mumifizieren konnte.

Die sowjetische Firma „Mosfilm" verwendete als Signet die Monumentalstatue „Arbeiter und Kolchosbäuerin", die Wera Muchina (1889–1953) für den Sowjetpavillon auf der Pariser Weltausstellung schuf – das Pärchen gespreizt wie beim Bodenturnen, dabei Hammer und Sichel hochhaltend. Ein „Bruder im Geiste" war Ewgenij Vucetic (1908–1974), dessen Monumentalskulpturen wie „Mutter Russland ruft" im früheren Stalingrad nur darum bekannt sind, weil sie die New Yorker Freiheitsstatue an Höhe überbieten. Völlig unbegabt war Vucetic nicht, wie seine Skulptur „Schwerter zu Pflugscharen" zeigt, die Moskau im Dezember 1959 den Vereinten Nationen schenkte und die später zum Symbol der antikommunistischen Opposition der DDR wurde.

Ende 1989 beschmierten Unbekannte Vucetics Ehrenmal in Berlin-Treptow. Vermutlich wollten Stasi-Leute Konflikte zwischen Bonn und Moskau schüren. Sie erreichten das Gegenteil: Die deutsche Verpflichtung zum Schutz sowjetischer Kriegsdenkmäler wurde Teil der Wiedervereinigungsabmachungen und Gegenstand des Vertrags vom 16. Dezember 1992, in dem Deutschland „dauerhafte Kriegsgräberfürsorge" versprach und hielt. *Wolf Oschlies*



„Contergan-geschädigt": Thälmann-Faust am Berliner Prenzlauer Berg Bild: pa

MELDUNGEN

»Überfluss« ist wieder da

Berlin – In einem Spreekanal hat die Berliner Feuerwehr eine Skulptur geborgen, die früher das Dach der Neuen Münze am Schlossplatz geziert hatte. Nach Angaben des Landesdenkmalamtes stellte die kopflose Frauenfigur die Allegorie „Überfluss" dar. Insgesamt befanden sich vier Skulpturen auf dem Dach der Neuen Münze, darunter die Allegorien Germania, Borussia und Friede. Die jetzt gefundene Skulptur dürfte rund 60 Jahre auf dem Grund des Kanals gelegen haben. Von 1871 bis 1945 grenzte dort die vom preußischen Baumeister Friedrich August Stüler entworfene Münzprägestätte, die im Krieg schwer beschädigt wurde und bis 1951 vollständig abgetragen wurde. *tws*

Beutekunst zurückerhalten

Aachen – Das Suermondt-Ludwig-Museum hat fünf Bilder zurückerhalten, die nach 1945 als Beutekunst verloren gegangen und zuletzt in Privatbesitz aufgetaucht waren. Mit Hilfe des „Art Loss Register" in London und des Kunsthauses Lempertz in Köln konnten zwei Gemälde von Jan Brueghel und Dirck Wijntrack sowie drei Bilder der Düsseldorfer Brüder Oswald und Andreas Achenbach wieder an den alten Platz gehängt werden. Das Aachener Museum sucht unterdessen nach dem Verbleib von weiteren verschollenen Werken. So waren aus der Meißener Albrechtsburg, dem Auslagerungsort der Aachener Museen, bis zu 270 Bilder verschwunden, das Gros wurde von Sowjettruppen in die UdSSR verbracht. Über 70 Bilder sind vor fünf Jahren im Museum Simferopol auf der Krim aufgetaucht. Auch hier gibt es Anzeichen einer baldigen Rückkehr. *tws*

Amourös gezeichnet

Ausstellung des großen Rokoko-Malers Jean-Honoré Fragonard in Karlsruhe – Als erotische Verspieltheit noch hoch im Kurs stand

So manch einer erhielt den ersten Anstoß, sich mit Jean-Honoré Fragonard zu befassen, über den Umweg zur Literatur. Denn Rainer Maria Rilke hatte sein Gedicht über „Die Flamingos", die den feinsinnigen Poeten anno 1908 im Pariser Jardin des Plantes inspirierten, mit einem Hinweis auf den französischen Rokoko-Maler begonnen: „In Spiegelbildern wie von Fragonard ..." Da war dieser schon über 100 Jahre tot, aber sein eleganter Zeichenstil blieb auch den Nachfahren ein Begriff und genießt bis heute viel Anerkennung.

Der Zeichnung wurde in jener Epoche des späten Rokoko überhaupt hohes Ansehen gezollt. Man betrachtete sie nicht nur als Entwurf oder Skizze, sondern achtete sie als autonomes Kunstwerk und präsentierte sie (wie ein Gemälde gerahmt) in den Salons den Besuchern. Das gilt auch für Fragonard (1732–1806). Von der Leichtigkeit und Schwerelosigkeit seiner Arbeiten, die schon die Zeitgenossen begeisterten, kann man sich jetzt in der sehenswerten Ausstellung in der Kunsthalle Karlsruhe überzeugen. Sie präsentiert den renommierten Franzosen (erstaunlicherweise) zum ersten Mal in Deutschland mit 80 Werken aus bekannten europäischen Museen. Treffender Titel „Poesie und Leidenschaft".

Wer sich auf dieses spannende Sehangebot einlässt, erkennt, wie innovativ der Maler war, der seine kühne Gestaltungskraft bewusst auf Wirkung hin kalkulierte. Dies gilt nicht nur für seine galanten und erotischen Sujets, die sich durch eine suggestive Sinnlichkeit auszeichnen, sondern auch in formaler Hinsicht. So zentriert der Künstler in seine Darstellungen oft ein helles Feld, das zum genauen Hinsehen auffordert. Diese mittig gesetzten Ruhezonen kontrastieren dann wirkungsvoll zur Bewegtheit der Darstellungen und den unruhigen Lineaturen.

Leider ist die berühmte „Schaukel" von 1766 in der Ausstellung nicht vertreten. Wahrscheinlich hatte die Wallace Collection in London diese Ikone des lustvollen Durchdie-Luft-Schwingens, nicht ausleihen wollen. Überhaupt sind Gemälde im Vergleich zu den zahlenmäßig überwiegenden Arbeiten auf Papier sparsam vertreten. Herausragendes Beispiel ist das medaillonförmige Bild „Lesender Alter", in dem Miene und Haltung des Philosophen seine Faszination vom Buch belegen. Doch Fragonards Zeichnungen gelten gegenüber den Gemälden, zu denen es selten Entwürfe gab, als gleichrangig.


Beim Stelldichein frisch ertappt: Fragonards Gemälde „Die Überraschung" (um 1771) Bild: Musées d'Angers

Der im südfranzösischen Grasse geborene Künstler war zunächst Schüler von Jean-Simeon Chardin, später von François Boucher. 1752 hatte er den begehrten Prix de Rome erhalten und war danach finanziell in der Lage, die seinerzeit obligatorische Romreise anzutreten. Auf ihr wurde er mit den Repräsentanten des Barock bekannt und lernte die römische Landschaft kennen, die ihn nachhaltig inspirierte. Davon legen zahlreiche Zeichnungen Zeugnis ab.

Fragonard wurde von Gönnern gefördert, gab aber nie seine künstlerische Freiheit auf. Die Ausstellung zeigt seine Vielseitigkeit anhand von Landschafts- und Genredarstellungen, erotischen Zeichnungen sowie geselligen Szenen und dokumentiert seine Umsetzung literarischer Sujets. So ist auch eine Auswahl von Zeichnungen zu Ariosts Epos „Der rasende Roland" zu sehen, einem veritablen Bestseller des 16. Jahrhunderts, der noch zu Lebzeiten des Malers allgemein bekannt war.

> Historienmalerei war seine Sache nicht

Die Arbeiten des Franzosen zeichnen sich durch starke Bewegtheit aus. Licht und Schatten evozierte er mit Tusche und Pinsel. Eine seiner Eigenheiten sind geöffnete Türen, die Einblicke und Ausblicke ermöglichen, aber auch Spannung erzeugen wie in „Das Wiedersehen". Gut nachvollziehen lassen sich auch die Inspirationen, die der Künstler von Vorbildern erhielt, und auffallendes Interesse rufen noch heute seine neckisch-frivolen Szenen hervor, die einst nicht so provokant wirkten wie man es heute vielleicht vermuten dürfte.

Man erkennt, wie viel Fragonard in dieser Hinsicht von seinem Lehrer Francois Boucher lernte wie bei seinem erotisch konnotierten Interieur „Mädchen mit Hund" (im Bett). Der Vorhang hinter der scheinbar spielerisch-harmlosen Szene weist dem Betrachter die Rolle des Voyeurs zu.

Neben den zahlreichen galanten Sujets spielt aber auch die Natur als Erfahrungsraum eine große Rolle, zum Beispiel in den Parklandschaften, vor allem in der sattgrünen „Liebesinsel" oder der imposanten Zypressenallee.

Unter den Personendarstellungen, bei denen der fast prototypisch anmutende „Eremit" einen Schwerpunkt setzt, dominieren die Kinder. Sie spielen, werden unterrichtet oder tanzen im Park. Gerade Fragonards Freiluftszenen zeichnen sich durch atmosphärische Dichte aus. Auffällig ist, wie häufig der Künstler mit der Auflösung der Form spielt. Von der zu seiner Zeit gängigen Historienmalerei schien er wenig zu halten. Pathos findet sich bei ihm nicht. Da ließ er lieber Engel vom Himmel herab schweben oder kombinierte bedenkenlos erotische mit religiösen Motiven. *Heide Seele*

Staatliche Kunsthalle, Hans-Thoma-Straße 2–6. Bis 23. Februar, Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 8 Euro.

»Krieg gegen den Terror« statt »Völkermord«?

Der Niederschlagung des Herero-Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika ging die Ermordung deutscher Zivilisten voraus

Die Niederschlagung des Herero-Aufstandes vor 110 Jahren bedarf einer Kontextuierung. Dazu gehört auch die Thematisierung der Vorgeschichte. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit die deutsche Intervention als eine Reaktion auf vorangegangene terroristische Angriffe von Hereros auf Zivilisten verstanden werden muss, einschließlich der damit gemeinhin verbundenen Kollateralschäden.

Angeblich kam es vor 110 Jahren im Nachgang zum Herero-Aufstand im Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika zu einem eiskalten Völkermord: Das deutsche Militär habe sämtliche Herero in die Wüste getrieben, wo um die 80 000 von ihnen qualvoll verdurstet seien. Das jedenfalls vermelden die meisten Werke der einschlägigen Forschungsliteratur, in der zudem auch noch von „The Kaiser's Holocaust" oder einem „Weg von Windhuk nach Auschwitz" die Rede ist. Allerdings basieren die Aussagen der Vertreter der Völkermord-These, darunter Medardus Brehl, Tilman Dedering, Christoph Marx, Henning Melber, Joachim Zeller und Jürgen Zimmerer, auf gefälschten britischen Dokumenten beziehungsweise Propagandawerken Horst Drechslers, eines DDR-Historikers ohne jedwede Landeskenntnis. Dahingegen lassen die echten Originalquellen die Ereignisse in einem deutlich anderen Licht erscheinen.

Die Herero waren seit jeher ein kriegerisches Volk, denn als Rinderhirten mussten sie oft um die raren Weideflächen für ihre Tiere kämpfen – so auch, als ihr Weg sie aus Zentralafrika ins heutige Namibia führte. Dort nämlich stießen die Nomaden um 1830 auf die Nama und später die Orlam, woraufhin sich blutige Stammeskriege entspannen, in denen der Wille zur Vernichtung des Gegners auch und gerade bei den Herero überdeutlich zutage trat. Um der Auslöschung zu entgehen, baten schließlich alle drei Stämme die Kolonialverwaltung von Deutsch-Südwestafrika um Schutzverträge, wodurch tatsächlich nach und nach ein wenn auch brüchiger Friede einzog. Allerdings betrieben die Herero weiter getarnt Aufrüstung, indem sie exzessiv Waffen und Munition kauften und dafür reichlich Vieh und Land in Zahlung gaben – so zum Beispiel 30 Rinder für ein Gewehr.

Allerdings profitierten davon beileibe nicht nur die Deutschen, wie häufig kolportiert wird. Der größte Teil der modernen Feuerwaffen in Hererohand stammte nämlich aus dem benachbarten Britisch-Betschuanaland (heute Botswana) beziehungsweise Südafrika. Dies resultierte einerseits aus dem hohen Fleischbedarf der Briten in der Kapkolonie, zum anderen steckte offenbar die Absicht dahinter, durch die Waffenverkäufe ein permanentes Unruhepotenzial in dem deutschen Schutzgebiet zu schaffen, denn natürlich bestand eine koloniale Konkurrenz zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich.



Hereros überfallen ein deutsches Lager: Darstellung aus der französischen Zeitung „Le Petit Journal" des Jahres 1903 Bild: akg

Vor diesem Hintergrund sind auch die geheimen Absprachen zwischen den Briten und dem Häuptling der Ovaherero, einem Clan der Herero mit Sitz in Otjinene, Samuel Maharero (1856–1929) zu sehen, der zum Initiator des Herero-Aufstandes werden sollte, der am 12. Januar 1904 mit dem Sturm auf Okahandja begann. Maharero erkaufte sich zunächst das Wohlwollen des Empire, indem er britische Farmer, von denen es in Deutsch-Südwestafrika immerhin an die 500 gab, verschonen ließ, obwohl diese genauso auf früherem Hereroland saßen. Dahingegen mussten bis Ende Januar 108 deutsche Zivilisten, also auch Frauen und Kinder, ihr Leben lassen – teilweise vor den Augen ihrer schwer traumatisierten Angehörigen oder infolge grausamster Foltern, denen dann auch noch demonstrative Verstümmelungen der Leichen folgten, an denen die Herero-Frauen maßgeblich beteiligt waren. Man kann hier also mit Fug und Recht von nicht militärisch bedingten Tötungsaktionen sprechen, welche darauf abzielten, unter den restlichen Siedlern Angst und Schrecken zu verbreiten und sie zur Aufgabe ihrer Besitztümer zu nötigen, womit das Ganze eindeutig unter die heute gebräuchliche Definition von Terrorismus fällt.

Des Weiteren hatten Mahareros 4000 bis 4500 Krieger, denen übrigens nicht nur Deutsche zum Opfer gefallen waren, sondern ebenso eine unbekannte Anzahl von Angehörigen des schwarzen Volkes der Damara, auch keine Skrupel, ihre eigenen Frauen und Kinder als menschliche Schutzschilde zu benutzen, als sie sich im Sommer 1904 in Richtung des Waterbergs absetzten. Das bewahrte sie allerdings nicht vor der Niederlage in den Kämpfen am 11. und 12. August 1904, welche die Herero indes nur 42 Tote kostete.

Danach kam es laut gängiger, aber trotzdem grundfalscher Auffassung zum „Völkermord" an den Herero: Die deutsche Schutztruppe habe einen Großteil des „besiegten" Volkes in die wasserlose Omaheke-Wüste östlich des Waterbergs „gejagt" und dort so lange „belagert", bis an die 80 000 Menschen verdurstet seien. Doch wie war es wirklich?

> Herero-Aktionen hatten nicht nur weiße Opfer

Zum einen kann niemand mit nüchternem Verstand behaupten, dass wenige hundert durch Krankheit geschwächte und schlecht versorgte Soldaten in der Lage gewesen sein sollten, den 250 Kilometer langen „Sperrbogen" im Westen der 40 000 Quadratkilometer großen Wüste über Monate hinweg „undurchlässig" zu machen. Zum anderen war die Omaheke-Wüste auch keine „Todesfalle", in welche die Herero gegen ihren Willen „gedrängt" wurden. Wie der Publizist Walter Nuhn anhand von Dokumenten aus dem britischen Nationalarchiv nachweisen konnte, gingen Mahareros Anhänger diesen Weg ebenso bewusst wie freiwillig. Der Herero-Führer hatte sich nämlich schon vor der Schlacht am Waterberg an die britischen Behörden gewandt und um Asyl für den Fall nachgesucht, dass der Kampf gegen die Schutztruppe verloren gehe. Dem folgte ein weiterer Asylantrag im September, der dann im Folgemonat vom Colonial Office angenommen wurde. Mit Maharero erreichten über den Ngami-Trail, den die Herero seit alters her nutzten, weitere 1174 Aufständische den britischen Machtbereich. Und das waren bei weitem nicht die einzigen, die der Omaheke, die heute übrigens Kalahari genannt wird und eher eine sporadisch wasserführende Trockensavanne als eine Wüste darstellt, entkamen, denn 1930 zählten die Briten insgesamt 6000 Herero in Betschuanaland. Ebenso sei an die Kambazembi-Herero erinnert, die nach Norden und nicht nach Osten flohen und in Angola unterkamen. Desgleichen ist zu berücksichtigen, dass sich einige Häuptlinge schon vor der Schlacht am Waterberg mit ihrem Tross den deutschen Behörden stellten, so zum Beispiel Kanjeva aus Otjihaënena, Kaikaituo aus Omaruru und Zacharias aus Otjimbingwe.

Trotzdem hat es natürlich Tote unter den rund 30 000 Herero gegeben, die am Ende tatsächlich in die Omaheke zogen. Allerdings sind diese keine Opfer deutschen Vernichtungswillens, sondern der Fehlkalkulation ihrer Häuptlinge. Letztere gingen nämlich davon aus, dass genügend Wasser vorhanden sei, weil in der Regenzeit reichlich Niederschlag gefallen war – das traf aber eben nicht für die Kalahari zu. Dazu rächte sich die Taktik der verbrannten Erde. Mit der Vergiftung der verbleibenden Brunnen und dem Legen von Buschfeuern hatten sich die Flüchtenden selbst ihren Rückweg aus der Wüste verbaut.

Die Krieger der Herero waren also mehrheitlich Terroristen, die mit einer fremden Macht paktierten und auf der Flucht in deren Herrschaftsbereich taktischen Irrtümern erlagen, was unter anderem zu nicht näher zu beziffernden Kollateralschäden unter den eigenen Zivilisten führte.

Wolfgang Kaufmann

Wie Norwegen schwedisch und Dänemark klein wurde

Während der Befreiungskriege schlossen Stockholm und London vor 200 Jahren mit Kopenhagen den Separatfrieden von Kiel

Von den Verwandten und Marschällen Napoleons, die während der napoleonischen Zeit an die Spitze europäischer Staaten gerieten, hat einer eine Dynastie begründen können, die sich bis zum heutigen Tage auf dem Thron gehalten hat: Marschall Jean-Baptiste Bernadotte. Schwedens aktueller König Carl XVI. Gustaf, Ehemann der Deutschen Silvia Renate Sommerlath, ist sein Urururenkel.

Schwedens König Karl XIII. war kinderlos und 1810 ließ sein fortgeschrittenes Alter auch nicht mehr hoffen, dass sich daran noch etwas ändern werde. Deshalb wählte der schwedische Reichstag am 21. August jenes Jahres in Örebroder einen Thronfolger. Die Wahl fiel schließlich mit Bernadotte auf einen Marschall des damals wohl mächtigsten Mannes der Welt, dessen Wohlwollen zu genießen, Vorteile verhieß. Napoleons Marschall wurde zwar nur zum Kronprinzen gewählt, denn noch lebte ja der König, doch riss er gleich die Regierungsgeschäfte an sich.

> Mit dem Verlust von Norwegen hörte Dänemark auf, eine Mittelmacht zu sein

Bernadotte war nicht zuletzt in der Hoffnung gewählt worden, dass er nach einem Sieg Frankreichs über Russland durch seine guten Beziehungen zu Napoleon das 1809 an das Zarenreich abgetretene Finnland zurückgewinnen könne. Es kam jedoch ganz anders. Bernadotte sah Schwedens Zukunft in einer Westverschiebung des Landes. Statt von Russland Finnland zurückzugewinnen, wollte er lieber mit Russland das dänische Norwegen für Schweden erstreiten. Hierfür brach Bernadotte mit der schwedischen Tradition antirussischer Außenpolitik. Während sich das Verhältnis seines vormaligen Kaisers zu dessen einzig verbliebenem Rivalen auf dem Kontinent und späteren Kriegsgegner verschlechterte, arbeitete der vormalige französische Marschall mit Erfolg an einer Verbesserung der Beziehungen zum Zaren. Begünstigt wurde dieser schwedische Schwenk von Frankreich zu Russland durch die unfreundliche französische Besetzung Schwedisch-Pommerns zu Beginn des Jahres 1812.

Zar Alexander I. konnte nach Napoleons Überfall auf sein Land Unterstützung gut gebrauchen und da Schweden für sein Wohlwollen nicht Finnland als Preis einforderte, war er gerne bereit, Bernadotte das dänische Norwegen zuzugestehen. Bei aller Hinwendung zum Zaren bereitete es dem Kronprinzen jedoch verständlicherweise Missbehagen, gegen seinen ehemaligen Kaiser zur Waffe zu greifen. Nach dem Ausbruch der Befreiungskriege übernahm der vormalige französische Marschall zwar das Kommando über die schwedisch-russisch-preußische Nordarmee, doch hielt er sich eher im Hintergrund. Das änderte sich, als Dänemark nach der Völkerschlacht bei Leipzig auf französischen Druck am 22. Oktober 1813 Schwedens Alliierten Preußen und Russland den Krieg erklärte. Mit Verve stürzte sich Bernadotte nun auf die Dänen, denn deren Norwegen begehrte er ja.

„Da war's um ihn geschehn; halb zog sie ihn, halb sank er hin und ward nicht mehr gesehn." Etwas poetisch, aber abgesehen von den unpassenden Geschlechtern passen diese Worte Johann Wolfgang von Goethes aus „Der Fischer" auf das Schicksal der Mittelmacht Dänemark. Eigentlich hatte das skandinavische Königreich in den napoleonischen Wirren ja neutral bleiben wollen, aber die Verhältnisse waren nicht so. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Beziehungen Dänemarks zu Napoleons Gegner Großbritannien in eine Abwärtsspirale gerieten. Es ließe sich auch von einem Teufelskreis reden. Die Briten misstrauten der dänischen Neutralität und ergriffen deshalb Maßnahmen gegen Dänemark, um den befürchteten späteren Alliierten Napoleons zu schwächen. Diese teilweise völkerrechtswidrigen Maßnahmen trieben die Dänen nun in Richtung Frankreich, was wiederum dem britischen Misstrauen gegenüber der dänischen Neutralität neue Nahrung gab und so weiter und so fort.

Hinzu kam, dass sich die Dänen mit zunehmender Machtausdehnung Napoleons in Richtung ihrer Grenzen bis hin zur schließlichen Nachbarschaft immer mehr zu Frankreich-genehmem Verhalten gezwungen sahen. Schließlich boten sie sogar Napoleons Soldaten Quartier. Damit waren sie bei ihrer Entscheidung zur Kriegserklärung an Preußen und Russland fast so unfrei wie die Preußen bei ihrem Entschluss, Napoleon bei seinem Überfall auf Russland Beistand zu leisten. Nur so ist wohl zu erklären, dass die Dänen ausgerechnet nach dessen schwerer Niederlage bei Leipzig auf Seiten Napoleons in die Befreiungskriege eingriffen.

> Großbritannien erhielt Helgoland und auch Preußens Gebiet war indirekt betroffen

Die Dänen hofften, dass sich die Folgen ihrer Kriegserklärung in Grenzen halten würden. Napoleon hatte mit seinem Druck auf Dänemark genau die gegenteilige Hoffnung verbunden. Er wollte eine Frankreich entlastende zusätzliche Front im Norden, die es ihm erlaubte, sich nach der Niederlage in der Völkerschlacht geordnet hinter den Rhein zurückzuziehen. Nicht zuletzt dank Bernadotte und dessen geschilderter Interessenlage ging statt der dänischen die französische Rechnung auf. Bernadotte fiel in Holstein ein. Mit 60 000 Mann marschierte er erst auf Lübeck und dann auf Kiel zu. Nach Zusammenstößen mit den Dänen bot der Waffenstillstand von Rendsburg die Möglichkeit zu Verhandlungen. In seiner Hauptforderung Norwegen wurde Bernadotte nicht nur von seinen russischen, sondern auch von seinen britischen Alliierten unterstützt. Dänemark gab seinen Widerstand schließlich auf. Damit war die entscheidende Voraussetzung für den am 14. Januar 1814 zwischen Schweden und Großbritannien sowie Dänemark abgeschlossenen Frieden von Kiel gegeben. Außer auf Norwegen, das schwedisch wurde, verzichtete Dänemark auch zugunsten Großbritanniens auf Helgoland, das die Seemacht bereits 1807 besetzt hatte. Zudem musste Dänemark die Seiten wechseln und fortan mit Hilfstruppen die Alliierten im Kampf gegen Napoleon unterstützen.

Allerdings wurden Dänemark die alten norwegischen Nebenlande Island, Grönland und Färöer belassen. Außerdem bekam es als Kompensation für Norwegen Schwedisch-Pommern.

Letzteres nutzte Dänemark kurze Zeit später auf dem Wiener Kongress von 1814/15 für einen Ringtausch mit Hannover und Preußen. Dänemark erhielt von Hannover das Herzogtum Lauenburg, Hannover von Preußen das Fürstentum Ostfriesland und Preußen schließlich von Dänemark das vormalige Schwedisch-Pommern. Damit war die jahrhundertelange skandinavische Herrschaft über diesen Teil Deutschlands Geschichte geworden.

Für Dänemark hingegen ist der Frieden von Kiel vor allem deshalb von großer Bedeutung, weil es in ihm mit Norwegen auch seinen Mittelmachtstatus verlor. Da nützte es den Dänen wenig, dass sich die Schweden nur gut neun Jahrzehnte des Besitzes von Norwegen erfreuen konnten und 1905 die Norweger mit Christian Frederik Carl Georg Valdemar Axel einen Prinzen von Dänemark zu ihrem König bestimmten, dessen Nachfahren bis zum heutigen Tage auf dem norwegischen Throne sitzen.

Manuel Ruoff

Knast in Ex-Häftlings-Besitz

»Menschenrechtszentrum Cottbus« hat Zuchthaus in Gedenkstätte umgewandelt

Am Tag der Menschenrechte fand im ehemaligen Zuchthaus Cottbus die feierliche Eröffnung einer neuen Gedenkstätte statt, die zur Erinnerung an die politischen Häftlinge gleich beider deutschen Diktaturen gemahnt. Der Titel der dort gezeigten Dauerausstellung, „Karierte Wolken – Politische Haft im Zuchthaus Cottbus 1933–1989", spielt auf den durch Gitterstäbe versperrten Blick der NS- und DDR-Häftlinge auf den Himmel und die Freiheit an.

An der Eröffnung der Gedenkstätte, deren Errichtung mit insgesamt 2,7 Millionen Euro vom Bund, dem Land Brandenburg und der Stadt Cottbus sowie privaten Spendern gefördert wurde, nahm auch politische Prominenz teil. Der Ministerpräsident von Brandenburg, Dietmar Woidke (SPD), erinnerte in seiner Rede daran, dass in Cottbus zumeist keine Verbrecher, sondern politische Häftlinge einsaßen. Der Anstoß für einen Erinnerungsort an historischer Stätte kam allerdings nicht aus der Politik, sondern geht auf bürgerliches Engagement zurück. 2011 kaufte der Verein „Menschenrechtszentrum Cottbus", dem hauptsächlich ehemalige Häftlinge des Zuchthauses angehören, das marode Gebäude, nachdem dieses fast zehn Jahre lang leer gestanden hatte. Mit Hilfe von privaten und öffentlichen Fördermitteln konnte dann damit begonnen werden, einen Teil zu sanieren und als Gedenkstätte herzurichten. Zuvor hatten Mitglieder des Vereins bereits drei Jahre lang ehrenamtlich in einem Nachbargebäude vor allem Schulgruppen über den Gefängnisalltag während der SED-Diktatur aufgeklärt.

Damit ist das Zuchthaus Cottbus vermutlich das einzige Gefängnis, das seinen eigenen Ex-Insassen gehört – auch wenn diese heute natürlich längst wieder frei und rehabilitiert sind. Roland Jahn, Chef der Stasiunterlagenbehörde, der selbst zu DDR-Zeiten als Dissident in Cottbus einsaß, bedankte sich bei den ehemaligen politischen Häftlingen: „Ihr alle habt Anteil daran, dass der Sozialismus zu Ende ging, die Mauer fiel und wir alle in Freiheit und Demokratie leben können."

In der aufwendig gestalteten Dauerausstellung werden die Besucher über das Gefängnisleben während der beiden deutschen Diktaturen informiert. Anhand von zahlreichen Schautafeln, Fotos, Modellen und Exponaten werden Themen wie Alltag und Zwangsarbeit beleuchtet. Einige Zellen wurden originalgetreu eingerichtet, sie führen den Besucher geradewegs zurück in die Vergangenheit und veranschaulichen den Wandel des Gefängnisses über die Jahrzehnte hinweg.

Im Zentrum der Präsentation stehen 28 ausgewählte Schicksale, auf deren Spuren sich der Gedenkstättengast beim Gang durch die Ausstellung begibt. So erfährt man, dass im Nationalsozialismus, als das Zuchthaus noch ein Frauengefängnis war, hier einige weibliche Mitglieder der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle" in Haft waren, darunter Greta Kuckhoff, die später in der DDR Karriere machte und Präsidentin der Deutschen Notenbank wurde. Erschütternd liest sich auch manches Schicksal aus der Zeit des Sozialismus, wie das von Werner Greiffendorf, der sich am 19. Oktober 1978 aus Verzweiflung selbst verbrannte, weil er nicht von der Bundesrepublik freigekauft wurde.

Cottbus war in der DDR der Hauptumschlagplatz für den sozialistischen Menschenhandel. Mit dem Verkauf der renitenten geistigen Elite an den Klassenfeind konnten einerseits die heiß begehrten Devisen ergattert und gleichzeitig Regimegegner abgeschoben werden. 100 000 D-Mark zahlte die Bundesrepublik im Schnitt für einen Akademiker. Da wundert es nicht, dass Ende der 80er Jahre fast nur noch politische Häftlinge in Cottbus saßen, die auf ihren Freikauf warteten.

Die Haftbedingungen waren katastrophal, so wurden zeitweise 28 Männer auf vierstöckigen Betten in eine kleine Zelle gepfercht. Hinzu kamen seelische und körperliche Misshandlungen von brutalen Wärtern, die Spitznamen wie „Arafat" oder „Roter Terror" trugen. Manche von ihnen wurden nach der Wende zu niedrigen Haftstrafen, teils im offenen Vollzug, verurteilt.

Ein Großteil des DDR-Unrechts ist bislang weder gesühnt noch aufgearbeitet worden. Zumindest zu Letzterem leistet die Gedenkstätte im Zuchthaus Cottbus von jetzt an einen wertvollen Beitrag. Und für die ehemaligen Häftlinge mag es immerhin eine kleine Genugtuung sein, heute am einstigen Schreckensort auf die Verbrechen jenes Staates hinweisen zu können, der sie eingesperrt und verkauft hat. *Maximilian Zech*



Parteiübergreifendes Interesse: Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (2.v.r.) von der SPD und CDU-Landtagsfraktionschef Dieter Dombrowski (r.) lassen sich in die Ausstellung einführen

Bild: Steffen Krahl

Warten in Venedig

Elisabeth zu Carolath-Beuthen

Herbert von Bismarck, der ältere und berühmtere der beiden Söhne des Eisernen Kanzlers, gilt als eine tragische Gestalt. Er soll an dem Anspruch zerbrochen sein, den Ansprüchen seines übermächtigen Vaters zu genügen. Als Paradebeispiel wird in diesem Zusammenhang gerne auf seine unglückliche Beziehung zu Elisabeth Natalia Julia Johanna Fürstin zu Carolath-Beuthen verwiesen.

Die am 19. November 1839 auf der niederschlesischen Herrschaft Trachtenberg geborene Tochter des Fürsten Hermann Anton von Hatzfeldt zu Trachenberg und dessen Ehefrau Mathilde Gräfin von Reichenbach-Goschütz geschiedene Gräfin Götzen wurde von ihren Zeitgenossen als hoch attraktiv geschildert. Und Herbert von Bismarck verliebte sich in sie unsterblich. Elisabeth zu Carolath-Beuthen scheint diese Liebe des Reichskanzlersohns erwidert zu haben. 1879 begannen sie eine Affäre.

Zwei Jahre später ließ Elisabeth zu Carolath-Beuthen sich von ihrem Ehemann Carl Ludwig Fürst zu Carolath-Beuthen scheiden und reiste anschließend nach Venedig, wo sie auf Herbert von Bismarck wartete. Dem glücklichen Ende in Form einer Ehe hätte wohl nichts entgegengestanden, wenn nicht Otto von Bismarck sich mit einer Leidenschaft gegen diese gewandt hätte, die jener der Liebenden kaum nachstand.

Manches schien aus Sicht des Reichsgründers gegen die Verbindung mit dieser Frau zu sprechen. Elisabeth zu Carolath-Beuthen war zehn Jahre jünger als Herbert von Bismarck. Sie war geschieden. Und sie entstammte einer katholisch, großdeutsch und liberal gesinnten Familie.

Otto von Bismarck ging in seinem Widerstand und in seinem Druck auf seinen Sohn bis zum Äußersten. Er drohte mit Enterbung, Selbstmord und damit, seinem Sohn nach Venedig hinterherzureisen, Elisabeth zu Carolath-Beuthen zur Rede zu stellen und damit einen Eklat zu riskieren, der ihn der Lächerlichkeit preisgegeben und möglicherweise sein politisches Ende bedeutet hätte.

Otto von Bismarcks Druck zeigte Wirkung. Der Filius reiste nicht Elisabeth zu Carolath-Beuthen in die Lagunenstadt nach. Stattdessen heiratete er im darauffolgenden Jahr mit der Gräfin Marguerite Hoyos eine Frau, die eher nach dem Geschmack des Vaters war.

Bild: Archiv

E. zu Carolath-Beuthen

Elisabeth zu Carolath-Beuthen reagiert auf diese Enttäuschung mit dem Abbruch des Schriftwechsels mit Herbert von Bismarck. Sie blieb in Venedig und verlebte den Rest ihres Lebens im Palazzo Modena am Canale Grande. Gesellschaftlich geächtet als schuldig geschiedene ledige Frau starb sie vor 100 Jahren, am 12. Januar 1914.

Auch Herbert von Bismarck wurde mit seiner Entscheidung gegen ihrer beider Liebe nicht glücklich. Um es mit Reichskanzler Bernhard von Bülow zu sagen: „Er hatte die Fürstin Carolath leidenschaftlich geliebt. Er liebte sie noch und hat, wie ich glaube, nie aufgehört, sie zu lieben. Er ist auch nie das Gefühl losgeworden, dass er gegenüber dieser großen Liebe seines Lebens versagt habe, dass sein Verhalten in dieser Lebenskrise weder klug noch ganz korrekt gewesen war." *Manuel Ruoff*

War Donalitius' Werk preußisch oder litauisch?

Wie und mit welcher Begründung Balten den 300. Geburtstag eines ostpreußischen Pfarrers ein ganzes Jahr lang feiern

Die Republik Litauen dürfte der einzige Staat auf der Welt sein, in dem 2014 sogar auf einen Parlamentsbeschluss hin als ein Donalitius-Jahr begangen wird. Die Feierlichkeiten begannen bereits Ende vergangenen Jahres. So fand am 10. Dezember im Parlament eine festliche Sitzung statt, die ausschließlich der geschichtlichen und kulturellen Bedeutung Christian Donalitius' gewidmet war. Acht Tage später führten das Kulturministerium und die Botschaft der Republik Litauen mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa eine Jubiläumsveranstaltung im Grünen Salon in der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin durch.

Für das eigentliche Donalitius-Jahr sind zahlreiche Lesungen und Ausstellungen sowie ein reiches Bildungsprogramm für die Grundschulen und Gymnasien geplant. Das Litauische Institut für Literatur und Volkskunde initiierte im Jahr 2013 neue Archiv-Recherchen zu den Donalitius-Manuskripten in litauischen, deutschen, polnischen und russischen Archiven. Es sind zwei internationale Donalitius-Konferenzen geplant. Die erste findet am 25. und 26. September dieses Jahres statt, der Termin der zweiten ist noch unbekannt. In diesem Jahr sollen bis zu 20 neue Publikationen über Donalitius erscheinen. Darüber hinaus bringt das litauische Finanzministerium eine 50-Litas-Sondermünze aus Anlass seines 300. Geburtstages heraus. Doch wer war dieser Christian Donalitius?

Die Wiege von Christian Donalitius stand in Lasdinehlen, Kreis Gumbinnen

Der in Lasdinehlen bei Gumbinnen geborene Spross einer Köhler-Familie war 37 Jahre lang eigentlich hauptberuflich Pfarrer einer deutsch-litauischen protestantischen Gemeinde im ostpreußischen Tollmingkehmen, wo er auch 1780 verstarb. Vor allem war er aber ein talentierter Dichter. Ein Teil seines Schaffens ist leider in Kriegen unwiederbringlich verloren gegangen. Das Erhaltene reicht jedoch, um ihn als einen großen Schriftsteller zu bezeichnen. Diese Charakteristik ist vor allem durch die literarisch-ästhetische Qualität seiner Poesie gerechtfertigt. Die Intensität seines dichterischen Ausdrucks ist mit keinem anderen litauischen Text des 18. Jahrhunderts vergleichbar.

Seine Poesie hat Donalitius auf Litauisch verfasst, lediglich drei Gedichte in Deutsch sind von ihm bekannt: "Der Gott der Finsternis", "Ihr Schatten schneller Zeit" und „Unschuld sei mein ganzes Leben". Diese sind im Rahmen seines Werks aber eher als Marginalien zu bezeichnen. Sein erhaltenes litauisches Werk besteht aus sechs Fabeln, dem didaktischen Epos "Die Jahreszeiten" und zwei Vorstudien für "Die Jahreszeiten". Es gibt keine genauen Angaben zur Entstehungszeit seiner Werke. Literaturhistoriker gehen davon aus, dass die Fabeln als frühe literarische Versuche gegen 1740 entstanden sind. Für die Entstehung von „Die Jahreszeiten" wird die Zeit zwischen 1765 und 1775 als wahrscheinlich angenommen. Manche der Fabeln sind äußerst originell und weisen keine Parallelen in der antiken und deutschen Tradition des Genres auf, die anderen knüpfen an Äsop, Gotthold Ephraim Lessing oder Christian Fürchtegott Gellert an.

Das wichtigste Werk ist der Zyklus „Die Jahreszeiten", der aus den vier Teilen „Des Lenzens Freuden", „Des Sommers Arbeiten", „Des Herbstes Segnungen" und „Des Winters Sorgen" besteht. Insgesamt enthält der Zyklus 2968 in Hexametern geschriebene Zeilen und ist somit das größte litauische literarische Werk des 18. Jahrhunderts. Bemerkenswert ist die metrotonische Präzision seines Hexameter-Verses: Einerseits ist jede Zeile nach strengen metrischen Regeln gebaut, zugleich wird aber der natürliche Wortakzent im Litauischen beibehalten.

Für 2014 sind Lesungen, Ausstellungen, Konferenzen und Veröffentlichungen geplant

Zu seiner Lebenszeit veröffentlichte Donalitius keines seiner litauischen Werke. Die Gründe hierfür konnten bisher nicht geklärt werden. Seine Dichtungen wurden jedoch durch Abschriften bekannt. So ist Donalitius beispielsweise in dem „Entwurf einer preußischen Literärgeschichte" von Georg Christoph Pisanski aus dem Jahre 1790 erwähnt.

Die erste Ausgabe von „Die Jahreszeiten" veröffentlichte Ludwig Rhesa in Königsberg 1818. Es folgten zwei Ausgaben seiner sämtlichen Werke 1865 und 1869, deren Vorbereitung August Schleicher beziehungsweise Ferdinand Nesselmann übernommen hatte. Die Übersetzungen ins Deutsche fertigten Rhesa und Nesselmann, spätere Übersetzungen erfolgten durch Ludwig Passarge 1894 und Hermann Buddensieg 1966. Die letzte wissenschaftliche Ausgabe seiner sämtlichen Texte erschien im Jahr 1970 in Wilna. In Litauen ist für die Jahre 2014 bis 2016 die Herausgabe einer neuen mehrbändigen Edition seiner Werke geplant.

Einerseits war Donalitius als Literat mit der preußischen Kultur verbunden: In ihrem Kontext können wir die philosophischen und sozialen Bedingungen seines Schaffens verstehen, beispielsweise seinen didaktischen Charakter, den Einfluss der Antike oder den Imperativ der Frömmigkeit. Donalitius ist auch durch seine Kritik der sozialen Verhältnisse in Preußen von Bedeutung: So finden sich kaum Parallelen zu seinen naturalistischen Beschreibungen der Grausamkeiten des Scharwerks, der Armut oder der Trunksucht.

Andererseits gehört sein Schaffen zum Feld der litauischen Literatur. Für diese bildet Donalitius einen Wendepunkt. Mit ihm überschreitet sie die symbolische Grenze vom Schrifttum zur wahren Literatur. Zwar hat Donalitius seine Texte als didaktische Allegorien konzipiert, die sprachliche und kulturelle Authentizität seiner Dichtung überwindet aber dieses Ziel und lässt das Poetische an sich in voller Kraft klingen. Wer die Anfangsszenen aus „Des Winters Sorgen" gelesen hat, wird gut verstehen, warum Donalitius oftmals als der größte litauische Dichter bezeichnet wird. *Vaidas Šeferis*

Der Verfasser ist Lituanist und Literaturwissenschaftler sowie Mitarbeiter des Litauischen Instituts für Literatur und Volkskunde in Wilna und Fachassistent der Baltistik an der Masaryk Universität in Brünn. Sein Forschungsschwerpunkt ist die ältere litauische Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts. Im Rahmen seiner Arbeiten und Vorlesungen hat er sich unter anderem mit der textuellen Kohärenz von Donalitius' Werk „Die Jahreszeiten" beschäftigt.

Problem erkannt, Job verloren

Zu: Mogelpackung Mindestlohn (Nr. 49)

Ich danke der *PAZ* für die Skizzierung einiger wirtschaftlicher Zusammenhänge, die den Mindestlohn betreffen. Leider sind weiten Volksschichten diese Zusammenhänge völlig unbekannt.

Ich wünschte mir, dass im Zusammenhang der Ursachenbetrachtung für den Lohnverfall auf breiter Front der bittere Effekt der deutschen EU-Beitragszahlung erwähnt wäre. Der durch die EU-Erweiterung bedingte massenhafte Zustrom der „Billiglöhner" wird mit deutschem Steuergeld finanziert. Alle Neuaufnahmen nach 1994 waren dadurch geprägt, dass die Beitrittsstaaten zu allererst an die (Geld-)Fleischtöpfe aus Brüssel wollten. Diese sind aber unter anderem besonders wegen der deutschen Beitragsgelder so voll. Mithin bezahlt der deutsche Arbeitnehmer und Steuerzahler mit seinem Steuergeld die Vernichtung seines eigenen Arbeitsplatzes.

Die Verlegung des Nokia-Werks von Bochum nach Rumänien ist ein recht bekanntes Beispiel für einen mit Steuergeld massiv beförderten Arbeitsplatzexport. Und schon vergrößert sich wieder das Arbeitslosenheer und der damit verbundene Druck auf die Löhne und Gehälter. **Martin Wuschke, Meine**

Spanischer Parteienfilz

Zu: Spaniens Potemkinscher Aufschwung (Nr. 47)

Der Streik der Beschäftigten der Madrider Müllabfuhr ist insofern berechtigt, da die spanische Volkspartei (PP) die Privatisierung der Müllabfuhr durch Vergabe an parteinahe Unternehmen vollzieht. Diese Unternehmen drücken die Preise, indem sie die notwendige Belegschaft reduzieren, obwohl der Arbeitsanfall ständig größer wird, und dann müssen die verbliebenen die Arbeit der entlassenen Mitarbeiter mitmachen. Das kennt man schon aus dem Schulbereich.

Bei den in der Stadt Madrid horrenden Müllabfuhrgebühren ist eine Belegschaftsreduzierung nicht zu rechtfertigen. Mit Reformen hat das nichts zu tun. Die PP privatisiert sowieso vieles, indem sie den Zuschlag Firmen gibt, die zum Umkreis der Partei gehören. Dort, wo man sparen könnte, macht man aber nichts.

So erhalten Gewerkschaften und Parteien nach wie vor ungeheure Millionensummen, und man hat auch nicht auf Dienstwagen verzichtet, die in Spanien jeder Abgeordnete und jeder Stadtrat großer Städte hat. 87 Prozent der Parteifinanzierung kommt aus der Staatskasse, bei den Gewerkschaften dürfte das sogar noch mehr sein. **Pedro Schwenzer, Toledo/Spanien**

Staat ist in der Pflicht

Zu: Zur Eigentumsfrage (Nr. 22)

Die offene Eigentumsfrage des Privatvermögens, das wir in unserer ostdeutschen Heimat 1945 zurücklassen mussten, ist für mich als Erbe eines 300-Hektar-Gutes in Ostpreußen nach wie vor ein Thema. Da bis jetzt keine Bundesregierung über die offene Eigentumsfrage mit Polen verhandelt hat und es scheinbar auch in Zukunft nicht tun will, weil Polen keine weiteren Reparationsforderungen an Deutschland stellt, bin ich der Meinung, dass die Bundesregierung mit der Entschädigung für 1945 zurückgelassenen Privatvermögen in Vorlage treten muss.

Nach 1945 haben die Landwirte in der alten Bundesrepublik ihren Besitz behalten dürfen. Landwirte in der ehemaligen DDR, die nicht enteignet wurden, haben größtenteils ihr Eigentum zurückerhalten. Die Personengruppe, die widerrechtlich von 1945 bis 1949 von den Sowjets in der ehemaligen SBZ enteignet wurde und aus nicht nachvollziehbaren Gründen nach der Wende ihren Besitz nicht zurückerhalten hat, hat eine symbolische Entschädigung erhalten. Mindestens diese steht auch uns zu. Der Lastenausgleich war bekanntlich keine Entschädigung für widerrechtlich enteigneten Besitz. **Rüdiger Rohde, Nindorf**

Viel vertuscht

Zu: Schluss mit der Bevormundung (Nr. 49)

Die Forderung von Professor Pöttker nach Nennung der Herkunft von Tätern dürfte verhallen. Bevor es dazu kommt, wird so etwas in den Paragrafen 130 mit eingebaut. Das würde heißen, dass bei der Nennung der Herkunft oder Abstammung der Täter eine Anklage wegen Volksverhetzung erfolgt. Aber der einigermaßen belesene Deutsche ist doch schon soweit geschult, dass er zwischen den Zeilen lesen kann.

Beim Lesen von Kriminalität ist immer darauf zu achten, wie die Ausdrucksweise ist. Wir sehen alle nur die ganz kleine Spitze eines riesigen Eisberges. Wenn über diese ganze Kriminalitätsszene offen und unzensiert berichtet würde, dann sähe es in unserem Land anders aus. Aber auf immer und ewig wird man das Vertuschen und Verharmlosen nicht durchhalten können. **Peter Schumacher, Melsungen**



Mittagessen für über 1000 Euro: Immer mehr Neureiche können sich Festmahle das ganze Jahr über leisten. Zu verdanken haben sie ihren Reichtum auch der Bankenrettungspolitik Bild: action press

Einladung für Zuwanderer

Zu: Jetzt kommt es dicke (Nr. 49)

Das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen, wonach EU-Bürger Anspruch auf Sozialhilfe haben, wenn sie mindestens ein Jahr in Deutschland leben, ist geradezu eine Einladung, wenn nicht gar eine Aufforderung, sich unseres Sozialstaats zu bedienen. EU-Bürger müssten dumm sein, wenn sie nicht in Scharen zu uns kämen.

Selbstverständlich haben Verfolgte oder gar mit dem Tode Bedrohte ein Anrecht auf unseren Schutz. Aber diese Personen sind überhaupt nicht unser Problem, sondern die Mitbürger mit Prekariatshintergrund, deren Absicht es ist, sich auf unsere Kosten ein schöneres Leben machen zu wollen. Das Problem unseres Landes ist nun mal, dass in diesem Sozialsystem die Transferleistungen höher sind als in den Herkunftsländern reguläre Arbeitseinkünfte – wenn die Zuwanderer diese überhaupt hatten.

Überdies bezahlen wir darüber hinaus die medizinische Versorgung im Ausland lebender Angehöriger. Auch der Städtetag hat bereits die Armutseinwanderung beklagt und Unterstützung gefordert, weil einige Kommunen damit überfordert sind. Eine besorgniserregende Begleiterscheinung besteht darin, dass unser Gemeinwesen, dessen vornehmste Aufgabe eigentlich der Schutz seiner Bürgerschaft sein sollte, seine originären Bürger bei der Umverteilung an Mitbürger mit Delinquenz- und Kleptomaniehintergrund zunehmend im Stich lässt (vgl. „Die Angst geht um in Nikolassee" in *PAZ* Nr. 49).

Natürlich sind gewisse Parteien an dieser Art von Einwanderern interessiert, weil sie mehrheitlich links wählen und somit deren Stimmvieh sind. Dem Volkstribun wäre seine Wiederwahl nicht gelungen, wenn diese Leute damals nicht den Ausschlag gegeben hätten. **Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim**

Marktregulierende Politik erzeugt Superreiche

Zu: Milliardäre immer reicher (Nr. 47)

In irgendwelchen Taschen muss das massenhaft ohne wirtschaftlichen Hintergrund und Wert gedruckte Geld ja landen. Und große Investoren sind regelmäßig die ersten in der Wertschöpfungskette. Wenn das Geld dann irgendwann beim kleinen Mann ankommt, ist es fast gar nichts mehr wert. Zudem wissen Großinvestoren, dass es inzwischen lukrativer ist, mit Geldgeschäften Geld zu verdienen als mit Investitionen in die reale Wirtschaft.

Das würde alles nicht geschehen, hätten amerikanische und europäische Politiker nicht in den (freien?) Markt eingegriffen. Dadurch haben alle Großinvestoren gelernt, dass sogenannte systemrelevante Banken sowie auch ganze Staaten nicht in die Insolvenz gehen werden (selbst ganze Firmen wie General Motors wurden gerettet) und sie ihr Geld also nicht verlieren können, egal wie risikoreich sie investieren. Durch die Rettungsvorankündigungen hatten sie Zeit, ihr Vermögen umzuschichten, sie konnten also bewusst zum Beispiel griechische Staatsanleihen günstig kaufen, europäische Steuerzahler wurden ja zur Griechenrettung gezwungen. Auch die Banken wissen inzwischen, dass sie mehr oder weniger Narrenfreiheit haben, das frisch gedruckte und extrem billige Geld nutzen sie hauptsächlich für gewinnbringende Geldgeschäfte mit anderen Banken oder auf dem freien Kapitalmarkt, es wird sogar für eine nette Rendite bei der EZB zwischengelagert, für Unternehmen aber ist es nach wie vor schwierig, günstige Kredite zu erlangen.

Natürlich hätte es unangenehme Verwerfungen für uns alle gegeben, viele hätten ihre Ersparnisse verloren, hätte die Politik zum Beginn der Krise nicht eingegriffen, dies wäre aber inzwischen wohl leidlich ausgestanden. Die einzelnen Staaten hätte ja zur Not private Sparer und Anleger bis zu einer gewissen Summe entschädigen können, wie es in Deutschland durch die Einlagensicherung sowieso vorgesehen ist, aber alle – auch die großen Investoren – hätten begriffen, dass Teilnahme am Wirtschaftsleben risiko- und verlustreich sein, dass man angelegtes Geld auch verlieren kann. Auch der sogenannte „kleine" Anleger sollte dies wissen, nicht genauso gierig wie Großanleger jedem Renditeversprechen blind glauben, und bei Verlust empört nach dem Staat rufen.

Übrigens wurde ein Grundstein zur jetzigen Krise von Ex-US-Präsident Bill Clinton gelegt: Um auch ärmeren Schichten den Kauf eines Hauses zu ermöglichen (Wählerstimmen!), zwang er US-Banken durch entsprechende Gesetze, Hauskaufkredite auch an eigentlich kreditunwürdige Käufer zu geben. Und als diese dann massenhaft ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten, dadurch Banken in Schwierigkeiten gelangten, fing die Retterei an.

Mein Fazit: Ein wirklich freier Markt hätte alles recht schnell bereinigt, nicht überlebensfähige Banken, Firmen und auch Investoren gehen in die Insolvenz, der Rest versucht aber diesem Schicksal zu enteilen, indem er vorsichtig agiert, sich mit geringeren aber sicheren Renditen zufrieden gibt. Dann würde auch das Vermögen einiger Superreichen nicht in dem Maße wachsen, denn auch sie könnten scheitern und wären dementsprechend vorsichtiger. **Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg**

Ohne rechte Klarsicht geht es nicht

Zu: Taub und stumm (Nr. 49)

Man kann sich natürlich jetzt schwarz ärgern, bis der Arzt kommt. Allein, die Abwesenheit wertkonservativer Politik wird Blickfelder freimachen, die mehr denn je für Klarsicht sorgen. Denn ein steter Tropfen höhlt den Stein. Der Leidensdruck wird wachsen, die erzeugte Last dieser vorhersehbaren Pseudopolitik wird erdrückend werden. Es gehört zur deutschen Mentalität, erst dann aufzustehen, wenn es fast zu spät ist. Eine neue, stabile, einheitliche und verfassungsbejahende Rechte wird sich nur so etablieren können.

Die wohlstandsangetriebene Diversität, die Sattheit einer toleranzbesoffenen Republik wird erst dann vorbei sein, wenn es den Menschen in diesem Land wirklich existenziell an den Kragen geht. Wenn dann aufgrund der absehbaren Erlahmung der deutschen Wirtschaftskraft die ausgebluteten Sozialsysteme nicht mehr refinanzierbar sind, werden wir in Deutschland eine Armutsdimension erleben, wie es sie seit den 1920er Jahren nicht mehr gegeben hat. Dann erledigen sich die endlosen Diskussionen und das Gewürge um eine schlagkräftige politische Rechte von ganz allein.

Die Gefahr dabei liegt auf der Hand: Es könnte eine Rechte entstehen, die extremistisch aus dem Ruder läuft. Tragisch, denn so erhielte die Linke eine späte Bestätigung für ihre heutigen Horrorszenarien. Die Zersplitterung des rechtskonservativen Terrains muss ein Ende haben. Dazu braucht es charismatische Persönlichkeiten. Und damit meine ich nicht die AfD-Partei und ihre Vertreter. **Christian Benthe, Bremen**

Schweizer Vorbild

Zu: Armutsfalle Ruhestand (Nr. 49)

Die Bundesrepublik leistet sich ein ganz besonders absurdes Rentensystem. Beamte und Politiker zahlen nichts in die Rentensysteme ein und bekommen doppelt bis dreimal so viel Rente wie Angestellte. Deshalb kann im Endeffekt das Schweizer Rentensystem als Vorbild dienen: Jeder Bürger muss zehn Prozent seines Einkommens an die Rentenversicherung zahlen (ohne Bemessungsgrenze). Dadurch zahlen dort die Reichen mehr als die normalen Angestellten.

Aber es ist sowieso egal, weil der Zusammenbruch des Dollars und Euros sowieso alles ändern wird – auch in der Musterdemokratie Deutschland. **Joern Gebert, Frankfurt/M.**

Übertriebener Mandela-Kult

Zu: Tiefer hängen (Nr. 50) und Die Hoffnung lebt weiter (Nr. 50)

PAZ-Chefredakteur Jan Heitmann bringt es in dem Leitartikel mit seiner Bewertung der Mandela-Bejubelungen in unseren Medien auf den Punkt. Die Nachrufe zum Tode Mandelas in Deutschland und im Ausland machten einen wirklich fast schwindelig. Bei einem Interview der britischen BBC wurde sogar erwogen, den Verstorbenen als Heiligen einstufen zu sollen.

Weswegen aber gab es weder in Presse- noch TV-Veröffentlichungen bei uns kaum kritische Betrachtungen dieses Menschen. Er hatte seinem Volke wirklich Gutes gebracht. Weswegen aber gibt es diese anhaltende Hochjubelei dieses fremden Politikers bei uns? Ich denke, dies ist in der Denkrichtung und anhaltenden Denkhaltung unserer 68er und ihrer Nachkommen zu begründen. Denn damals – in den 1960er Jahren – war ja fast alles, was für eine westlich konservative Denkrichtung und Demokratieplanung war, abzulehnen. Diese Denkhaltung akzeptierte damals, dass Mandela – wie Heitmann ausführt – den Ostblock, Castro und Arafat und sogar den antiamerikanisch ausgerichteten Gaddafi als Verbündete betrachtete. Wobei ich meine, dass diese Denkhaltung bei den heutigen „Weltverbesserern" von links-grün immer noch gültig ist.

Was man aber von den angereisten ehemaligen und amtierenden internationalen westlichen Staatsführern zu halten hat, welche nur Hochjubelndes auf den Verstorbenen von sich zu geben wussten, ist ziemlich klar: Es ist unbedeutend, weil unwahr. Wie üblich bei solchen auf die Weltöffentlichkeit zielenden Veranstaltungen. Einzig wohl als Ausnahme US-Präsident Barack Obama: Hier konnte mal die von ihm zu wünschende Überlegenheit eines Farbigen hochgehalten werden.

Den meisten deutschen Medien muss man aber die Frage stellen: „Seid ihr alle so abhängig, dass ihr nur noch dem derzeit politgewollten Zeitgeist nachschreibt und -redet?" Zum Glück hat sich kein bedeutender deutscher Politiker entblödet, in den langanhaltenden Jubel im heute kommunistisch geführten Südafrika mit einzustimmen. **Manfred Laufer, Meppen**

Was tut Cameron?

Zu: Ideologische Roma-Versteher (Nr. 50)

Pfui, was der britische Regierungschef David Cameron da fordert. Einreisebeschränkung für Zuwanderer aus Osteuropa? Kein Geld im ersten Jahr? Wo doch die Mehrheit der Briten bereit ist, die armen Roma persönlich bei sich aufzunehmen oder wenigstens dafür zu bezahlen. Weiß er denn nicht, dass er kein Demokrat ist, wenn er diese Mehrheit ignoriert?

Also, mach doch das Tor, David, lass sie alle rein, evakuiere die Zigeuner nach England, Angela dankt es dir! Andererseits: Ist David Cameron etwa doch Demokrat? Dann wünsche ich mir das auch von unserer Kanzlerin Angela Merkel. **Klaus Brunswig, Landau**

Ein Fingerzeig

Zu: Medialer Furor gegen Ungarn (Nr. 51/52)

Ich bin den Ungarn zweimal dankbar:

Das erste Mal für die Öffnung des Grenzzaunes und das zweite Mal für den Rausschmiss des IWF.

Nun machen die Ungarn „ihr Ding" und siehe da, die Wirtschaft geht bergauf und das Land ist nicht verschuldet. Klingelt es noch immer nicht bei unseren Landsleuten? **Jürgen Forbriger, Dresden**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 2 – 11. Januar 2014

Auf dem Weg zum Kurbad

Schon seit einigen Jahren arbeitet Goldap daran, ein Kurort mit entsprechender Infrastruktur zu werden. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg dorthin ist ein neues imposantes Gradierwerk. Es ist das erste Objekt dieser Art in der Woiwodschaft Ermland und Masuren. In der Republik Polen bestehen weitere in Ciechocinek und Hohensalza in der Woiwodschaft Kujawien-Pommern, Busko-Zdrój in der Woiwodschaft Heiligkreuz sowie Konstancin-Jeziorna in der Woiwodschaft Masowien. Die Goldaper Anlage ist acht Meter hoch und 200 Meter lang.

Außerdem wurde eine andere für ein Kurbad typische Einrichtung errichtet, und zwar eine Trinkhalle. Des Weiteren kann sich der Kurgast mit Heilschlamm behandeln lassen, seine angeschlagene Gesundheit in einer Salzgrotte kurieren oder sich in zahlreichen Unterhaltungseinrichtungen einfach vom Alltagsstress entspannen. Für die nächste Zukunft ist der Bau von Rad-, Wander- und Reitwegen sowie idyllischen Parkanlagen mit Ausblick auf die umliegende Natur geplant.

Einen zunehmend in den Fokus geratenden Besucher- und Kundenkreis stellen die Russen aus dem Königsberger Gebiet dar. Deshalb wird polnischerseits bereits seit Längerem erwogen, zwei neue Grenzübergänge zwischen den Ortschaften Langmichels und Gerdauen sowie Perswalde und Nordenburg zu errichten. Allerdings reagiert die russische Seite eher uninteressiert.

Ein weiteres Problem stellt die ungünstige Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) dar. Die Strecke zwischen Treuburg und Goldap wird bereits seit vielen Jahren nicht mehr bedient und es zeichnet sich auch nicht ab, dass sich daran in der nächsten Zeit etwas ändert. So stehen dem ÖPNV-Nutzer bis auf Weiteres als einzige Zubringer die Omnibusse der staatlichen beziehungsweise privaten Verkehrsunternehmen zu Verfügung.

Grzegorz Supady

Positive Bilanz seit 2012

Über ein Jahr nach seinem Inkrafttreten lässt sich konstatieren, dass von dem polnisch-russischen Abkommen über den kleinen Grenzverkehr des Jahres 2012 der Handel und die Gastronomie in der Woiwodschaft Ermland und Masuren stark profitiert. Von der Lockerung der Grenzübergangsvorschriften profitiert aber vor allem Danzig und dessen Einzugsgebiet, die von kauflustigen Russen geradezu überflutet werden. Weitere Profiteure sind polnische und internationale Handelsketten, die mit Blick auf die russische Kundschaft unweit der Grenze zum Königsberger Gebiet Supermärkte erbauen ließen. Im Allensteiner Rundfunk ist mitunter ein Lied der russischen Musikgruppe „Parovoz“ (Dampflock) aus Königsberg zu hören, in dem die in der Republik Polen beliebten Supermärkte „Lidl“ und „Biedronka“ (Marienkäfer) namentlich besungen werden.

G.S.

Krise trübt Feierlaune in Königsberg

Neujahrsfest: Hohe Preise, Bankenkollaps und Angst vor Krankheiten hielten viele von Veranstaltungen fern

In diesem Jahr war in Königsberg zum Jahreswechsel die Stimmung nervös und angespannt. Die Ereignisse der letzten Dezembertage sowie die ungelösten sozialen Probleme hatten sich bei den Menschen aufs Gemüt gelegt. Selbst Bürgermeister Alexander Jaroschuk verschob den Termin seiner traditionellen Mitternachtsansprache auf dem Hansaplatz, weil er befürchtete, dass zu wenige Königsberger kommen würden.



Trotz bunter Fröhlichkeit: An den Feierlichkeiten beteiligten sich weniger Menschen als in den Vorjahren Bild: J.T.

Die Ereignisse der letzten Dezembertage vermiesten den Bewohnern Königsbergs dieses Jahr die Weihnachts- und Neujahrslaune. Hauptsächlich trugen die von der russischen Zentralbank verfügten Bankenschließungen zur Verstimmung und depressiven Stimmung bei, da viele Menschen sich um ihr Erspartes sorgen. Die Auszahlung von Einlagen, die bis zu einer Höhe von 700000 Rubel (gut 15000 Euro) versichert waren, begann am 25. Dezember.

Mit der Auszahlung waren vier Banken beauftragt. Während Kunden, die von der Sberbank bedient wurden, ihr Geld zügig zurückerhielten, mussten die der drei anderen Institute, darunter die liquidierte Investbank, sich in lange Schlangen einreihen. Das führte schon am ersten Tag zu Handgemenge zwischen den Menschen, die versuchten, so schnell wie möglich in ihr Bankgebäude zu gelangen. Zusätzlich verhinderten Diebe und Betrüger, die sich Kundendaten erschlichen hatten, das Aufkommen irgendeiner Festtagsstimmung. Da die Wartenden sich in Listen eintragen mussten, auf denen neben der Höhe ihrer Einlagen auch persönliche Daten standen, erhielten viele dieser Kunden Anrufe von vorgeblichen Mitarbeitern der russischen Zentralbank, die den Betroffenen gegen Gebühr bei der schnelleren Bearbeitung der Auszahlung behilflich sein wollten. In der Stadt stieg auch die Zahl der Wohnungseinbrüche, denn viele Kunden, die das Vertrauen in russische Banken verloren haben, bewahren ihr ausgezahltes Geld zu Hause auf.

Nicht einmal das Wetter spielte mit. Statt Schnee zu Weihnachten gab es frühlingshafte Temperaturen. Vielleicht stellte sich auch deshalb keine Feierlaune zu Silvester ein. Lediglich die Parade der Weihnachtsmänner erinnerte die Menschen an das bevorstehende Neujahrsfest. Jeder konnte an dem Festumzug teilnehmen. Im Einkaufszentrum „Alter Turm“ auf dem Platz vor dem Haus der Räte hatten sich die Weihnachtsmänner versammelt. Eine fröhliche Gruppe mit Flaggen und Transparenten machte sich zu Fuß auf zum zentralen Markt. Der Steindamm war zeitweise gesperrt. Am Umzug nahmen etwa 200 Weihnachtsmänner teil.

Im Kulturhaus, der ehemaligen Börse, gab es einen Markt, auf dem Volkskünstler ihre Werke anboten. Nur wenige Königsberger haben aber davon Notiz genommen, und wenn überhaupt, dann wegen der mit Weihnachtsmannmützen verkleideten Löwen vor dem Gebäude.

Für viele war der 31. Dezember bis zum Mittag ein Arbeitstag. Auf der Suche nach Geschenken oder Leckereien für die Festtafel füllten sich vor Neujahr die Läden und Einkaufszentren. Aber der traditionelle Einkaufsstress oder Staus auf den Straßen blieben aus.

An diesem Jahresende waren zu viele damit beschäftigt, ihre Bankguthaben zu retten. Darüber hinaus ist aber auch die Kaufkraft gesunken. Ein weiterer Grund für die Zurückhaltung der russischen Kunden dürfte der gesunkene Rubelkurs sein. Im vergangenen Jahr hat der Rubel gegenüber dem Euro fast 15 Prozent verloren. Ein Großteil der Verbrauchs- und Unterhaltungstechnik, aber auch alltägliche Haushaltsgegenstände und Souvenirs werden aus dem Ausland importiert. Das hatte Auswirkungen auf die Preise. Selbst vorgezogene Neujahrsrabatte konnten die Käufer nicht locken.

Riesentanne begeistert nicht mehr

Das für den 31. Dezember auf dem Hansaplatz vorgesehene Festprogramm wurde auf den 1. Januar verlegt. Bürgermeister Alexander Jaroschuk erklärte, warum er in der Neujahrsnacht nicht auf den Hansaplatz habe gehen wollen: „Die meisten Menschen fahren weg oder planen ihren Urlaub anders. In der Neujahrsnacht kommen tatsächlich immer weniger Menschen zur Tanne. Deshalb habe ich meine Spaziergänge dorthin auch eingestellt, weil ich keine Königsberger in großer Zahl dort getroffen habe. Statt Königsbergern habe ich meist Zugereiste gesehen, um es milde auszudrücken.“

Damit spielte Jaroschuk auf die Zugereisten aus den zentralasiatischen Republiken an, die sich in den vergangenen Jahren massenhaft um die Neujahrstanne versammelt hatten und zum Hauptpublikum des Bürgermeisters geworden waren. Ihnen haftet das Image an, sowohl durch ihr Benehmen als auch durch ihre Kleidung negativ aufzufallen, indem sie etwa in Sportkleidung und ungewaschenen statt festlich gekleidet erschienen. Unter Königsbergern ist die Sorge verbreitet, sich mit Infektionskrankheiten wie Tuberkulose anzustecken. Immer weniger feiern Silvester auf dem Hansaplatz. Noch vor einigen Jahren war es üblich, dass sie mit ihrer ganzen Familie am Festprogramm teilnahmen und sich das Silvesterfeuerwerk ansahen.

Selbst der Weihnachtsbaum auf dem Hansaplatz, mit 30 Metern einer der höchsten in Europa, kann die Königsberger nicht mehr begeistern. Sie bevorzugen die Tanne im Einkaufszentrum „Europa“. Um sie herum gibt es festliche Aufführungen, die sowohl das Interesse der Einwohner als auch der Touristen auf sich ziehen. Hier trifft man viele Touristen aus russischen Städten sowie aus dem benachbarten und dem fernen Ausland.

Jurij Tschernyschew

Stacheldraht verschandelt Stadtbild

Baustopp hinter meterhohen Zäunen verärgert Königsberger – Orthodoxer Kirche fehlt Geld zum Weiterbau

In Königsberg gibt es viele Bauplätze, die zumeist von den typisch blau-weißen Bauzäunen begrenzt werden. Ebenso typisch sind lange Bauzeiten und Unterbrechungen. Im Stadtzentrum der Gebietshauptstadt gibt es eine Ausnahme: Ein hoher dunkelgrüner Zaun von fast einem Kilometer Länge, gesäumt von Stacheldraht, verschandelt seit beinahe zehn Jahren das Stadtbild. Es ist das Gelände um die Christi-Erlöser-Kathedrale auf dem Hansaplatz in Königsberg.

Seit 1996 wird hier offiziell gebaut. Im Dezember 1995 wurde eine Fläche von 3,5 Hektar ins Katasterregister eingetragen und der Russisch-Orthodoxen Kirche übereignet. Damals wurde mit dem Bau der Christi-Erlöser-Kathedrale begonnen, der schon lange beendet ist. Dennoch blieb der Bauzaun an seinem Ort, von Zeit zu Zeit bewegt er sich nur etwas. Das Baugelände drängt an einigen Stellen immer näher an die Straße heran, wie zum Beispiel an der Belle-Alliance-Straße. wo der Zaun schon den Bürgersteig eingenommen hat. Die


Bild: J.T.
Umstrittener Zaun beim Hansaplatz

Fußgänger waren gezwungen, auf die Fahrbahn auszuweichen. Es verging ein Jahr, ehe die Stadt Pfähle aufstellen ließ, um die Fußgänger zu schützen.

Wiederholt sorgte der Bauzaun für Verärgerung. Vor Kurzem haben Bürger wieder eine Anfrage an den Bürgermeister gerichtet, um zu erfahren, wie lange der Zaun noch existieren wird. Alexander Jaroschuk verwies sie an die orthodoxe Diözese. Doch die Kirchenvertreter zeigten sich ebenso unwissend.

Auf dem Gelände gibt es außer der Kathedrale noch zwei Gebäude eines orthodoxen Gymnasiums. Daneben gibt es einen Kindergarten. Die Kinder müssen sich durch eine kleine Pforte des Stacheldrahtzauns zwängen. Wozu ein Stacheldrahtzaun um Häuser, die bereits genutzt werden, dienen soll, bleibt ein Rätsel. Ob ein weiteres Gebäude gebaut wird, kann die Diözese nicht sagen, da ihr im Moment die Mittel fehlen. Sicher ist nur, dass der Stacheldraht-Zaun noch lange Zeit das Königsberger Zentrum zieren wird.

J.T.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wenn all die Glück- und Segenswünsche für unsere Ostpreußische Familie, die uns zum Jahreswechsel erreichten, in Erfüllung gehen würden, dann wird es ein Superjahr. Was sich bereits in den Zuschriften abzeichnet, die uns über viele Aktionen berichten, die aus Eigeninitiative entstanden sind, und über neue Funde, die eigentlich die alten sind, denn sie sind Zeugnisse aus der verlassenen Heimat. Gleich, ob in jahrelanger mühevoller Sucharbeit entstanden wie die Familiengeschichte von **Knut Walther Perkuhn** oder auf Entdeckungen beruhend wie die von Herrn **Gert Brandstätter**, der im Stadtarchiv Kassel auf das Gästebuch der Stallupöner Luisenschule stieß. Oder um die Spuren, die das Dichterehepaar **Fritz** und **Margarete Kudnig** in dem Familienfundus von Frau **Lore Müller** geborene **Döpner** hinterlassen hat und die besonders interessant für die Geschichte der Wandervogelbewegung in Ostpreußen sind, oder um die Dokumentation, die Herr Dr. **Klein** aus Schwörstadt über den Königsberger Tiergarten angefertigt hat. Hierüber und über weitere „Familien-News“ wollen wir berichten,

Beginnen wir mit Walther Perkuhn und seiner unermüdlichen Sippenforschung, die unsere Ostpreußische Familie seit Jahren unterstützt hat, wie er selber bestätigt: „Durch die Ostpreußische Familie habe ich viele gute Informationen erhalten und konnte nach fast 17 Jahren Forschung meine Arbeit abschließen. Sie ist nun im Preußischen Kulturarchiv von Schloss Ellingen abgelegt, jedoch mit einem Link im Internet für jeden Interessenten zugänglich gemacht worden. Trotzdem trudeln immer noch einige Mosaiksteinchen ein, die das Gesamtbild abrunden. So bekam ich kürzlich einen Ordner mit der gesammelten Post aus der Zeit von Herbst 1944 bis 1946, die Flucht eingeschlossen. Die Schwester meiner Mutter hatte alles aufgehoben und ihrem Sohn, meinem Vetter, komplett übergeben. So kann ich nahtlos diese Zeit, die den Abschied aus der Heimat bedeutet, nachvollziehen.“

Vor Überraschungen sind wir ja nie sicher, weil irgendwann und irgendwo immer etwas aus der Vergangenheit auftaucht, das eben nicht vergangen ist. Wie das Gästebuch der Luisenschule Stallupönen/Ebenrode [Nesterow], über das uns Herr Dr. **Grau** schon vor einem Jahr informiert hatte und über das ich ausführlich in unserer Kolumne berichtete, weil es Eintragungen von zwei Lesungen enthielt, die ich damals als junge Schriftstellerin in der Luisenschule gehalten hatte. Nun habe ich es schwarz auf weiß, denn im „Nachrichtenblatt der ehemaligen Stallupöner Realgymnasiasten und Luisenschülerinnen“ vom Dezember 2013 ist die ganze Entdeckungsgeschichte enthalten mit Kopien der Eintragungen der Gäste in das Buch. Es ist schon eigenartig, wenn man die Worte liest, die man damals geschrieben hat, als man noch nicht erahnen konnte, wie bald man die Heimat verlassen musste. Die letzten Eintragung stammt von keinem Referenten oder Künstler, sondern von einem Stabsfeldwebel, denn das „Schulchen“, wie die Luisenschule in Ebenrode liebevoll genannt wurde, war Quartier für die Wehrmacht geworden, und der Unterzeichnende bekundet: „Dass wir heute von der uns lieb gewordenen Stätte scheiden und hoffen, dass dieser Krieg ein Ende findet und das Schulchen wieder seiner Bestimmung dienen kann!“ Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, nur vier Wochen nach dieser Eintragung war das Schicksal der Stadt besiegelt: Ebenrode geriet in russische Hand. Das „Schulchen“ wurde teilweise zerstört. Heute dient es als Verwaltungsgebäude und Bibliothek. Rätselhaft ist, wie und wann das Gästebuch gerettet wurde und von wem. Auf welchem Wege ist es in das Kasseler Stadtarchiv gelangt, in dem es dank Gert Brandstätters Spürsinn an das Licht kam? Heute haben die 50 Seiten, in denen sich die Gäste aus Kunst und Wissenschaft eingetragen haben, einen dokumentarischen Wert – nicht nur für die ehemaligen Schülerinnen. Sogar ein ganzer Chor hat sich in dem Buch verewigt: Die Salzburger Mozartspielschar sang und spielte im August 1942 in der Luisenschule – mitten in der Region, die einst für die Salzburger Emigranten zur neuen Heimat wurde. Die Gäste trugen sich in ihrer Sprache mit einem Vierzeiler ein, der auch für die ostpreußischen Nachfahren gelten kann: „Ja, a ehrlich's Geblüat und a aufrichtig's Gemüat und a Herzel a treu's: Dös is Salzburger Weis'!“ Meine damaligen Eintragungen beziehen sich auf die Freude, als junge Schriftstellerin in der Heimat meiner Mutter lesen zu können, so wie auch **Agnes Miegel**, die sich im November 1941 einschrieb. Der erste Gast war der Lyriker Fritz Kudnig, der sich am 19. November 1940 mit einem Aphorismus eintrug: „Der Geist – nicht der Leib – macht das Leben aus.“

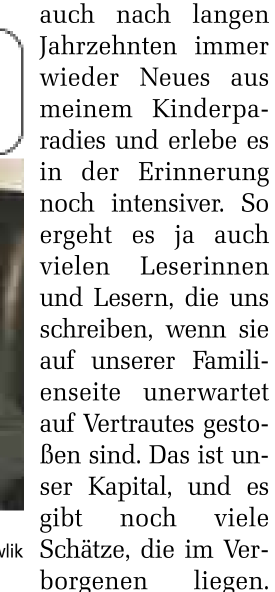


Wandervögel am Haffufer: Foto von 1911 Bild: privat

Und auf diesen Dichter bezieht sich auch der nächste Fund, der den beachtlichen literarischen Nachlass des Ehepaars Fritz und Margarete Kudnig noch bereichern dürfte. Eine Entdeckung im eigentlichen Sinne war es für Frau Lore Müller nicht, denn sie wusste, dass ihre Schwester einige Fotos von der frühen Wandervogelbewegung besaß, auch viele persönliche Aufzeichnungen und Berichte. Aber nun war sie doch überrascht, als sie in dem Nachlass wertvolles dokumentarisches Material fand, in das auch die Kudnigs eingebunden sind. Und damit tauchten auch eigene Erinnerungen auf an jene Zeit, als sich in der Gastwirtschaft an der Reichsstraße 1 zwischen Frauenburg und Braunsberg die Wandervögel trafen, was nicht nur an der wundervollen Naturlandschaft am Frischen Haff lag, sondern auch an einer jungen Schönheit namens **Frieda**. Es war die Schwester des Inhabers vom „Willenberger Krug“ **Hermann Döpner**, die von den jungen Wandervögeln, zumeist Studenten, sehr verehrt wurde. Sie nahmen sogar Frieda mit auf ihre Wanderungen, von denen eines der im erwähnten Nachlass gefundenen Fotos Zeugnis ablegt. Es muss etwa im Jahr 1911 entstanden sein – Frau Müller gibt es Rätsel auf: „Wie hat man damals diese Aufnahme gemacht? Mein Vater besaß zwar einen hölzernen Foto-Apparat für Glasplatten, und er musste für die Aufnahme unter ein schwarzes Tuch kriechen. Aber nahm man so ein Gestell mit auf die Wanderung?“ Als dann der Erste Weltkrieg begann, war Schluss mit dem Streifen durch die Natur, die jungen Männer wurden eingezogen bis auf einen namens **Ernst**. Sie ermahnten diesen beim Abschied: „Pass gut auf die Frieda auf!“ Er tat es auf seine Weise: Als die Wanderfreunde aus dem Krieg heimkamen, war er verheiratet – mit Frieda!

Zu diesen Wandervögeln, die sich im Willenberger Krug trafen, gehörten auch der Dichter Fritz Kudnig und der Maler **Julius Schmischke**. Frau Müller konnte noch zwei Bilder retten, die Schmischke damals an der Haffküste gemalt hat. Und auch Fritz Kudnig hat frühe lyrische Spuren hinterlassen in einem Gedicht, das in Willenberg entstanden ist: „Von Frauenburg ragt sturmbewehrt der Dom bis in die Sterne. Für den, der einen Trunk begehrt, ist Willenberg nicht ferne. In Willenberg dort auf der Höh' sieht man die Wipfel blinken. Da schwindet noch so tiefes Weh beim Singen und beim Trinken.“ Erhalten blieb auch ein Frühwerk von Fritz Kudnig „Fahrt in die Sonne“, eine Wanderung über die Kurische Nehrung, geschrieben im Jahr 1919. Diese Wanderbriefe mit Zeichnungen von **Eduard Bischoff** und Julius Schmischke wurden in den 20er Jahren in der „Königsberger Woche“ veröffentlicht, sollten als Buch erscheinen, gingen verloren und wurden erst 1966 wieder entdeckt. Und zu entdecken ist in dem Kudnig-Material aus dem Nachlass, das Frau Müller unserer Ostpreußischen Familie überlässt, wohl noch so manches.

Und damit leiten wir vom Einst auf das Heute über, was uns leicht fällt, denn wir haben von unserem „Kurenkapitän“ **Aurelijus** und seiner Frau **Sofija** aus Nidden herzliche Grüße und Wünsche erhalten, die wir an unsere Ostpreußische Familie weitergeben. Sie hat ja mitgeholfen, dass Aurelijus mit dem von ihm gesteuerten Kahn wieder Haff-Fahrten veranstalten konnte – mit neuem Motor, weil der alte geklaut worden war. Ein auf dem Kahn angebrachtes Schild dokumentiert diese Spende unserer Familie. Und das dankbare Ehepaar hatte sogar ein Gedicht in deutscher Sprache als Weihnachtsgruß gewählt, in dem das Christkind mit Schnee und Wind in das weiße Bernsteinland kommt. Leider sah es diesmal anders aus, der Nehrungswinter ist auch nicht mehr das, was er einmal war. „Wir haben an der Ostsee noch keinen richtigen Winter, nachts minus, aber nur zwei Tage war Schneesturm und weiß, aber dann war alles weg“, schreibt Aurelijus, der sich auf einen baldigen Bundesrepublik-Deutschland-Besuch vorbereitet, weil er auf der vom 5. bis 9. Februar in Hamburg stattfindenden Reisemesse sein Haff-Programm vorstellen wird. Dass er anschließend noch einige Gäste im norddeutschen Raum besuchen möchte, bezeugt, dass der Niddener sein Verhältnis zu den deutschen Nehrungsbesuchern festigen will.



Ruth Geede Bild: Pawlik

Heute und Gestern verbindet der Brief von Frau **Katharina Hoesch** aus Geldern, dem sie ihr Buch „Katharina von der Nehrung“ beifügte. Und das löste bei mir wohl ähnliche Empfindungen aus wie mein Artikel über den „Vogelprofessor“ in der *PAZ*-Folge 45 bei der geborenen Rossitterin, denn sie hatte den berühmten Erforscher des Vogelzugs noch viel intensiver erlebt als ich als Feriengast. „Alle Fahrten, die Professor **Thienemann** unternehmen musste, wurden von meinem Vater mit seinen beiden Füchsen ausgeführt, entweder mit dem Kutschoder mit dem Arbeitswagen. Zwischen den beiden Männern gab es dabei meist gute, humorvolle Gespräche und auch Erlebnisse.“ In dem kürzlich erschienenen Buch der 89-jährigen Autorin, auf das wir noch näher eingehen werden, bezeichnet sie die Hobby-Ornithologen, die sich zu Zeiten des Vogelzugs in Rossitten einzufinden pflegten, als „Vogelpropper“ – so hatte sie jedenfalls Vater **Krause** genannt. Damit entdecke ich auch nach langen Jahrzehnten immer wieder Neues aus meinem Kinderparadies und erlebe es in der Erinnerung noch intensiver. So ergeht es ja auch vielen Leserinnen und Lesern, die uns schreiben, wenn sie auf unserer Familienseite unerwartet auf Vertrautes gestoßen sind. Das ist unser Kapital, und es gibt noch viele Schätze, die im Verborgenen liegen. Deshalb kann man sich über jede Veröffentlichung freuen, die längst Vergessenes an das Licht bringt.

Dazu tragen die eigenen Erinnerungen wie die von „Katharina von der Nehrung“ bei, aber auch fachlich aufbereitete Dokumentationen wie die „Erinnerungen an den Tiergarten in Königsberg (Pr)“, die Herr Dr. Klein aus Schwörstadt jetzt fertig gestellt hat. Seine Worte an und über unsere Ostpreußische Familie, die er uns übermittelt, sind als Ansporn gedacht: „Ihre Ostpreußische Familie zeigt mit ihrem Inhalt die alte, ostpreußische Seele, die jeden Leser immer wieder von Neuem anspricht. Er fühlt sich versetzt in eine Zeit, die nie mehr wiederkehrt und er nicht missen möchte.“ Die aber bewahrt bleibt, wie heute wieder bewiesen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Neues Leben auf dem Lindenhof

Lydia und Horst Zander berichten über ihre Heimkehr nach Hinterpommern

Es gibt Beiträge auf unserer Familienseite, die ein besonders nachhaltiges Echo bewirken. Dazu gehört der Bericht von und über unseren Kollegen **Horst Zander**, als langjähriger Redakteur beim *Ostpreußenblatt* für viele Leser kein Unbekannter. Aber nicht nur deshalb fand unser Beitrag über sein neues Leben als Heimkehrer in Hinterpommern ein solch großes Interesse, sondern die Thematik war es, die gerade die Vertriebenen in unserer Leserschaft ansprach – die ähnliche Träume haben, sie aber nicht verwirklichen konnten und können. Auch für den in Köslin geborenen Horst Zander wäre eine dauerhafte Heimkehr wohl eine Utopie geblieben, hätte sich Frau **Lydia** nicht entschlossen, den nach dem Tod ihres Bruders verwaisten elterlichen Hof in Hinterpommern zu übernehmen. Es war nicht leicht, den jahrzehntelangen Wohnsitz in der Lüneburger Heide aufzugeben und ihn in das heruntergekommene Bauernhaus in Schimmerwitz Wald [Siemirowice] zu verlegen. Dass sich die Eheleute selber Mut zusprachen, ging aus dem Bericht hervor, den uns Horst Zander vor einem Jahr zusandte und den wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollten. In Folge 2/2013 erschien unserer Extra-Beitrag über diese „Heimkehr nach Hinterpommern“, in dem wir auch über die leisen Zweifel des über 80-Jährigen berichteten, ob es ihnen gelingen würde, aus dem jahrelang unbewirtschafteten Anwesen ein liebens- und lebenswertes Domizil zu schaffen. „Es wird noch Jahre dauern, bis alles drinnen und draußen wieder hergerichtet ist“, schrieb Horst Zander, und wir wünschten ihm und seiner Lydia viel Glück. Das hat sich für das Ehepaar erfüllt, wie wir dem nun vorliegenden Bericht über das zweite Jahr auf dem Lindenhof entnehmen können.

Horst Zander geht zuerst auf die Veröffentlichung in der *PAZ* ein: „Das Echo war enorm. Aus allen Richtungen der Bundesrepublik Deutschland erreichten uns Anrufe und Briefe von früheren DJO-Kameraden, ehemaligen Berufskolleginnen und Teilnehmerinnen der Heimattreffen in Seeboden. Unzählige Köslinerinnen und Kösliner teilten die Freude über unsere so völlig unvorhersehbare Heimkehr und wünschten uns Gesundheit und Schaffenskraft. Leider fehlte mir nach der langwierigen Fertigstellung der Doppelfolge der ‚Kösliner Nachrichten' die Zeit am Schreibtisch, um alle liebevollen Briefe zu beantworten. Unser Grundstück erforderte von Frühling bis Herbst sehr viel Arbeit. Aber wir haben es geschafft. Für die größte Überraschung sorgten im Juni meine Brüder **Fritz** und **Rolf**, die plötzlich mit ihren Frauen auf unserem Grundstück standen. Ein unvergessliches Wiedersehen in der Heimat. Meine im Schwarzwald und in Westfalen lebenden Brüder waren seit März 1945 erstmals wieder in unserem schönen Pommern. Zwei Tage zuvor waren zwei Freunde aus Marxen auf dem Lindenhof angekommen. **Hans Hermann** hatte uns schon einmal besucht und die erneuerungsbedürftigen Stalltüren gesehen. Er riet uns, das nötige Holz zu besorgen, er komme im nächsten Jahr wieder. Und so zimmerten nun die beiden Freunde drei stabile Türen für das immer noch intakte Stallgebäude, die sie sofort einhängten. Perfekt! Die neuen Türen machen auf Nachbarn und Besucher großen Eindruck, bewundernd fragen sie: Welcher Tischler hat die gebaut? Unsere Antwort ruft jedes Mal staunendes Schweigen hervor: Unsere Freunde aus Marxen, der eine Elektroniker, der andere Pneumatiker!“ Auch Horst kann wieder Bretter sägen, seine Hand, mit der er in die Kreissäge gekommen war, ist gut verheilt. Den abgerissenen Mittelfinger hatte ein polnischer Orthopäde in Lauenburg angenäht in der vagen Hoffnung, dass er wieder anwachsen würde. Er ist angewachsen!



Rotes Dach, weiße Mauern, bunte Blumen: Der Lindenhof in neuem Glanz Bild: Horst Zander

Lydia Zander hatte deshalb das vergangene Jahr viel körperliche Arbeit in Haus, Hof und Garten. Sie berichtet: „Mir ist es nicht schwer gefallen, nach Hause zurück zu kommen. Was da an Arbeit auf mich wartete, habe ich gewusst. Es war ein mühsames Jahr. Der Winter war lang, es gab viel Schnee. In meinem kleinen Gemüsegarten auf dem Hof konnte ich erst Mitte April etwas tun. Früher lag auf dem Hof der Misthaufen, dort habe ich meinen Gemüsegarten angelegt. Das Frühgemüse dankt es mir mit prächtigem Wuchs. Anderes Gemüse und Kartoffeln wurden auf dem Platz gepflanzt, wo früher das Backhaus stand. Unser Blumengarten vor dem Haus war völlig mit Quecke und Brennnesseln zugewachsen. Mit viel Mühe habe ich alles Unkraut gezogen, Kompost in den Boden gemischt – meine Dahlien dankten es mir. Den früheren Staketenzaun habe ich durch eine Feldsteinmauer ersetzt. Meine Kaninchenzucht läuft erfolgreich weiter. Katzen haben wir nun schon drei. Auch eine Hündin haben wir bekommen, einen grau-gelbbraunen Mischling, ein wachsames Tier. Mein größter Wunsch war es, das Anwesen einzuzäunen, so wie es zur Zeit meiner Großeltern war. Wir haben es geschafft, es toben keine fremden Hunde oder auch Rehe herum. Das beruhigt mich sehr und schafft Zufriedenheit, die auch mit „Glück“ zu bezeichnen wäre. Es gibt Erlebnisse, die es nur hier geben kann. Ich bin da, wo ich hingehöre. Meine Ahnen sind bei mir in diesem Hause. Und Horst ist bei mir.“ *R.G.*



ZUM 107. GEBURTSTAG

Lange, Hildegard, geb. **Dobrindt**, aus Wehlau, Kirchenplatz 5, am 12. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Knapp, Charlotte, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Winkler, Edith, geb. **Wedel**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klimaschewski, Hildegard, geb. **Woydak**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 17. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Klausch, Erika, aus Neidenburg, am 16. Januar
Mauer, Artur, aus Treuburg, am 11. Januar
Reinert, Elfriede, geb. **Freynik**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Becker, Willi, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 12. Januar
Oprczecka, Hildegard, geb. **Wildgrube**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 14. Januar
Tink, Paul, aus Fuchshügel, Neulepkau, Kreis Wehlau, am 17. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dietwald, Erika, geb. **Zywietz**, aus Grenzhof, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Frahm, Johanna, geb. **Hapke**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Jonetat, Charlotte, geb. **Jonetat**, aus Tapiau, Memellandstraße 42, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Jülich, Herta, geb. **Wippich**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 14. Januar
Lachenwitzer, Ursula, geb. **Mex**, aus Treuburg, am 16. Januar
Mauritz, Gertrud, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 13. Januar
Möller, Helene, geb. **Grigo**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 17. Januar
Müller, Vera, geb. **Milbrett**, aus Tapiau, Sudermannstraße 9, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Schwarz, Otto, aus Weißuhnen, Kreis Johannisburg, am 11. Januar
Seewald, Ilse, aus Lyck, am 17. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Förster, Hildegard, geb. **Pede**, aus Allenburg, Friedländer Straße 2, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Glashagel, Margarete, geb. **Reinbacher**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 15. Januar
Giese, Kurt, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, und aus Treuburg, am 15. Januar
Helbing, Gertrud, geb. **Niedziolka**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. Januar
Maroske, Marie, geb. **Wagner**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar
Masuch, Helmut, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar
Neuland, Elsa, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Rohn, Käthe, geb. **Podszun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Januar
Ruhstein, Elli, geb. **Wippich**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 16. Januar
Stankewitz, Ernst, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Uszpelkat, Max, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Waschk, Susanne, aus Lyck, Am Rathaus, am 11. Januar
Witt, Frieda, geb. **Quednau**, aus Lyck, Yorkstraße, am 14. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Drebot, Gertrud, geb. **Seidler**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Ferner, Helene, geb. **Kowalzik**, aus Treuburg, am 15. Januar
Frank, Hildegard, geb. **Weißenberg**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Knorr, Meta, geb. **Knorr**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Kowalzig, Horst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Januar
Kröhnert, Gerda, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Ludwig, Erna, geb. **Hankel**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 17. Januar
Luszek, Bruno, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 16. Januar
Malis, Hedwig, geb. **Neumann**, aus Radnicken, Kreis Samland, am 13. Januar
Marchlowitz, Heinz, aus Ortelsburg, am 14. Januar
Müller, Edith, geb. **Hildebrandt**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenorde, am 15. Januar
Romanowski, Manfred-Ludwig, aus Wiesendorf, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Salecker, Kurt, aus Ebenrode, am 7. Januar
Sasse, Erna, geb. **Kriese**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 16. Januar
Scheller, Hildegard, geb. **Kühn**, und geb. **Dronsek**, aus Hennenberg, Kreis Lyck, und aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 16. Januar
Sembach, Ruth, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, Blücherstraße, am 13. Januar
Sperling, Ida, geb. **Krolzik** aus Neidenburg, am 11. Januar
Sudau, Brigitte, aus Bieskobnicken, Kreis Samland, am 15. Januar
Truxius, Liesbeth, geb. **Czarnetzki**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 13. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abendroth, Christel, geb. **Torner**, aus Lyck, Thorner Straße, am 15. Januar
Bartuleit, Ernst, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Brosowski, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Ecklreiter, Anna, geb. **Dubnick**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 14. Januar
Gatzke, Helene, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Hoppe, Maria, geb. **Zidorn**, aus Friedrichsdorf, Kampenbruch, Kreis Wehlau, am 12. Januar
Jebramek, Edith, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Januar
Kowalewski, Werner, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Januar
Lehmann, Alfred, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar
Murr, Edith, aus Lyck, am 11. Januar
Nachtweyh, Waltraut, geb. **Zyiewitz**, aus Neidenburg, am 11. Januar
Plaga, Gerhard, aus Lyck, am 16. Januar
Rottschalk, Margarete, geb. **Werner**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Stralla, Hildegard, geb. **Simanski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Sylla, Anna, geb. **Bertsch**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 13. Januar
Truskowski, Gertrud, geb. **Czerwonka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Januar
Weiß, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bastek, Erhard, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar
Borowka, Margarete, geb. **Kuberski**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 16. Januar
Droßmann, Fritz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. Januar
Habicht, Erich, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 16. Januar
Jankowski, Ingeborg, geb. **Riehl**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 15. Januar
Kiauka, Gertrud, geb. **Zacharias**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 14. Januar
Kinas, Rudolf, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 16. Januar
Koch, Edith, geb. **Waldhöfer**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. Januar
Konetzka, Ewald, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar
Konstanty, Adalbert, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar
Lange, Rudi, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar
Lauts, Johann-Friedrich, aus Lyck, am 11. Januar
Matiszik, Ingeborg, geb. **Schmidt**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Ostertag, Irmgard, geb. **Heiser**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 16. Januar
Pelludat, Christel, geb. **Kalex**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar
Piassek, Edith, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 11. Januar
Scharnowski, Kurt, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 17. Januar
Scheel, Doris, geb. **Hobucher**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. Januar
Schmidtmeier, Waltraut, geb. **Sudau**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 12. Januar
Stiege, Ursula, geb. **Stiege**, aus Wehlau, Parkstraße 25, am 14. Januar
Zacher, Hildegard, geb. **Sender**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böcker, Hannelore, geb. **Czybulka**, aus Martinhöhe, Kreis Lyck, am 11. Januar
Bolk, Horst, aus Treuburg, am 17. Januar
Buchholz, Elfriede, geb. **Derda**, aus Goldenau-Katrinfelde, Kreis Lyck, am 17. Januar
Burchardik, Arnim, aus Untereisseln, Kreis Tilsit Ragnit, am 12. Januar
Czwikla, Helmut, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 17. Januar
Dierking, Ingrid, geb. **Wischnewski**, aus Treuburg, am 12. Januar
Germershausen, Dorothea, geb. **Holstein**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Giehoff, Hans, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 14. Januar
Görsch, Gerti, geb. **Schurkus**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Hamann, Frieda, geb. **Berke**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 11. Januar
Holzmann, Christel, geb. **Lemke**, aus Kleinsommershöfen, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Kempa, Karl, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 14. Januar
Kleine, Meda, geb. **Gerwin**, aus Zimmerburde, Kreis Samland, am 13. Januar
Kreuzer, Inge, geb. **Kloth**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 17. Januar
Kühn, Marianne, geb. **Ramm**, aus Tapiau, Horst-Wessel-Ring 5, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Liedtke, Harald, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 12. Januar
Loth, Margarete, geb. **Schiemann**, aus Mogaiten, Kreis Samland, am 17. Januar
Martinat, Günter, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 14. Januar
Reinhold, Erwin, aus Georgenberg, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Nadolny, Edith, geb. **Pichotka**, aus Lasken, Kreis Sensburg, am 7. Januar
Sadlowski, Ernst, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar
Schikschneit, Kurt, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 13. Januar
Strack, Waltraut, geb. **Bathlomayzik**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 13. Januar
Tacke, Hertha, geb. **Hoffmann**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar
Teske, Martha, geb. **Fröse**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 11. Januar
Weyh, Traute, geb. **Kappeller**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Willumeit, Otto, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 16. Januar
Winkler, Kurt, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 16. Januar
Wischnowski, Harry, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Biermann, Herbert, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 11. Januar
East, Hildegard, geb. **Neumann**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Erge, Erna, geb. **Heimann**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 8. Januar
Glaner, Regina, geb. **Beutner**, aus Barthenen, Kreis Samland, am 17. Januar
Harpeng, Georg, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 13. Januar
Hoffmann, Elli, geb. **Jakobeit**, aus Garbeningken, Kreis Wehlau, am 14. Januar
König, Friedhard, aus Moterau Dorf, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Mangold, Ursula, geb. **Hanke**, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Müller, Elfriede, geb. **Ritzkat**, aus Ströhlen, Kreis Ebenrode, am 15. Januar
Nowotzin, Adelheid, geb. **Buttler**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar
Pest, Ulrich, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 11. Januar
Pfeil, Ingrid, geb. **Denda**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar
Potzscher, Renate, geb. **Kröhnert**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 14. Januar
Preuß, Emil, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 13. Januar
Schaefer, Hannelore, geb. **Gronau**, aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Januar
Strauss, Karl-Heinz, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 13. Januar
Thews, Gisela, geb. **Wicht**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Januar
Wiese, Waldemar, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar



Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 11. Januar, 16.25 Uhr, Arte: 1913 – Der letzte Tanz des Kaisers. Geschichtsdoku.
Sonnabend, 11. Januar, 20.15 Uhr, WDR: Nacht über Berlin. TV-Drama vor dem Hintegrund des Reichtagsbrands vom 27. Februar 1933.
Sonnabend, 11. Januar, 22.05 Uhr, Arte: Ein Tag im Jahre 1913. Kulturdoku.
Sonntag, 12. Januar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 12. Januar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 60 Jahren: US-Außenminister John Foster Dulles stellt seine Strategie der massiven Vergeltung vor.
Sonntag, 12. Januar, 19.30 Uhr, ZDF: Geheimbünde (2). Die Erben der Templer.
Sonntag, 12. Januar, 20.15 Uhr, ZDF NEO: Die Gustloff (1+2). TV-Drama über die schlimmste Schiffskatastrophe der Geschichte.
Sonntag, 12. Januar, 21.55 Uhr, Arte: Stille vor dem Sturm. Europa 1914. Erster Weltkrieg. Dokumentarfilm.
Montag, 13. Januar, 23.30 Uhr, ARD: Deutsche gegen Devisen – Ein Geschäft im Kalten Krieg. Zeitzeugen berichten.
Dienstag, 14. Januar, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Der Gewerbeinfarkt. Gewerbeparks verstopfen das Oberrheintal.
Dienstag, 14. Januar, 20.15 Uhr, Arte: Die geheimen Deals der Rohstoffhändler. Dokumentarfilm.
Mittwoch, 15. Januar, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitreisen. Krieg, Diktatur, Demokratie. Das Jahrhundert der Extreme.
Mittwoch, 15. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Im Zweifel für die Sicherheit. Droht von entlassenen Tätern neue Gefahr? Doku.
Mittwoch, 15. Januar, 21 Uhr, Phoenix: Gysy und die Stasi. Ein Politiker im Zwielicht. Doku, D 2013.
Mittwoch, 15. Januar, 22 Uhr, SWR: Kinder des Sturms. TV-Drama über die Vertreibung von 1946. D 2009.
Donnerstag, 16. Januar, 15.15 Uhr, NDR: Reise in die Hölle – Straflager Workuta. Reportage, D 2014.
Donnerstag, 16. Januar, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Forschung und Gesellschaft. Demenz oder Depression? Wenn die Grenzen zwischen diesen beiden Erkrankungen verschwimmen.
Donnerstag, 16. Januar, 21.45 Uhr, Arte: Seltene Erden. Die dunkle Seite der Hightech-Metalle.
Donnerstag, 16. Januar, 22.30 Uhr, SWR: Geheimnisvolle Orte. Hitlers Reichskanzlei. Doku, D 2012.
Freitag, 17. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Schweine für den Müllcontainer. Warum es zu viel Fleisch gibt. Reportage.
Freitag, 17. Januar, 23.15 Uhr, ARD: Fremde Heimat (1+2/2). Das Schicksal der Vertriebenen nach 1945. Doku, D 2011.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Montag, 20. Januar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Weinheim – Mittwoch, 15. Januar, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Bei diesem Treffen im Januar halten die Teilnehmer zunächst Rückschau auf das vergangene Jahr 2013. Mit schönen Gedichten und Erzählungen rund um den Winter in Ostpreußen begrüßt die Gruppe das neue Jahr und gedenkt ihrer geliebten Heimat.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 18. Januar, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 18. Januar, 17 Uhr, Gasthof zur Sommerfrische: Treffen der Gruppe. Bitte anmelden unter Telefon (0981) 85425, damit genügend Grützwurst bestellt werden kann. Bitte beste Laune und lustige Beiträge mitbringen.

Bamberg – Mittwoch, 15. Januar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen. Vortrag „Kaliningrad/Königsberg, ein Brückenschlag zwischen der russischen Gegenwart und der ostpreußischen Vergangenheit“.

Hof – Sonnabend, 11. Januar, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Mittwoch, 29. Januar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Hamburg: **Treffen der Westpreußen.** Mit Gesangsgruppe. Würdigung der vielen bei der Flucht 1945 umgekommenen Landsleute Anfahrt: S-Bahn bis „Stadthausbrücke“ oder U-Bahn bis „Rödingsmarkt“.

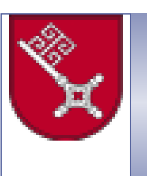


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



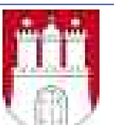
Rastenburg – Sonntag, 12. Januar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 1. Februar, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: **Bremer West- und Ostpreußentag** mit Fleck und Klopsen. Nach der Begrüßung ist Zeit zum Unterhalten, zum Bummeln und Schauen am Büchertisch. Gäste, die Kaffee und Kuchen möchten, können dieses zusätzlich bestellen. Zur Unterhaltung wurde der vom diesjährigen Sommerausklang bestens bekannte „Männerchor Harmonie Moordeich v. 1912 e.V.“ eingeladen. Er wird mit Volksliedern und volkstümlichen Melodien erfreuen. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klops (oder Gemüseteller). Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klops od. Gemüseteller): 13 Euro. Eintritt ohne Essen fünf Euro. Das Geld kann auch überwiesen werden. - Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in der Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter Telefon 3469718. Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich auch bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden.



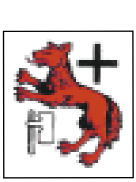
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Kulturreferat – Herzlich willkommen zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17. bis 18. Mai 2014 in den Messehallen von Kassel. Für die Fahrt des Kulturreferats zum Ostpreußentreffen sind noch ein paar Plätze frei. Zurzeit stehen leider nur noch Doppelzimmer zur Verfügung. Die Fahrt findet von Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai, statt. Der Preis für diese dreitägige Fahrt beträgt nur 156 Euro pro Person im Doppelzimmer. Im Preis enthalten: Fahrt in einem 3-Sterne-Reisebus, 2 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne-Hotel Best Western Grand City Kassel, am Freitag, 16. Mai Kuchen und Kaffee/Tee im Hotel, anschließend eine dreistündige Stadtrundfahrt und Besichtigung mit einem Gästeführer der Stadt Kassel, am Freitagabend, 16. Mai Abendbuffet in einem für die Gruppe reservierten Raum, Busfahrten zwischen Hotel und Messehallen. Abfahrten: Freitag, 16. Mai, 7.30 Uhr Kirchenallee – gegenüber Hamburg-Hauptbahnhof, 8 Uhr Bahnhof Harburg, 8.15 Uhr Meckelfeld, Höpenstraße 88 – Gaststätte Waldquelle. Rückfahrt: Sonntag, 18. Mai, 16 Uhr, von den Messehallen nach Mekkelfeld, Harburg und Kirchenallee. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 17./18. Mai 2014 nach Kassel. Anmeldung und Auskunft bei Konrad Wien unter Telefon (040) 53254950 ab 18 Uhr. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, zwei Übernachtungen, zweimal Frühstücksbuffet, zweimal Abendessen (3-Gang-Menü), geführte Stadtrundfahrt, Transfer zu den Messehallen an beiden Tagen. Preis pro Person im Doppelzimmer 196 Euro, Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Empfohlen wird eine Reiserücktrittsversicherung (8 Euro). Reisebeginn: 16. Mai 2014. Abfahrtsorte: Harburg-Bahnhof 8 Uhr und ZOB Hamburg 8.30 Uhr.



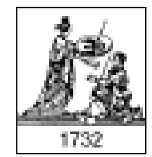
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

BEZIRKSGRUPPE

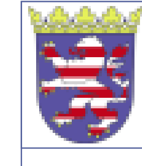
Hamburg-Harburg – Sonntag, 12. Januar, 11 Uhr, St. Johanniskirche Harburg, Bremer Straße 9 (zu erreichen mit der S-Bahn, Linie S3 und S31, Station Harburg-Rathaus, danach zehn Minuten Fußweg): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabina Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gruppe in den Gemeindesaal ein zum Gespräch bei Tee und Gebäck. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 27. Januar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag „zum neuen Jahr“: Erlebnisse, Wünsche, Erwartungen früher und heute.

SALZBURGER VEREIN



Neue Termine für die Treffen im Jahr 2014: 1. März; 10. Mai; 11. Oktober; 6. Dezember. Alle Treffen finden statt jeweils Sonnabends von 13 bis 16 Uhr im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg. Telefon (040) 248200. Thema des Treffens 1. März: „Wege der Salzburger Emigranten 1732 nach Georgia“ (Vortrag).

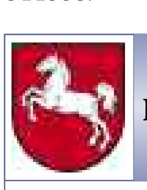


HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 11. Januar, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Filmvorführung über Eine Reise durch Ostpreußen“ von Ingrid und Wolfgang Lansdorf im Juli 2012. – Noch Plätze frei: Für die Busfahrt vom 16. bis 18. Mai zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Kassel. Informationen und Anmeldung bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788 oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327.

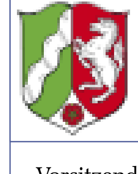
Wiesbaden – Dienstag, 14. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 18. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. Filmvorführung „Die Kurische Nehrung im Wandel der Zeiten“. Die Kurische Nehrung gehört zu den sonderbarsten Schöpfungen der Natur. Der Film zeigt die einzigartige Landschaft im Wechsel zwischen Frühling und Winter, untermalt mit stimmiger Musik. Bis zur Film-Vorführung ist genügend Zeit für Gespräche bei Kaffee und Kuchen. Bitte auch Freunde und Gäste zu dieser Veranstaltung mitbringen. – Donnerstag, 23. Januar, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Schlachtplatte. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 17. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 14. Januar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 17. Januar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 30. Januar, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Wer mit großem Interesse die zugesandte Informationsbroschüre zur Thematik „Die Deutschen in Polen – 1918-1939“ von Prof. Dr. Hartmut Fröschle gelesen hat, kann seit einiger Zeit ergänzend eine Broschüre von Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof „Danzig und Ostpreußen – zwei Kriegsanlässe 1939“ bei der Landesgruppe NRW bestellen.

Bielefeld – Donnerstag, 16. Januar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

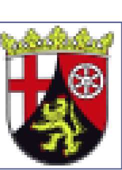
Dortmund – Montag, 20. Januar, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Donnerstag, 16. Januar, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der ostpreußischen Frauengruppe.

Köln – Dienstag, 21. Januar, 14,30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Die Ostpreußenrunde trifft sich zur monatlichen Versammlung. Allen, die nicht kommen können, wünscht der Vorstand ein glückliches Jahr 2014.

Neuss – Freitag, 17. Januar, 17 Uhr, Quirinus-Basilika, Neuss Markt: Ökumenischer Gottesdienst der Landsmannschaft Neuss.

Witten – Montag, 20. Januar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Ostpreußische Nächte“ von Alexander Solschenizyn.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 11. Januar, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: **Jahreshauptversammlung.** Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Bericht des 1. Vorsitzenden, 4. Bericht der Kassenführung, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Verschiedenes – Aussprache, 7. Wahl des Wahlleiters und Entlastung des Vorstandes, 8. Neuwahl des Vorstandes. Singen des Ostpreußenliedes. Anschließend närrischer Heimatnachmittag mit Kreppelkaffee.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

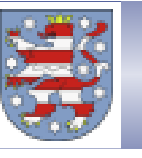
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Mittwoch, 15. Januar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kielseng: Kaffeerunde. Anschließend Vortrag mit dem Thema „Vom Garten Eden bis zum heut‘ von Blumen und von Gärtnersleut‘“. Referent Günter Evers, Glücksburg. - 19.30 Uhr, Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Sektion Flensburg mit der Theodor-Fontane-Gesellschaft, Festsaal der dänischen Duborg Skolen, Ritterstraße 55, 24937 Flensburg: „1864 – der Nachklang des Krieges bei Theodor Fontane und Hermann Bang.“ Eine Lesung mit Schülerinnen und Schülern der dänischen Duborg Skolen und des Bernstorff-Gymnasiums Satrup. Anmeldung erbeten bei Wolfgang Kanstorf, Telefon (0461) 64847.

Kiel – Sonntag, 19. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat: Preußentag. Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Edmund Ferner, „Die Bedeutung des Preußentages“ und „Rettung über See (Januar–April 1945)“, Hans-Werner Erdt, „Besuch auf entlegenen Soldatenfriedhöfen zwischen Nordkap und Kreta“, Herbert Tennigkeit, „Besinnliches und Heiteres – Meine Heimat Ostpreußen – Erinnerungen an ein geliebtes Land – Woher kommen die Marjellchens – Ach ja, die Liebe – Derbe und sentimentale Geschichten aus Ostpreußen – Und anderes ...“.

Pinneberg – Sonntag, 19. Januar, 15 Uhr: „Ostpreußen“. Eine Dia-Multi-Visions-Show. Informationen und Anmeldung unter Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.

Schönwalde am Bungsberg – 23. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung. – Sonnabend, 25. Januar, 15 Uhr, Café Ehlers: Arbeitstagung in Kasseedorf. – Donnerstag, 30. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 31. Januar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit „Rückblick 2013 und Überblick aller Veranstaltungen 2014“. Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

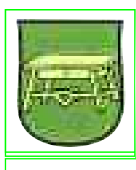


ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

56. heimatpolitische Tagung

Aus terminlichen Gründen findet die 56. heimatpolitische Tagung am 22./23. Februar im Rotenburger Heimathaus (früher Heimatmuseum) in der Burgstraße 2, 27556 Rotenburg (Wümme) statt. Das Heimathaus ist am 22. Februar ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr beginnen die Vorträge. Zu dieser ersten Veranstaltung im Jahr 2014 in Rotenburg (Wümme) laden wie immer der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger der Angerburger und die Kreisgemeinschaft Angerburg an unserer Geschichte Interessierte aus nah und fern sehr herzlich ein. Es ist eine Tagung mit kompetenten Referenten, die Sie nicht versäumen sollten. Der Erste Weltkrieg gilt als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Aus dieser Urkatastrophe gingen alle weiteren Tragödien hervor. Über die Auswirkungen für die Menschen in Ostpreußen (Memelgebiet) und die Wolgadeutschen werden Professor Helmut Jenkis und Pfarrer i.R. Axel Simanowski am Sonnabend, 22. Februar, ab 15 Uhr referieren. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre mit interessanten Gesprächspartnern lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag 23. Februar, wird um 9.50 Uhr die Tagung mit einem Vortrag von Ansgar Röpling „Polen im Zweiten Weltkrieg" fortgesetzt. Mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder" wird die Tagung gegen 12 Uhr beendet sein. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preise von 25 Euro pro Person einschließlich Dessert und eventuellen Übernachtungswünschen bis zum 15. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Reise in die Heimat Mai/Juni 2014

Liebe Landsleute und Freunde preußischer Kultur und Landschaft, auch im Jahr 2014 plant die Kreisgemeinschaft eine zehntägige Schiffs-Bus-Mittsommernachtsfahrt in die unvergessliche Heimat mit der immer wieder bezaubernden Landschaft und den Orten der Kulturgeschichte und familiären Erinnerung, diesmal vom 25. Mai bis 4. Juni 2014.

Von Wuppertal aus startet der bequeme Reisebus und nimmt entlang der Reiseroute Bielefeld, Hannover (Hbf), Hamburg und Kiel die Mitreisenden auf. In Kiel geht es auf die Fähre nach Memel [Klaipeda], schon der sehenswerte Sonnenuntergang auf der Ostsee, das köstliche Büffet an Bord und der baldige Sonnenaufgang machen die Reise zum eindrucksvollen Erlebnis. In Memel wird nach der beschaulichen Hafeneinfahrt der Simon-Dach-Brunnen auf dem Theaterplatz besucht, dann geht es über die Ortschaften Heydekrug, Pogegen zum Rombinus, dem heiligen Berg der Prußen am Hochufer der Memel und weiter nach Tilsit, der ehemals schönsten Stadt Ostpreußens, deren zahlreiche Jugendstilhäuser auch ungepflegt von vergangener kultureller Blüte zeugen. Am Abend wird Trakehnen erreicht, dort zwei Übernachtungen, Gelegenheit zum Besuch der ehemaligen Wohnorte und Rundfahrten über Eydtkau, Ebenrode, Schloßberg nach Gumbinnen mit Salzburger Kirche und Fresko in der ehemaligen Friedrichschule. In Trakehnen der neue Tempelhüter vor dem Schloss und Museum, am dritten Tag Rundfahrt über den Wystiter See, Rominter Heide, Einkehr im Forsthaus Warnen, Besuch des Ehrenmals in Schlossbach und des Donelaitis-Museums in Tollmingen, über Birkenmühle, Kasuben zum Grillabend nach Trakehnen mit Darbietungen der Deutschen Schule. Am fünften Tag erreichen wir über Gerdauen und Angerapp Friedland an der Alle mit erhaltener Kirche, Kraftwerk und Stauwerk. Nachmittags Stadtrundfahrt in Königsberg zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten: Dom, Hafen, Stadttore, Wisentbrunnen, Zoo usw. Am sechsten Tag verlassen wir das nördliche Ostpreußen entlang dem Frischen Haff, erreichen bei Heiligenbeil die polnische Grenze und kommen über Braunsberg nach Frauenburg, der Stadt des Copernicus. Der siebte Tag führt uns nach Danzig, der sehenswerten Hafenstadt mit den hervorragend renovierten Bürgerhäusern, dem Krantor, dem Rathaus aus dem 14. Jahrhundert, dem eindrucksvollen Neptunbrunnen und nicht zuletzt der weltberühmten Marienkirche. Am achten Tag werden über Zoppot und Gdingen die hohen Dünen von Leba angesteuert, weiter geht es über Stolp [Slupsk] mit Schloss und Hexenbastei sowie Köslin [Koszalin] nach Kolberg [Kolobrzeg], dem geschichtsträchtigen berühmten Seebad mit dem fünfschiffigen Mariendom und dem von Schinkel erbauten Rathaus. Am neunten Tag besuchen wir die alten pommerschen Seebäder Misdroy [Mindzisdroie], Wollin und Swinemünde [Swinoujscie], um nach der letzten Übernachtung im Kurhotel ausgeruht wie nach einer Badereise am zehnten Tag die Zustiegsorte wieder zu erreichen.

Wegen Verhinderung von Helmut Perrey wird Dr. Gerhard Kuebart die Reiseleitung übernehmen. Anmeldungen und Reiseunterlagen bitte bei Scheer-Reisen, Wuppertal, Telefon (0202) 500077 anfordern.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Busreise in den Heimatkreis

Die Heimatkreisgemeinschaft plant vom 23. Mai bis 1. Juni 2014 eine Busreise nach Ostpreußen und insbesondere in den Kreis Gerdauen. Diese kann allerdings nur dann stattfinden, wenn sich mindestens 30 Personen dafür anmelden. Wer mitfahren möchte oder Fragen zur Reise hat, sollte sich bitte bis spätestens 31. Januar bei Hans Eckart Meyer, Oberstraße 28a, 24977 Langballigholz, Telefon (04636) 8408 (eventuell auf den Anrufbeantworter sprechen) melden. Herr Meyer sammelt die Anmeldungen und gibt sie geschlossen nach Erreichen der Mindestteilnehmerzahl an das Busunternehmen weiter. Von diesem bekommen Sie dann die verbindlichen Anmeldeformulare zugesandt. Die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen bei Herrn Meyer.

Folgender Reiseverlauf ist geplant: Freitag, 23. Mai: Abfahrt in Bielefeld, Hannover, Magdeburg und Berlin zur Zwischenübernachtung in Schneidemühl; Sonnabend, 24. Mai: Weiterfahrt über Marienburg (Fotopause), Elbing, Frauenburg und den Grenzübergang Heiligenbeil nach Königsberg (Pr.) für drei Übernachtungen; Sonntag, 25. Mai: Fahrt nach Gerdauen und in den nördlichen Teil des Kreises Gerdauen. Hier soll jeder nach Absprache möglichst an sein persönliches Ziel im Kreisgebiet gelangen. Die erforderlichen Sperrgebietsgenehmigungen organisiert der Reiseveranstalter; Montag, 26. Mai: Fahrt nach Palmnicken. Nach Besichtigung der Schauwerkstatt des Bernsteintagebaus. Weiterfahrt ins Seebad Rauschen zu einem Spaziergang, beispielsweise entlang der Strandpromenade; Dienstag, 27. Mai: Fahrt über Gerdauen (nach Absprache bis zu drei Stunden Aufenthalt), Darkehmen (Angerapp) und den russisch-polnischen Grenzübergang Goldap nach Lötzen für drei Übernachtungen; Mittwoch, 28. Mai: Fahrt durch den südlichen Teil des Kreises Gerdauen (auch hier soll jeder nach Absprache möglichst an sein persönliches Ziel gelangen); Donnerstag, 29. Mai: Fahrt durch die Johannisburger Heide nach Kruttinnen und Nikolaiken, Weiterfahrt entlang der Schifffahrtsroute nach Lötzen (alternativ: Rückreise nach Lötzen mit dem Schiff über Kanäle und Seen auf eigene Kosten); Freitag, 30. Mai: Fahrt über Rastenburg zur Wallfahrtskirche Heiligelinde, Weiterfahrt über Bischofstein, Heilsberg, Guttstadt, Wolfsdorf und Mohrungen nach Buchwalde zu einer kurzen Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal, Weiterfahrt nach Allenstein zur Zwischenübernachtung; Sonnabend, 31. Mai: Fahrt nach Thorn, der Geburtsstadt des Astronomen Nikolaus Copernicus (hier lohnt ein Spaziergang durch die gut erhaltene und liebevoll restaurierte Altstadt), Weiterfahrt nach Posen zur Zwischenübernachtung; Sonntag, 1. Juni: Rückfahrt zu den gleichen Haltestellen wie auf der Hinfahrt.

Weitere Informationen zur Reise, zum gestaffelten Reisepreis, zu

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Brückenbau für die Heimat

BdV-Kreisverband Iserlohn feierte 65-jähriges Bestehen



Bild: Lemke

Für Landsleute im südlichen Ostpreußen da: Heinrich Hoch (M.) berichtete über Aktivitäten

Der Bund der Vertriebenen, Kreisverband Iserlohn e. V. lud anlässlich seines 65jährigen Bestehens zu einer Vortragsveranstaltung in das Varnhagenhaus nach Iserlohn ein. Der Märkische Kreis unterhält seit 2001 eine Partnerschaft mit dem Kreis Ratibor in Oberschlesien, und die Stadt Iserlohn unterhält seit 2004 eine Partnerschaft mit der Stadt Königshütte [Chorzów]. Der Anschub zu beiden Partnerschaften ist auf eine Initiative von Mitgliedern des BdV-Kreisverbandes Iserlohn e.V. zurückzuführen. Teilnehmer aus der Wojewodschaft Slaskie (Oberschlesien) waren: Martin Lippa (Gleiwitz), Vorsitzender des DfK im Bezirk Schlesien, Blasius Hanczuch (Ratibor – Benkowitz), Ehrenvorsitzender des DfK im Bezirk Schlesien, Eugen Nagel (Königshütte) sowie Doris Gorgosch (Ratibor). Aus dem südlichen Ostpreußen waren Heinrich Hoch (Osterode) und Therese Gollan (Bischofsburg – Neudims) angereist. Die Vortragsrunde wurde durch Rüdiger Goldmann MdL a. D. aus Düsseldorf geleitet

Die Kommunen des nördlichen Märkischen Kreises waren durch die Bürgermeister Thorsten Schick MdL (Iserlohn), Hans Schmöle (Hemer) und Volker Fleige (Menden) vertreten. Die Ratsfraktionen des Iserlohner Stadtrates waren durch die Fraktionsvorsitzenden der CDU, Rolf Kramer, und der SPD, Mike-Sebastian Janke, vertreten. Aus Coesfeld reiste der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Deutsche Minderheiten, Werner Jostmeier, an. Die Referenten konnten in der Veranstaltung ihre jeweiligen Verbände und Aktivitäten vorstellen sowie auf Sonderheiten eingehen. Zur Sprache kamen die jeweiligen Verbandsstrukturen, der rechtliche Rahmen, innerhalb dessen die Arbeit der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen und Schlesien möglich ist. Die Öffentlichkeitsarbeit der Verbände wird sowohl in Oberschlesien wie auch im südlichen Ostpreußen durch Beteiligung am öffentlichen Leben, durch Publikationen, durch Sendetermine in örtlichen Rundfunksendern erreicht. In den schlesischen Wojewodschaften Oppeln und Schlesien nimmt die deutsche Minderheit am örtlichen politischen Leben rege Anteil, in zahlreichen Ortschaften werden Bürgermeister, Vorsitzende des Stadtrates oder Abgeordnete in den Regionalen Parlamenten gestellt.

Partner aus Schlesien und Ostpreußen kamen zum Jubiläum

Dies trifft auf die Wojewodschaft Ermland und Masuren nur bedingt zu. Heinrich Hoch konnte einen Umriss über die vielfältige Arbeit des Verbandes und der Vereine im südlichen Ostpreußen geben. Ebenfalls führte er zu den Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen auf: Das Sommerfest, den Kommunalpolitischen Kongress und das Verbindungsbüro der Landsmannschaft. Zur Erinnerungskultur konnte auf viele Aktivitäten verwiesen werden, so werden Friedhöfe und Gedenkstätten an die Toten des Ersten Weltkrieges gepflegt und erhalten. Straßennamen erinnern an verdiente und bedeutende Persönlichkeiten, wie beispielsweise die Herderstraße in Allenstein.

Therese Gollan stellte als fleißige Biene die Aktivitäten des Landfrauenverbandes im südlichen Ostpreußen vor. Sie berichtete über die Partnerschaft des Verbandes mit einem Verband der Landfrauen aus Osnabrück, Projekte, die im Rahmen dieser Partnerschaft durchgeführt beziehungsweise geplant sind, wie zum Beispiel die Ausbildung von Jugendlichen. Ihre Ausführungen wurden sehr interessiert aufgenommen.

In einem Vorgespräch mit dem Landtagsabgeordneten Jostmeier sowie den Referenten wurden im kleinen Kreis Themen behandelt, die einen Bezug zur deutschen Minderheit in Polen hatten. Zur Sprache kamen hier unter anderem die Teilnahme an der letzten Bundestagswahl. Seitens des Kreisverbands wurde der Wunsch geäußert, die Vergabe öffentlicher Mittel im Rahmen des § 96 BVFG anzupassen und zu vereinfachen. Der Kreisverband plant in Zukunft erneut, Verständigungsseminare zu organisieren und anzubieten.

Klaus-Arno Lemke

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

den Zustiegsorten und -zeiten erhalten Sie direkt bei Herrn Meyer (s.o.) oder auf unserer Internetseite www.kreis-gerdauen.de unter Busreise 2014.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Seminar in Bad Pyrmont

Die Kreisgemeinschaft Lyck veranstaltet am 22. und 23 März im Ostheim in Bad Pyrmont ein Seminar mit dem Titel: „Kulturelles gesellschaftliches Leben in Lyck“. Referenten sind Gerd Bandilla, Günter Donder und Peter Dziengel. Das genaue Programm des Seminars kann bei Gerd Bandilla, St.-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt, Telefon (02235) 77394, angefordert werden. Die Teilnahmegebühr für das Seminar beträgt 50 Euro pro Person. Die anfallenden Fahrkosten (Bundesbahn oder 20 Cent pro Kilometer) werden erstattet. Interessierte melden sich bitte bis zum 26. Januar bei Gerd Bandilla.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Rückblick und Ausschau

Sehr verehrte Freunde und Förderer der Sensburger Deutschen Gesellschaft „Bärentatze“, liebe Freunde der Heimat, am Jahresanfang gehen unsere Gedanken weit zurück. Wir lassen ihnen freien Lauf. Wir erinnern uns an Menschen, die uns nahestanden, die zu unserem Heimatkreis gehörten. Es gibt sie nicht mehr an unserer Seite. Unsere Kreisgemeinschaft ist kleiner geworden. Wir müssen es verkraften, dass unsere Möglichkeiten geringer geworden sind. Auch unsere Hilfsaktionen fallen kärglicher aus. Doch wir lassen uns nicht entmutigen und resignieren nicht. Besonders die Älteren unter uns sehen in diesen Tagen rückblickend den in der Heimat erlebten Zeitraum. Denn Heimat bleibt unvergessen. In dieser Zeit gedenken wir in besonderer Weise auch der Menschen, die wir als in der Heimat Verbliebene kennen. Auch ihre Anzahl verringerte sich enorm. Sie in unser Hilfsprogramm einzubinden, bleibt uns weiterhin ein besonderes Anliegen. So wie wir ihnen in den vergangenen Jahren hilfreich zur Seite standen, wollen wir weiterhin einsatzbereit ihrer gedenken und ihnen dadurch die Gewissheit vermitteln, dass sie als Landsleute zu uns gehören, sich mit uns verbunden wissen sollen. So wenden wir uns an Sie alle, die Sie seit Jahren mit Ihren Geldspenden dazu beitrugen, die Gemeinschaft zu den Heimatverbliebenen zu stärken, zu erhalten und nicht erlöschen zu lassen. Unterstützen Sie bitte, mit ihrer durch Sie persönlich festzulegenden Spende als Jahresbeitrag ihrer Mitgliedschaft, unser weiteres Humanitäres Hilfsprogramm. Alle, die bereits einen Beitrag mit dem überwiesenen Geldbetrag im Jahr 2013 für unsere Sensburger Deutsche Gesellschaft „Bärentatze“ getätigt haben, sollen diese Zeilen als Information und gleichzeitig Dank für die großzügige Hilfe betrachten. Natürlich sind weitere Zuwendungen jederzeit willkommen. In unseren Reihen schlummern noch genügend Kräfte, die geweckt und eingesetzt werden könnten. Vielleicht entdecken Sie hier und da Menschen der Heimat, die bereitwillig wären, aktiv in unsere Heimatarbeit einzusteigen oder unsere Bemühungen zu unterstützen. Auch der Hinweis auf die bestehende Möglichkeit eines Beitritts zu unserem Fördererkreis könnte Früchte tragen. Denn, je größer die Gruppe der Willigen, desto breiter die Palette unserer Hilfsangebote. Und seien Sie versichert: Ihre Gelder werden stets zweckgebunden zugunsten der bedürftigen und schwerkranken Deutschen im gesamten Kreis Sensburg eingesetzt. Abschließend weisen wir auf unser Jubiläums-Kreistreffen am 16./17. August 2014 in Remscheid hin, mit der Bitte, alle Kräfte für die zu erwartende große Begegnung zu mobilisieren. Zum 50. Mal werden sich die Menschen aus dem Kreis Sensburg zu einem großen Beisammensein vereinen, um ihrer verlorenen Heimat zu gedenken. Als Festredner für die Feierstunde am Sonntag hat der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, seine Bereitschaft erklärt. Aus Sensburg erwarten wir einen Bus mit vielen Gästen, darunter auch die Singegruppe „Masurenklang“ aus Peitschendorf. Wir wünschen Ihnen alles Gute für Gesundheit und Wohlergehen im Jahr 2014.

Manfred Buchholz
Beauftragter für die Sensburger Deutsche Gesellschaft „Bärentatze“



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Heimatreisen 2014

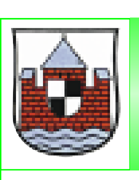
Unsere Reisen in die Heimat haben nach wie vor einen großen Anklang bei den begeisterten Mitreisenden gefunden. Die Kreisgemeinschaft bietet auch in 2014 wieder zwei Reisen in modernen Fernreisebussen nach Ostpreußen an.

Neuntägige Reise Eva Lüders

Eine neuntägige Schiffs- und Busreise nach Tilsit-Ragnit und Masuren findet unter der Leitung von Eva Lüders in der Zeit vom 8. bis zum 16. Juli statt. Mit dem Bus geht es zunächst von Hannover nach Kiel, mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute. In Kiel erfolgt die Einschiffung nach Memel (Klaipeda). Am frühen Nachmittag des zweiten Tages legt das Schiff in Memel an, es folgt eine Führung durch die historische Stadt mit dem Wahrzeichen Memels, der Figur Ännchen von Tharau auf dem Theaterplatz. Nach der Übernachtung in Memel fahren Sie mit dem Bus zu einem Ortsrundgang durch Nidden und einer Stadtrundfahrt durch Königsberg, Sie übernachten in Tilsit. Am vierten Tag steht eine ganztägige Rundfahrt durch den Kreis Tilsit-Ragnit auf dem Programm, die genaue Route wird nach den Wünschen der Reisegruppe festgelegt. Die Ruine der Ordensburg in Ragnit, das Museum in Breitenstein und das Haus „Schillen“ sind hierbei beliebte Ziele. Der Tag endet mit einer Stadtführung in Tilsit. Der nächste Tag steht als „Taxitag“ zu Ihrer freien Verfügung. Sie können Ihre Heimatorte, beziehungsweise die Stellen, wo diese einmal existiert hatten, besuchen. Alternativ wird eine Rundreise durch das nördliche Ostpreußen angeboten. Die Reise wird mit einer Fahrt über die russisch-polnische Grenze in das Land der großen Seen und dunklen Wälder, Masuren, fortgesetzt. Die Jägerhöhe bei Angerburg, die „Sommerhauptstadt“ Masurens, Lötzen und die Klosterkirche „Heiligelinde“ sind hier die ersten Ziele. Übernachtung in Nikolaiken, wo Ihnen der nächste Vormittag im schönsten Ferienort Masurens zur freien Verfügung steht. Am Nachmittag können Sie das Philliponenkloster bei Eckertsdorf besichtigen und am Abend eine masurische Bauernhochzeit erleben. Am achten Reisetag steht mit einer Schiffsfahrt auf dem Oberländer Kanal eine ingenieurtechnische Meisterleistung des 19. Jahrhunderts auf dem Programm. Hier überwinden Schiffe auf der Strecke zwischen Buchwalde und Elbing den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Nach der letzten Übernachtung in einem pommerschen Schlosshotel bei Köslin erfolgt die Rückreise nach Deutschland. Ausführliche Informationen sind bei der Reiseleiterin Eva Lüders, Kührener Straße 1b, 24211 Preetz, Telefon (04342) 5335 oder dem Reiseveranstalter Partner-Reisen, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940 erhältlich.

Zehntägige Reise Heiner Coenen

Unter der Reiseleitung von Heiner Coenen (Nachfolger von K.-D. Metschulat) ist eine zehntägige Ostpreußenreise vom 24. Juli bis zum 2. August in das Königsberger Gebiet und nach Masuren vorgesehen. Diese erlebnisreiche Reise mit den vielen Sehenswürdigkeiten beginnt in Mönchengladbach-Rheydt mit Zusteigemöglichkeiten in Dortmund, Bielefeld, Hannover und Berlin sowie an den Raststätten entlang der Autobahnstrecke. Übernachtung in Posen. Am nächsten Tag geht es weiter über Frauenburg ins Königsberger Gebiet nach Tilsit zum Hotel Rossija. Wir werden hier für zwei Tage Station machen. Sie haben Gelegenheit, Ihre Heimatdörfer zu besuchen. Taxen können vermittelt werden. Alternativ bieten wir eine sehenswerte Rundreise an. Nach einer Stadtbesichtigung von Tilsit führt uns die Fahrt zum weitbekannten ostpreußischen Heimatmuseum nach Breitenstein, weiter zum Gestüt Georgenburg, nach Insterburg, Gumbinnen (Salzburger Kirche), Schlossberg und wieder zurück nach Tilsit. Am folgenden Tag fahren wir zunächst auf die Kurische Nehrung zur mächtigen Epha-Düne, um dann die Vogelwarte Rossitten aufzusuchen. Danach bringt uns der Bus nach Königsberg. Es folgt eine Stadtrundfahrt, bei der Sie zahlreiche Sehenswürdigkeiten gezeigt bekommen, unter anderem wird der Königsberger Dom besichtigt. Anschließend geht es zurück nach Tilsit. Am fünften Tag beginnt die Reise in das wunderschöne Masuren zu unserem Hotel nach Sensburg. In den nächsten beiden Tagen fahren wir zu den schönsten Stellen Masurens. So zur berühmten Wallfahrtskirche Heiligelinde, zum ehemaligen Besitz der Grafen von Lehndorf nach Steinort, nach Rastenburg und Lötzen, sowie auch zum Geburtsort des bekannten masurischen Schriftstellers Ernst Wichert. Ab Nikolaiken ist eine Schifffahrt geplant. Ebenso unternehmen wir eine Kutschenfahrt durch ein Naturschutzgebiet nach Kruttinnen. Hier folgt eine Stakenfahrt auf dem schönsten Fluss Masurens, der Kruttinna. Der Tag klingt mit einem rustikalen Grillfest aus. Am achten Tag fahren wir über Allenstein zur Übernachtung nach Danzig. Unterwegs werden wir die Marienburg besichtigen. Am nächsten Morgen besichtigen wir durch einen Altstadtrundgang die einzigartige und kulturhistorische Stadt Danzig. Danach beginnt die Rückreise zur letzten Übernachtung in Stettin. Mit den gleichen Haltestellen wie auf der Hinfahrt fahren wir am nächsten Tag nach Hause. Weitere ausführliche Informationen vermittelt Heiner Coenen, Maarstraße 15, Geilenkirchen, Telefon (02462) 3087 oder Ostreisen GmbH, Paulinenstr. 29, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 2882600.



TILSIT–STADT

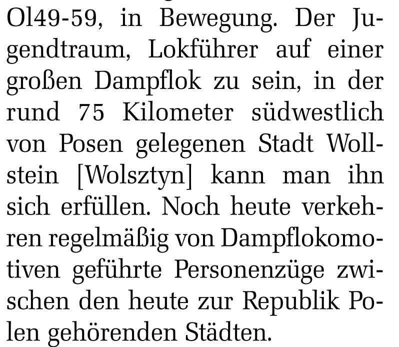
Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Herzog-Albrecht -Schule

Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17./18.Mai in Kassel wird ein bedeutendes Ereignis sein. Wir wollen die Gelegenheit nutzen, um unser diesjähriges Schultreffen damit zu verbinden. So wäre ein Ablauf denkbar: Anreise am 15. Mai, um 18 Uhr, Regularien und gemütliches Beisammensein. Am 16. Mai Stadtrundfahrt mit Stadtführung durch Kassel, nachmittags zur freien Verfügung. Um kurzfristige Rückantwort zu dem Vorschlag wegen einer Zimmerreservierung wird gebeten an Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastraße 13, 01099 Dresden, Telefon (0351) 8037740.

Einmal Lokführer sein

Zwischen Wollstein und Posen dienen Dampfloks im Regelverkehr



Mit Volldampf voraus: Lok der Wollsteiner Eisenbahngesellschaft Bild: mef

Die Dampfpfeife der Lok ertönt, der Dampf zischt in die Zylinder, die er in Bewegung setzt und aus denen er nach getaner Arbeit in Schwaden entweicht. Puffend und immer schneller werdend setzt sich der Personenzug, bespannt mit der 1953 von Fablok-Chrzanów für die Polnische Staatsbahn gebauten betriebsfähigen Ol49-59, in Bewegung. Der Jugendtraum, Lokführer auf einer großen Dampflok zu sein, in der rund 75 Kilometer südwestlich von Posen gelegenen Stadt Wollstein (Wolsztyn) kann man ihn sich erfüllen. Noch heute verkehren regelmäßig von Dampflokomotiven geführte Personenzüge zwischen den heute zur Republik Polen gehörenden Städten.

Als beide Städte noch preußisch waren, im Jahre 1884, wurde die Bahnstrecke Wollstein–Bentschen eröffnet, in Wollstein wurde für den Betriebsablauf ein Bahnbetriebswerk zur Wartung von Lokomotiven und Wagen errichtet. 1894 konnte man nach Lissa reisen, seit 1898 nach Grätz und weiter nach Posen. Im gleichen Jahr kam noch die Strecke nach Züllichau hinzu. Die letzte Bahnstrecke nach Neusalz an der Oder war 1908 fertig.

Zuerst wurde ein kleiner vierständiger Lokschuppen errichtet. Erst 1909 wurde dieser auf acht Stände erweitert. Bis heute befinden sich in Wollstein die 1901 gebauten Wasserkräne, mit denen die Dampflokomotiven Wasser fassen können. Die Drehscheibe vor dem Schuppen wurde 1908 erbaut. Die damals 16 Meter lange Scheibe wurde 1949 zuerst auf 20 Meter und im Juli 2002 auf 20,5 Meter verlängert, sodass die letzte der nur in zwei Exemplaren hergestellten und mit 140 Kilometern pro Stunde schnellste Dampflok Polens, die Pm36-2, gedreht werden kann.

Das Betriebswerk gehört heute der Güterzugsparte PKP-Cargo der Polnischen Staatsbahnen und verfügt über 30 Dampflokomotiven verschiedenster Baureihen, von denen mehrere betriebsfähig sind. Einige davon bieten aufgrund einer Vereinbarung mit der britischen Gesellschaft „Wolsztyn Experience“ die seltene Möglichkeit, nach Einführung in die Dampfloktechnik am „lebenden Objekt“ selbst am Regler einer Dampflok zu stehen und im Beisein des polnischen Lokführers Planzüge, die nach wie vor im täglichen Betrieb nach Posen eingesetzt sind, mit einer Geschwindigkeit von bis zu 100 Kilometern pro Stunde zu führen. Damit ist Wollstein das letzte Bahnbetriebswerk einer europäischen Staatsbahn, auf der normalspurige Dampflokomotiven im Regelverkehr eingesetzt werden.

Im Betriebswerk kann man für ein geringes Eintrittsgeld den Lokomotivschlossern im Lokschuppen bei der Arbeit zusehen. Ein Teil des Verwaltungsgebäudes wurde zu einem Museum umfunktioniert, wo die Büroeinrichtung des Bahnhofsvorstehers, ein alter Fahrkartenschalter, technische Vorrichtungen von Dampflokomotiven wie Geschwindigkeitsmesser von verschiedenen Herstellern und unterschiedlicher Bauart als auch Gerätschaften des Eisenbahnfernmeldewesens wie Streckenfernsprecher und Bahnhofstelefone zu sehen sind. Es gibt darüber hinaus Gegenstände der täglichen Streckeninspektion sowie Fahrbetriebssicherungsanlagen, technische Ausrüstung von Bahnübergängen und Stellwerken, Schienensystemen, Lampen und Weichenlaternen zu sehen.

> Neben Besuch des Museums Schlosser beim Arbeiten sehen

Die Museumsräume enthalten darüber hinaus den Originalbauplan zum Ausbau des Rundschuppens von einer vier- zu einer achtständigen Halle. Dieser Plan stammt aus dem Jahre 1909 und wurde von der Königlich Preußischen Staatseisenbahndirektion genehmigt.

Dies alles wird durch eine Sammlung von Eisenbahndokumenten wie Diensttelegrammen, Dokumentationen aus Wagenmeisterbüros und Wagenverzeichnissen, die seit dem Jahr 1887 datiert und aufgelistet sind, ergänzt.

Im Freigelände sind neben den im Betrieb befindlichen Bekohlungsanlagen zahlreiche Originalexponate wie die Ok1-322, eine 1921 von Linke-Hoffmann erbaute deutsche Personenzuglok der Baureihe P8 (38 3192), die Ty1-76, eine ebenfalls von Linke 1919 gebaute Güterzuglok der Baureihe G12 (58 1297), die erste polnische Personenzuglok von 1929, die Ok22-31 und weitere Lokomotiven zu sehen. Die Palette der Dampfloks ergänzen zwei- und dreiachsige historische Personenzugwagen aus den Jahren 1903 bis 1930, verschiedene Spezialfahrzeuge wie der auf einem Tender einer deutschen Lokomotive der Baureihe P2 von 1883 aufgebaute Schneepflug, eine Dampfspeicherlok von 1912 wie auch ein Kranwagen mit Handantrieb von 1913, Draisinen, Güterwagen sowie Radsatzdrehmaschinen.

Wollstein besaß schon um 1424 Marktrechte. 1793 kam die Stadt an Preußen und gehörte ab 1807 zum Herzogtum Warschau. Ein Stadtbrand zerstörte die Stadt 1810 zu großen Teilen. Von 1815 bis 1920 gehörte die Stadt zur Provinz Posen, mit Unterbrechungen war sie Kreissitz des Landkreises Bomst und wurde dann polnisch. Von 1939 bis 1945 war Wollstein Kreissitz des gleichnamigen Landkreises im Reichsgau Wartheland. Wohl berühmtester Bewohner der Stadt war von 1872 bis 1880 der weltbekannte Nobelpreisträger Robert Koch, der hier in dieser Zeit als Kreisphysikus (Kreisarzt) des Landkreises Bomst tätig war und 1905 den „Nobelpreis für Physiologie oder Medizin“ erhielt.

Manfred E. Fritsche

Große Verdienste

LO trauert um Sergej Serebrjakow

Die Landsmannschaft Ostpreußen trauert um Sergej Serebrjakow, der am 12. Dezmber 2013 nach kurzer schwerer Krankheit in Königsberg im Alter von nur 54 Jahren verstorben ist.

Sergej Serebrjakow ist Hunderten heimattreuen und -aktiven Ostpreußen bekannt und für die Landsmannschaft Ostpreußen eine feste Größe gewesen. Er hat seit der Wendezeit als Reisebegleiter, Chauffeur, Dolmetscher und Unterhändler bei Verhandlungen aller Art mit öffentlichen, kommunalen, kirchlichen und privaten Einrichtungen sowohl für Kreisgemeinschaften und Amtsträger der Landsmannschaft Ostpreußen als auch für Private gewirkt. Ihm gelang es nahezu ausnahmslos, Pfade zu finden und Verbindungen zu knüpfen, wo viele andere längst aufgegeben hatten. Schon Anfang der 90er Jahre begleitete er den heutigen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen eine Woche durch das Königsberger Gebiet – unerkannt an russischen Posten vorbei bis auf die Hirschbrücke in Kaiserlich Rominten.



Sergej Serebrjakow Bild: PAZ

Große Verdienste erwarb er sich als Begleiter von Hilfstransporten mehrerer Kreisgemeinschaften in das Königsberger Gebiet. 1994 wurde er mit der Verdienstmedaille der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen ausgezeichnet.

Der Tod von Sergej Serebrjakow reißt eine nur schwer zu schließende Lücke. Die Landsmannschaft Ostpreußen wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. *PAZ*

Ostpreußisches Landesmuseum

Dienstag, 21. Januar, 14.30 Uhr: **Eine Wurzel in Elbing – ein persönlicher Familienrückblick**

Jürgen Enke berichtet über das familiäre Umfeld der Mutter in Elbing vor 1945 und über die Erfahrungen seines Vaters. Beide Prägungen aus dem Osten wirken sich bis heute in der Familie aus. Die Mutter Enkes, geboren und aufgewachsen am Frischen Haff, flüchtete 1944 aus Elbing nach Berlin. Der Vater, 1925 in Frankfurt am Main geboren, verbrachte zunächst zwei Jahre als Kriegsteilnehmer, bis er 1945 in Posen in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet.

Jürgen Enke, Jahrgang 1954, verbrachte seine Kindheit in Köln und lebt seit 30 Jahren in Lüneburg. Er ist als Diplom-Sozialarbeiter bei der Arbeiterwohlfahrt tätig.

Im Anschluss an dem Vortrag gibt es ein gemütliches Beisammensein mit Gesprächen, Tee, Kaffee und Gebäck. Eintritt fünf Euro (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck).

Reservierung unter Telefon (04131) 75995-0 oder info@ollg.de. *OL*

Symbol des Ordens

Studien über Bedeutung der Marienburg

Im dem Sammelband „Die Marienburg. Vom Machtzentrum des Deutschen Ordens zum mitteleuropäischen Erinnerungsort“ sind die Referate einer interdisziplinären wissenschaftlichen Tagung enthalten, die 2011 an der Universität Vechta abgehalten wurde. Die abgedruckten 14 Referate spiegeln die abwechslungsreiche Geschichte der westpreußischen Marienburg, einer der größten europäischen Festungsanlagen im Mittelalter, wider.

Klaus Militzer schildert die Rolle der Burg als „Zentrale des Deutschen Ordens“ im 14. und 15. Jahrhundert, während Bernd Ulrich Hucker die Funktion der Marienburg im Burgenbauprogramm und in der religiös geprägten Symbolik des Deutschen Ordens abhandelt. Für die Polen, gerade zu Zeiten der Polnischen Teilung im 19. Jahrhundert, war die Marienburg natürlich ein feindselig beäugtes Symbol einstiger und gegenwärtiger deutscher Herrschaft, wie der Warschauer Historiker Pawel Kosinski anhand der Eindrücke polnischer Marienburg-Besucher klarstellt.

Wissenschaftlich dünn geraten wirkt dagegen der Beitrag der litauischen Germanistin Sigita Barnaskiene über die Beschreibung der Marienburg in Ernst Wiecherts Roman „Heinrich von Plauen“. Die beiden wohl interessantesten Beiträge haben indes die polnischen beziehungsweise deutschen Historiker Tomasz Torbus und Lukas Aufgebauer/Izabela Mittwollen-Stefaniak mit ihren Aufsätzen zur Geschichte und musealen Nutzung der Marienburg nach dem Jahr 1945 verfasst. Im Januar/Februar 1945 wurde die Marienburg von der Artillerie der sowjetischen 2. Stoßarmee schwer zusammengeschossen, wobei deren Artilleriechef General Konstantin Kazakow die Festigkeit der Mauern der alten Ritterburg selbst gegenüber modernen Geschützen ungemein imponierte. Polnischerseits erhoben sich 1945/46 unverzüglich chauvinistische Stimmen, jenes stark angeschlagene Symbol des polenfeindlichen Deutschritterordens vollends abzutragen. Sie fanden glücklicherweise damals keine Beachtung. Zur weiteren Verschlechterung des Zustandes der als eine Art Freilichtmuseum genutzten Ruinen trug der verheerende Brand von 1959 bei, welcher aufgrund defekter elektrischer Kabel entstand. Doch ausgerechnet danach entwickelten sich ernsthafte polnische Bestrebungen zum vollständigen Wiederaufbau der Burg und am 1. Januar 1961 begann man mit der Rekonstruktion, deren Ergebnisse man heute mit Freude bewundern kann. Dies ist umso bemerkenswerter, weil zur selben Zeit im russischen Teil Ostpreußens mit den Überresten einstiger Deutschordensburgen (Königsberg, Lochstedt) per Sprengung radikal aufgeräumt wurde. Nunmehr besuchen über 400 000 Menschen jährlich die Marienburg und seit 2000 findet auch alljährlich ein großes Historienspektakel „Die Belagerung der Marienburg“ statt.

Die Marienburg besitzt sowohl für die Deutschen wie für die Polen große historische Bedeutung. Diese Bedeutung für die Vergangenheit und Gegenwart aufzuzeigen, war das Ziel des Sammelbandes und das ist den Herausgebern auch gelungen. *Jürgen W. Schmidt*

Bernd Ulrich Hucker/Eugen Kotte/Christine Vogel (Hrsg.): „Die Marienburg. Vom Machtzentrum des Deutschen Ordens zum mitteleuropäischen Erinnerungsort“, *Ferdinand Schöningh, Paderborn 2013, geb., 243 Seiten, 34,90 Euro*

Auf Spurensuche

Ellingen hilft bei Ausstellung in Riesenburg

In Verhandlung: Riesenburgs Bürgermeister Bogdan Pawlowski, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, und Dolmetscherin Gabriela Czarkowska-Kusajda (v.l.n.r.) Bild: mef

Riesenburg möchte mehr von seiner deutschen Geschichte wissen: Die Stadt mit Sitz einer Stadt- und Landgemeinde im Südosten der polnischen Wojewodschaft Pomorskie und zum Powiat Kwidzynski gehörend, wurde 1250 erstmals erwähnt und diente ab 1277 dem Bischof Albert (1259–1286) des Bistums Pomesanien als Residenz.

Die Stadt kam im Zweiten Frieden von Thorn 1466 zusammen mit dem weltlichen Teil des Bistums Pomesanien zum Herzogtum Preußen. Bis 1523 blieb Riesenburg Residenzstadt des Bischofs von Pomesanien.

Riesenburg wurde ein eigener Amtsbezirk mit Sitz eines Standesamtes und eines Amtsgerichtes im Landkreis Rosenberg in Westpreußen, Regierungsbezirk Marienwerder der preußischen Provinz Westpreußen. Von 1919 bis 1939 gehörte es zum Regierungsbezirk Westpreußen in der Provinz Ostpreußen.

Von 1939 bis 1945 war es wieder in den Regierungsbezirk Marienwerder integriert, allerdings jetzt im Reichsgau Danzig-Westpreußen.

Seit 1945 gehört die nun Prabuty genannte Stadt zu Polen, nachdem sie im Krieg bis zu 90 Prozent zerstört wurde. Sie zählte 2012 rund 8500 Einwohner.

Nachdem nun viele Sehenswürdigkeiten Riesenburgs, wie der Dom, der Rolandbrunnen und die unterirdischen Wasserleitungen, hergerichtet sind, hat sich Bürgermeister Bogdan Pawlowski an das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen gewandt.

Bürgermeister will Geschichte der Stadt bekannter machen

Damit verbunden war die Bitte, der heute polnischsprachigen Bevölkerung einen Abriss ihrer jahrhundertealten Geschichte in Form einer Ausstellung zu ermöglichen. Dazu fanden nun in Riesenburg erste Vorgespräche statt. Im ersten Arbeitsgespräch mit dem Bürgermeister und seinen für die Finanzen und für Kultur zuständigen Mitarbeitern wurde vereinbart, dass die Stadt im Jahre 2015 mit einer Ausstellung in Form von Bildtafeln rechnen kann.

Für die stilvolle Präsentation steht die restaurierte ehemalige „Polnische Kirche“ zur Verfügung, in der schon seit einigen Jahren ein Heimatmuseum eingerichtet war. Mit entsprechenden historischen Gegenständen, die die Stadt in ihren Beständen hat, steht den Einwohnern und Gästen dann eine Präsentation der über 800-jährigen Geschichte zur Verfügung. *mef*

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

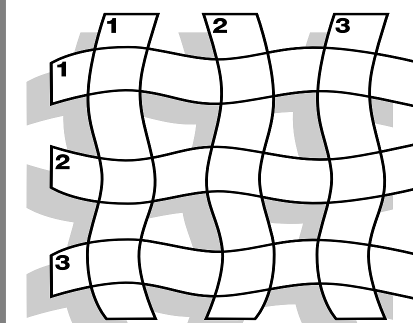
EEGIL, EELR, AENST, AMMSU, AIMM, DINO, EEGR, AMOR, EILLP, ADEMNO, AEEGGIMRU, ERST, EIMN

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein dünnes Deckblatt aus Holz.

1	SCHRANK	TRAEGER
2	KURZ	EFFEKT
3	SCHACH	REITER
4	PLATZ	HASE
5	BUERGER	BRIEF
6	FUEHRER	HEILIG
7	REGEN	MUETZE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Ärgernis, Eklat
2 Vertrauensmissbrauch
3 osteuropäische Landschaft

PAZ14_01

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Koffer, 2. Schluss, 3. Turnier, 4. Angst, 5. Meister, 6. Schein, 7. Schirm – Furnier

Magisch: 1. Skandal, 2. Untreue, 3. Masuren

Gemeinsam in die Zukunft schauen

Museum Stadt Königsberg soll im Ostpreußischen Landesmuseum eine neue Heimat finden



Leitet seit 25 Jahren das Museum Stadt Königsberg ehrenamtlich: Lorenz Grimoni Bild: MRK

In diesem Jahr wird die Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) 65 Jahre alt. Im Herbst 2012 konnte mit der Patenstadt Duisburg das 60. Patenschaftsjubiläum feierlich begangen werden. Diese Jahreszahlen lassen erkennen, dass sie nicht ohne Weiteres in die Zukunft verlängert werden können. Mit der Zeit ändern sich mehr und mehr die Verhältnisse, und so müssen die enger werdenden Gestaltungsmöglichkeiten verantwortlich überdacht werden.

Die Stadt Duisburg plant ein Dokumentationszentrum über den Nationalsozialismus und die Judenverfolgung in Duisburg innerhalb des Kultur- und Stadthistorischen Museums. Nachdem der Vorstand der Stadtgemeinschaft von diesen Plänen gehört hatte, in denen auch die Räumlichkeiten des Königsberger Museums beansprucht werden, wurde diese Sachlage nach eingehender Diskussion in der Tagung der Stadtvertreter im März 2013 berichtet.

Dort wurde auch die Situation des Museums dargestellt und diskutiert. Das seit 1968 bestehende Museum ist in rein ehrenamtlicher Arbeit, während der letzten 25 Jahre unter der Leitung von Lorenz Grimoni, aufgebaut worden und wird ausschließlich aus Spenden der Leserinnen und Leser des Königsberger Bürgerbriefes finanziert, ohne jede institutionelle Förderung durch öffentliche Stellen. Nur hin und wieder werden Projekte wie das Begleitbuch zur Kant-Ausstellung 2010 unterstützt. Auf dieser Grundlage – Ehrenamt und Spenden – ist ein Museum entstanden, das zum Nationalen Kulturerbe Deutschlands zählt, also einen hohen Rang in der deutschen Museumslandschaft einnimmt. Die Stadtvertretung kam deswegen zu dem Ergebnis: Das Museum Stadt Königsberg bedarf als Nationales Deutsches Kulturerbe in Zukunft institutioneller Förderung und professioneller Betreuung.

Mit diesem Beschluss wurde zunächst in Gesprächen mit der Stadt Duisburg die Sachlage geklärt. Oberbürgermeister Sören Link bestätigte am 17. Mai 2013 Vertretern des Königsberger Vorstandes die Pläne der Stadt. Zugleich bekannte er sich zum Fortbestand der Patenschaft und sicherte die Aufrechterhaltung eines Patenschaftsbüros zu. Bezüglich des Museums stellte er dem Vorstand die Frage, ob die Königsberger sich auch einen anderen Standort als Duisburg denken könnten. Er setze die Königsberger nicht unter Druck und sei auch für Alternativen offen. Zudem bot er den Königsbergern Unterstützung an.

Der zweite Schritt war der vom Justitiar der Königsberger, Dr. Christean Wagner, ermöglichte Kontakt mit der Bundesregierung. Nach einer Grundsatzentscheidung der damaligen rot-grünen Bundesregierung wurde die institutionelle Förderung von Einrichtungen ostdeutscher Kultur im Jahre 2000 auf je ein Museum für die ostdeutschen Landschaften der Vertriebenen und Flüchtlinge reduziert. Für die Ostpreußen ist dieses Museum das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg mit dem Archiv in Ellingen. Nach der Prüfung verschiedener Alternativen hatte deswegen der Vorstand der Stadtgemeinschaft der Stadtvertretung im März vorgeschlagen, zu sondieren, welche Möglichkeiten bestehen, das Museum Stadt Königsberg in das Ostpreußische Landesmuseum zu integrieren.

Diese Frage hat der Stadtvorsitzende Klaus Weigelt am 28. Mai 2013 in Berlin mit dem damaligen Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), Staatsminister Bernd Neumann MdB, ausführlich erörtert. Neumann hat die Überlegungen hinsichtlich einer Integration des Königsberger Museums in das Ostpreußische Landesmuseum grundsätzlich begrüßt und Unterstützung zugesagt. Er empfahl, eine Planungsstudie im Ministerium des BKM zu beantragen, um die zeitliche Perspektive der Planungen und den Kostenrahmen abschätzen zu können. Außerdem empfahl er, mit der Ostpreußischen Kulturstiftung Gespräche aufzunehmen. Insgesamt zeigte sich der damalige Minister sehr beeindruckt von der Qualität und dem Niveau des Museums und bezeichnete es im Gespräch mehrfach als bedeutendes Nationales Kulturerbe. Wörtlich sagte er: „Mit Ihrem Besuch bei mir ist das Museum Stadt Königsberg auf der Ebene des Bundeskabinetts angekommen!“

Patenschaftsbüro Duisburg bleibt langfristig erhalten

Nach dem Ministergespräch fand mit der Ostpreußischen Kulturstiftung ein erstes Gespräch am 11. Juli 2013 in Lüneburg statt. An diesem Gespräch nahmen von Seiten der Kulturstiftung deren Stiftungsratsvorsitzender, Wilhelm von Gottberg, sein Stellvertreter Hubertus Hilgendorff, der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes Rolf-Dieter Carl, und der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums Dr. Joachim Mähnert, teil. Die Stadtgemeinschaft und die Stiftung Königsberg waren durch den Vorsitzenden, Klaus Weigelt, und den Leiter des Museums, Lorenz Grimoni, vertreten.

In dem harmonischen und einvernehmlichen Gespräch wurde ein „Letter of Intent“ (Absichtserklärung) verabschiedet, in dem bereits einzelne konkrete Themen angesprochen und der Zeitrahmen einer Lösung für die anstehenden Fragen bis Ende 2015 gesetzt wurde.

Seit dem Sommer 2013 haben die beiden Museumsdirektoren, Dr. Joachim Mähnert und Lorenz Grimoni, den Antrag mit umfangreichen Anlagen für die notwendige Projektstudie vorbereitet und unterschriftsreif gestaltet. Der Antrag wurde im vierten Quartal 2013 beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) eingereicht. Im ersten Quartal 2014 kann mit der Genehmigung gerechnet werden.

Wie geht es nun weiter? Anders als es gerüchteweise verbreitet wurde, packen die Königsberger nicht morgen die Koffer und verschwinden aus Duisburg. Die Königsberger verschwinden überhaupt nicht aus Duisburg, sondern bleiben auf jeden Fall über das von Oberbürgermeister Link zugesicherte Patenschaftsbüro langfristig in Duisburg erreichbar. Das Museum bleibt auch vorerst in Duisburg, denn es sind noch viele Gespräche und Vorarbeiten notwendig, bis tragfähige Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden können. Wer das Museum kennt, der weiß, dass hier eine gigantische Aufgabe zu leisten ist. Und wer das Lüneburger Museum kennt, der weiß auch, dass dort Vieles geplant werden muss, um ein so großes Projekt wie die Integration eines bedeutenden Museums zu schultern. Der Zeitrahmen bis Ende 2015 ist knapp, aber realistisch.

Ende des Jahres 2013 kann erst einmal mit Genugtuung auf das, was in diesem Jahr erreicht werden konnte, geblickt werden. Vor allem freuen wir uns darüber, dass die Königsberger in der Lage sind, ihre Zukunft selbst zu gestalten; sie brauchen sich nicht von anderen vorschreiben lassen, was sie zu tun und zu lassen haben. Das genau war auch das Ziel des Vorstandes und der Stadtvertretung: Wir wollen handeln, solange wir noch durch die ideelle und finanzielle Unterstützung unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen dazu in der Lage sind. Und das wird gottlob noch einige Jahre der Fall sein! *K.W.*

Ostpreußisches Landesmuseum – Termine

Donnerstag, 23. Januar, 19 Uhr: **Neue Musik im Museum:** Dinge in Stükken und Stücke zu Dingen. Mit Andreas Peschka (Performance Art) und Helmut W. Erdmann (Flöten/Komposition). Zeigen ist die Hauptkommunikationsform des Künstlers: das Werk, sich, die Welt... was auch immer. Echtheit ist die erste Regel von Performance-Art (obwohl sie doch ständig verletzt wird). Helmut W. Erdmann: Transfiguration VIII (1994), 21 Stationen für einen Flötisten und Live-Elektronik. Kosten: 9/ermäßigt 6 Euro.

Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr: **„Gedächtnis und Gedenken. Orte des Holocaust in Niedersachsen“.** Vortrag von PD Dr. Habbo Knoch im Rahmen der Ausstellung „Alles brannte!“

Lange Zeit war der Holocaust in der Bundesrepublik ein tabuisiertes, fernes Ereignis. Seit etwa drei Jahrzehnten haben zahlreiche Initiativen auf die Verbrechen des Nationalsozialismus in Niedersachsen aufmerksam gemacht, indem sie historische Spuren wieder sichtbar gemacht haben. Damit ist vor Ort die europäische und globale Dimension und Bedeutung deutlich geworden. Wie verhalten sich vor diesem Hintergrund zukünftig Praktiken des Gedenkens und die historisch-politische Bewusstseinsbildung zueinander? Diesen Fragen wird sich PD Dr. Habbo Knoch, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, annehmen. Eintritt frei

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, E-Mail: presse@ol-lg.de

Spendenbox bald ein alter Hut?

Deutsche spenden jährlich Milliardenbeträge. Zunehmend auch übers Internet. Kommt das Geld auch an?

Vor Weihnachten wurde wieder eifrig gespendet: Unicef, SOS-Kinderdörfer, Brot für die Welt, Welthungerhilfe und so weiter. Doch die Bilanz zum Jahresanfang ist für klassische Hilfsorganisationen ernüchternd. Woran liegt das?

Die ARD-Fernsehlotterie ist nicht der einzige klassische Spendensammler, der unter sinkenden Einnahmen leidet. Auch die „Aktion Mensch“ musste bereits Anfang 2013 vermelden, dass sie in dem seit 2008 sinkenden Lotteriemarkt im Geschäftsjahr 2012 leicht sinkende Einnahmen verbuchen musste.

Überhaupt läuft es für alle jene Hilfswerke wie das Deutsche Rote Kreuz, örtliche Tierschutzvereine oder Wohlfahrtsverbände nur mäßig. Der Versuch, über den Versand von Überweisungsträgern und Bittbriefen Gelder zu erhalten, trägt immer seltener Früchte. Zwar sind 60 Prozent der Spender in Deutschland über 60 Jahre alt, doch auch viele von ihnen gehören inzwischen einer Generation an, die kritisch hinterfragt, wem sie wofür ihr Geld gibt und zudem für an Gewinnspiele gekoppelte Spenden immer seltener zu haben ist.

Und so wird zum Jahresanfang so manche traditionsreiche Hilfsorganisation eher enttäuscht sein, wenn sie für das Jahr 2013 Bilanz zieht. Dabei ist es keineswegs so, dass die Deutschen im abgelaufenen Jahr weniger gespendet hätten als sonst, sie spenden nur anders, vor allem projektbezogener. Dabei passen die älteren ihr Verhalten immer mehr den jüngeren an, was die klassischen Hilfswerke vor eine Herausforderung stellt. Zudem muss Gutes tun, nicht immer mit einer Geldspende einhergehen. Der Kauf von Fair-Trade-Waren, von Bio-Produkten und energiesparenden Geräten ist schon der erste Schritt. Ehrenamtliches Engagement ist eine andere Variante, um Gutes zu tun. Und wenn Geld gespendet wird, dann oft nur mit einem kritischen Blick auf die Hilfsorganisation. Kommt das Geld wirklich bei den Hilfsbedürftigen an?, fragen sich die Spender immer häufiger.



Die evangelikale Hilfsorganisation World Vision wirbt verstärkt mit Einzelschicksalen und dem DZI-Spendensiegel (rechts), das für Qualität bürgen soll Bild: World Vision

Für viele Deutsche ist das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) ein Gütezeichen, ähnlich aussagekräftig wie eine Plakette des TÜV. Doch im Rahmen der Bilanzfälschungsvorwürfe gegen den 1981 vom Schauspieler Karlheinz Böhm gegründeten Verein „Menschen für Menschen“ kam im vergangenen Jahr heraus, dass das DZI keineswegs uneigennützig prüft. Denn ein Spendensiegel erhält nur derjenige, der einen Antrag stellt und hierfür auch bezahlt. Neben einer Grundgebühr müssen 0,035 Prozent der gesamten Spendeneinnahmen an das DZI überwiesen werden. Dafür bestätigt es, dass laut den von den Hilfsorganisationen eingereichten Unterlagen, deren Verwaltungs- und Werbeausgaben nicht über 30 Prozent der Einnahmen verbrauchen, es ein Kontrollgremium gibt, das die Vergabe der Gelder überprüft und keine falschen Werbeaussagen getätigt werden. Diese Art der Kontrolle ist insoweit kritikwürdig, da die Analysen der Gutachter auf den Daten basieren, die die Organisationen ihnen liefern. Ob diese Daten immer richtig sind, ist ungewiss. Zudem würde ein Einzug des Gütesiegels auch bedeuten, dass das DZI einen zahlenden Kunden verliert.

Aufgrund dieser Kritikpunkte lassen sich nur 250 Hilfswerke vom DZI prüfen. Organisationen wie Greenpeace oder „Ein Herz für Kinder“ betonen, dass sie die Spendeneinnahmen lieber für ihre Projekte verwenden als für den Kauf eines Gütesiegels, dessen Aussagekraft begrenzt ist.

Die Online-Spendenplattform betterplace.org geht einen anderen Weg und lässt die Spender selber ihre Meinungen abgeben, was wiederum das DZI zu der Kritik veranlasste, dass ein derartiger Erfahrungsaustausch äußerst subjektiv sei. Trotzdem zieht betterplace.org immer mehr, vor allem junge Leute an. Die von einem Jura-Professor und mehreren ehemaligen Vorstandsmitgliedern großer Unternehmen 2007 gegründete Plattform, die keinerlei Gebühren von den dort vorgestellten Hilfsorganisationen verlangt, ist insoweit reizvoll, weil sie die Möglichkeit bietet, gezielt für ein Projekt zu spenden. Nach Rubriken und Themen geordnet, kann der potenzielle Spender sich Beschreibungen, Bilder und Kommentare zu den Projekten durchlesen und erfahren, wie viel Geld bereits gespendet wurde. Wer beispielsweise möchte, dass sein Geld einem Projekt in Berlin zugutekommt, kann zwischen unterschiedlichsten Hilfswerken wählen. Soll es ein Kinderhospiz sein, eine Ambulanz am Bahnhof Zoo, Hilfe für Obdachlose, ein Kunstprojekt der Giuseppe-Marcone-Stiftung, ein Straßenchor oder Hilfe für Geschwister sehr kranker Kinder? Es bringt richtig Spaß, sich die einzelnen Projekte anzuschauen und zu sehen, wo man konkret Gutes tun kann. Dass das Geld wirklich zum Großteil in die Hilfe fließt, ist jedoch auch hier nicht garantiert.

Und auch wenn Online-Spendenplattformen immer mehr junge Leute anziehen, so stellen sie wie zum Beispiel die „Ablass-App“ von betterplace.org, bei der man seinen jeweiligen Sünden gemäß speziellen Projekten Geld zukommen lassen kann, doch derzeit noch eine Nische dar. Vor allem regionale Sammelaktionen in Kombination mit Stadtfesten, Basaren oder ähnlichem verleiten viele zum Spenden. Auch international organisierte Spendensammelclubs wie die Lions oder der Rotary Club konkurrieren um das Geld der Spendenwilligen.

Um in diesem Wettbewerb bessere Karten zu haben, lässt die ARD-Fernsehlotterie künftig ihre Zahlenpräsentation von Hilfsbedürftigen präsentieren. Statt mehrere hunderttausend Euro pro Jahr für professionelle Moderatoren wie Frank Elstner oder Monica Lierhaus auszugeben, sollen nun Bedürftige ihr Gesicht zeigen. Auch die Fernsehlotterie hat erkannt, dass individuelle Schicksalsberichte die Spendenbereitschaft erhöhen. *Rebecca Bellano*

Kaum noch Zeit für Kinder

Eltern haben oft nur wenig Zeit für ihre Kinder, so lautet die mehrheitliche Meinung der Jugendlichen. 57 Prozent der 14- bis 17-Jährigen bezeichnen Zeitmangel ihrer Eltern als typisch für ihre Generation. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im Auftrag des Bremer Kaffeerösters Jacobs Krönung. Die Eltern gehen sogar noch härter mich sich ins Gericht: 68 Prozent der Mütter und Väter von Teenagern haben das Gefühl, zu wenig Zeit mit ihren Kindern zu verbringen.

„In vielen Familien beherrschen Termine und Alltagsstress den Tagesablauf. Das Familienleben bleibt dabei oftmals auf der Strekke“, kommentiert Diplom-Psychologe Michael Thiel. Dabei werden Mutter und Vater dringend gebraucht – insbesondere wenn die Kinder in der Pubertät sind. „Gerade in der Sturm-und-Drang-Phase entstehen häufig kleine Notsituationen – zum Beispiel bei Liebeskummer oder Stress in der Schule“, erklärt der Experte.

Beziehungspflege ist nicht nur in der Partnerschaft, sondern auch innerhalb der Familie ein Muss, weiß Thiel. „Wichtig ist, sich immer wieder aufs Neue kennenzulernen. Dafür müssen sich Eltern aber Zeit nehmen.“ Sein Rat: Familienzeit sollte fest in den Alltag eingebaut werden und regelmäßig stattfinden. Die beste Gelegenheit ist das gemeinsame Abendbrot mit der Familie. Laut der Studie ist das für 72 Prozent der Deutschen der schönste Glücksmoment im Familienleben. Aber auch einfach zusammenzusitzen, sich zu unterhalten oder das Frühstück am Wochenende werden von Jung und Alt gleichermaßen als Augenblicke der Geborgenheit und Nähe empfunden. „Es ist nicht entscheidend, wie viele Stunden eine Familie in der Woche miteinander verbringt. Vielmehr zählt der Wille, aufeinander zuzugehen und Momente für das Miteinander zu schaffen“, so der Psychologe. *tws*

Der Geschmack von Ostpreußen

Im Schleswig-Holsteinischen Itzehoe bewahrt das Café Königsberg ein Stück heimatliche Tradition des Ostens

Durch die Flüchtlingsströme aus dem Osten wuchs die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins zum Ende des Zweiten Weltkrieges um fast das Doppelte an. Viele blieben dort, und so finden sich heute noch viele lebendige Spuren ostpreußischer Geschichte im Stadtbild von Itzehoe, einer holsteinischen Kreisstadt mit etwa 33000 Einwohnern.

Nach dem zweiten Weltkrieg entstand der neue Stadtteil Tegelhörn für etwa 2000 neue Einwohner, zumeist Heimatvertriebene aus dem Osten. Auch die Straßennamen wie Königsberger Allee, Memeler Weg, Preußisch-Holland-Straße, Masurenweg und Ostlandplatz haben einen Bezug zu Ostpreußen. Seit 1953 besteht eine Patenschaft der Stadt für Preußisch Holland, seit 1990 ist Paslek, so lautet die heutige Bezeichnung, Partnerstadt von Itzehoe. Außerdem unterhält die Kreisgemeinschaft Preußisch Holland ein Museum im örtlichen Haus der Heimat.

Auch die 1916 gegründete Schwesternschaft des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Ostpreußen fand, nachdem sie ihr Stammhaus in Königsberg Ende des Zweiten Weltkrieges verlassen musste, in Itzehoe eine neue Heimat. Seit den Nachkriegsjahren ist die Schwesternschaft im südlichen Schleswig-Holstein weiterhin unter dem traditionellen Namen tätig. 1959 eröffneten die Schwestern des DRK-Ostpreußen e. V. in Itzehoe-Tegelhörn ein Feierabendheim für DRK-Schwestern im Ruhestand. Nun gehörten die Schwestern, immer in Tracht mit gestärkter Haube und grauem Mantel, noch mehr zum Straßenbild. Die Haube hatte eine besondere Bedeutung, wurden doch Frauen „unter die Haube gebracht“, und sie war so für die Schwestern als unverheiratete berufstätige Frauen ein Symbol. Die sieben Falten der Haube stehen für die sieben Grundsätze des Roten Kreuzes: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit, Universalität.

Nachdem das Feierabendheim geschlossen wurde, zogen die DRK-Schwestern Ende 2006 in das im modernen Stadtteil Klosterforst neu erbaute Cläre-Schmidt-Senioren-Centrum (CSSC), ein modernes Alten- und Pflegeheim nicht nur für Rotkreuz-Schwestern, das den neuesten Wohn- und Lebensstandards für Senioren und pflegebedürftige Menschen entspricht. Neben dem Seniorenheim betreiben die DRK-Schwestern auch einen ambulanten Pflegedienst als DRK-Schwesternschaft „mobil“. Die Schwestern des DRK-Ostpreußen e. V. stehen bis heute zu ihrem Namen – und so findet sich im Stadtbild von Itzehoe der Schriftzug mit ihrem Namen am Seniorenheim sichtbar direkt an der Hauptdurchgangsstraße.

Im Seniorenzentrum ist auch das öffentliche „Café Königsberg“, ein beliebter Treffpunkt nicht nur für die Bewohner des CSSC, sondern auch für Gäste von überallher, die die gemütliche Atmosphäre und die handgefertigten Spezialitäten aus Ostpreußen und Schleswig-Holstein nach Originalrezepten zu schätzen wissen. Der Vater des Inhabers Dr. Udo Pfahl (aus Wittgirren/Landkreis Labiau) hat in Tilsit das Bäcker- und Konditorenhandwerk gelernt und betrieb in Königsberg eine Bäckerei mit Café. Die Rezepturen wurden an den Sohn weitergegeben und mit Blick über den Tellerrand umgesetzt. So werden traditionelle Spezialitäten aus Ostpreußen und Schleswig-Holstein im Rhythmus der Jahreszeiten angeboten. Zur Speisekarte gehören „Altkönigsberger Eisbecher mit Bärenblutkirschen“ und „Königsberger Pflaumen-Schoko-Mohnkuchen“. Um diese Köstlichkeiten besser zu verdauen, gibt es „Bärenjäger“, „Trakehner Blut“, „Lorbass“ und „Danziger Goldwasser“.



Blick auf Ostpreußen: Café Königsberg in Itzehoe Bild: Café Königsberg

Auch am Bäckerei-Tresen gibt es eine riesige Auswahl an Brot, so auch Masurisches Kohlbrot, über 50 Sorten Brötchen und Kleingebäck. Das Cafe ist gemütlich und gediegen eingerichtet mit einer großen Landkarte von Ostpreußen, Elchschaufeln und vielen zeitgenössischen Fotos. In einem rustikalen Regal mit der Einprägung „Zum Belernen“ liegen aktuelle Heimatbriefe, der Königsberger Express und natürlich auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* aus, die hier auch käuflich erworben werden kann.

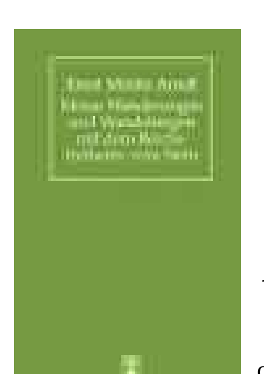
Ganz zukunftsweisend gibt sich das Café Königsberg bei der Ausbildung des Konditornachwuchses. So arbeitet dort als Juniorchef Fassihollah Rohparwar, der sich für ein duales Bachelor-Studium im Handwerk einschließlich Ausbildung zum Konditor und Fachverkäufer mit Schwerpunkt Bäckerei/Konditorei entschieden hat, das er mit Erfolg abgeschlossen hat. Außerdem ist er Stipendiat der Deutschlandstiftung Integration und wurde von der Hamburger Handwerkskammer als Vorbild für „Karriere und Ausbildung“ ausgewählt.

Kulinarisches Engagement zeigte das Café Königsberg auch bei den vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft veranstalteten Geschmackstagen Anfang Oktober, wo neue Spezialitäten kreiert wurden, um auf die Vielfalt der heimischen Küche hinzuweisen. Auch am bundesweiten Vorlesetag im November wurde im Café Königsberg ein buntes Programm geboten. Es wurde auch Geschichten auf Plattdeutsch und in ostpreußischer Mundart vorgelesen. Und so ist ein Stückchen von Ostpreußen und seiner kulinarischen Tradition heute noch in einer norddeutschen Kreisstadt zu erleben und zu genießen. *Britta Heitmann*

Mehr Lust auf Mineralwasser

Von wegen „Bier-Nation“. Die Deutschen greifen immer häufiger zur Mineralwasserflasche. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Mineral- und Heilwasser stieg im vergangenen Jahr um 1,6 Liter auf 140 Liter. Damit kann Mineralwasser seine Position als beliebtester Durstlöscher der Deutschen weiter behaupten. Laut Verband Deutscher Mineralbrunnen (VDM) füllten die deutschen Getränkelieferanten 2013 insgesamt 10,4 Milliarden Liter Mineral- und Heilwasser ab. Der Absatz wuchs im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozent. „Auch wenn es nur einen vergleichsweise kurzen Sommer gab, konnten die deutschen Mineralbrunnen ein Plus verzeichnen“, sagte VDM-Geschäftsführer Stefan Seip. „Die erfreuliche Entwicklung zeigt, dass Mineralwasser längst nicht mehr nur bei Hitze, sondern über das ganze Jahr hinweg in allen Lebenssituationen für Erfrischung sorgt.“

Mit einem Marktanteil von zusammen 84,7 Prozent sind Mineralwässer mit Kohlensäure (4380 Millionen Liter) und mit wenig Kohlensäure (4445 Millionen Liter) weiterhin besonders beliebt. Zugleich wächst der Absatz von Mineralwässern ohne Kohlensäure am stärksten und folgt damit dem Trend der letzten Jahre: Die stillen Mineralwässer konnten sich um 8,4 Prozent auf nunmehr 1315 Millionen Liter (Marktanteil: 12,6 Prozent) verbessern. Mineralwässer mit Aroma verzeichnen einen Marktanteil von 1,9 Prozent. Heilwässer liegen bei 0,8 Prozent. *tws*



Dem Reformer nahe

Arndt über Freiherr vom Stein

Sie wurden zum Inbegriff des Freiheitsstrebens in Deutschland: der Staatsmann und Reformer Freiherr vom Stein (1757–1831) und der Dichter der Freiheitskriege Ernst Moritz Arndt (1769–1860). Während der Freiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein nach wie vor zur Riege höchst angesehener Persönlichkeiten der deutschen Geschichte zählt, ist Arndt als politischer Schriftsteller und Vorkämpfer der Demokratie nicht unumstritten. Beide favorisierten nach dem Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 Erhebungspläne gegen Napoleon und mussten ins Ausland flüchten. Im Exil wandten sie sich gegen die „fremdherrschaftliche Bevormundung Deutschlands“ (Arndt) und propagierten die staatliche Einheit Deutschlands.

Unter diesem Vorzeichen fanden der Reichsfreiherr und der Sohn eines ehemaligen Leibeigenen kurz vor Beginn der Freiheitskriege zusammen. Im Mai 1812 hatte der russische Zar Alexander I. den vormaligen preußischen Staatsminister vom Stein zu seinem Berater berufen. Dieser lud Ernst Moritz Arndt, der nach dem Abzug der Franzosen aus Schwedisch-Pommern wieder kurzzeitig an der Universität Greifswald tätig gewesen war, zu sich nach St. Petersburg ein, um ihn als Privatsekretär zu beschäftigen. An seiner Seite wirkte Arndt publizistisch gegen Napoleon und formulierte im Sinne vom Steins die Entwürfe für die russische Koresspondenz mit England und Deutschland.

Zehn Jahre nach der Revolution von 1848 verfasste „Vater Arndt“, das lebende Denkmal der Befreiungskriege, im Alter von 88 Jahren einen literarischen Rückblick aus eigener Sicht auf diese turbulente Zeit. „Meine Wanderungen und Wandelungen mit dem Reichsfreiherrn vom Stein“ wurde posthum veröffentlicht und ist neben den „Jugenderinnerungen“ Arndts bekanntestes und am häufigsten nachgedrucktes Werk. 2013 erschien aus gegebenem Anlass im Verlag Johannes G. Hoof ein weiterer, leider unkommentierter Abdruck der „Wanderungen und Wandelungen“. Ersatzweise ist dem Text das in der Ausgabe von 1925 abgedruckte Vorwort der Schriftstellerin Ricarda Huch vorangestellt worden. In ihrem Vorwort verweis Huch auf die bitteren Folgen für Arndt und viele „Edle, welche Deutschland (vor und während der Freiheitskriege) gerettet hatten“. 1820 war der Dichter und Gelehrte in den Verdacht geraten, seine Stellung als Geschichtsprofessor in Bonn für demagogische Zwecke missbraucht zu haben. Er wurde vom Lehramt suspendiert und erst 20 Jahre später wieder vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. in sein Amt eingesetzt. Hochbetagt zog Arndt im Mai 1848 als Abgeordneter für Solingen in die Nationalversammlung ein: „Aber sein Abfall vom großdeutschen Ideal entfremdete ihm viele Herzen, die von Österreich nicht lassen wollten“, so Huch.

Erlebnisse der Jahre 1812 bis 1817

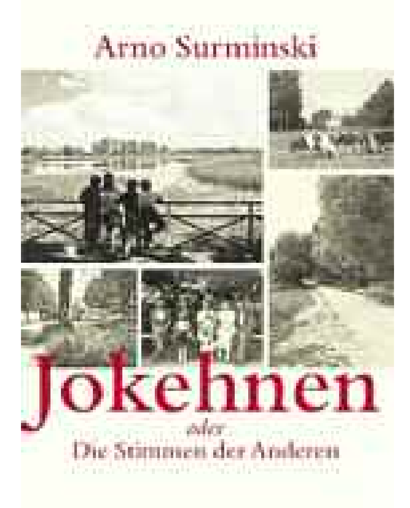
Lebhaft und bildreich schildert der Autor in den „Wanderungen und Wandelungen“ seine Erlebnisse während der Jahre 1812 bis 1816/1817. Nach Beginn der Freiheitskriege traf er wesentlich seltener mit dem Freiherrn vom Stein zusammen, den er „den Löwen“ nannte und in dessen Auftrag er mehrere Reisen unternahm.

Arndts Bild von König Friedrich Wilhelm III. war in ein mildes Licht getaucht, obgleich seine berufliche Karriere unter dessen Herrschaft zerstört worden war. Der König, so Ernst Moritz Arndt, habe beim Aufspüren angeblicher „demagogischer Umtriebe“ an den Universitäten und in der Presse zur Mäßigung gemahnt und somit noch schlimmere Auswüchse verhindert.

Leider fehlen dem Band Personen- und Ortsregister, was den gezielten Zugriff auf den nicht untergliederten Inhalt verhindert. *Dagmar Jestrzemski*

***Ernst Moritz Arndt: „Meine Wanderungen und Wandelungen mit dem Reichsfreiherrn vom Stein“**, Verlag Johannes G. Hoof, Warendorf 2013, broschiert, 212 Seiten, 12,80 Euro*

Weitere Bücherangebote finden Sie bei der Rautenberg Buchhandlung Seite 23.



Schätze aus Keller geborgen

Arno Surminski publiziert Leserreaktionen zu »Jokehnen«

Der Roman „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“ zählt zu den Lieblingsbüchern der Rezensentin. Umso ungnädiger wurden die letzten Veröffentlichungen des „Jokehnen“-Autors Arno Surminski aufgenommen, da es sich überwiegend um neu arrangierte alte Erzählungen handelte, die zudem nicht das Niveau des 1974 erschienenen Romans erreichten. Als sein neues Buch „Jokehnen oder Die Stimmen der anderen“ die *PAZ*-Redaktion erreichte, wurde es ebenfalls mit wenig Begeisterung entgegengenommen. Wie bitte, macht er jetzt aus Zuschriften, die er zu „Jokehnen“ erhielt, ein Buch? Fällt dem jetzt gar nichts mehr ein?

Surminski, der im August 80 Jahre alt wird und dessen berühmtestes Werk „Jokehnen“ vor 40 Jahren erschien, hat jedoch gut daran getan, die Schätze in den rund 50 Aktenordnern aus seinem Keller zu bergen, denn sie sind mehr als nur Leserreaktionen. Viele von ihnen enthalten persönliche Erinnerungen an die Zeit von Flucht und Vertreibung, aber auch das Leben in Ostpreußen. So schrieb 1992 Gisela Sch. an Surminski, dass sich ihr Vater mit ihrem Mann an einem Weihnachtsabend angeregt über das Schicksal des elfjährigen Hermann Steputat unterhalten habe, der Hauptfigur in dem autobiografischen Roman „Jokehnen“, die nach der Verschleppung der Eltern durch die Rote Armee im teils zerstörten Ostpreußen ums Überleben kämpft. „Ohne daran zu denken, dass seine eigene Tochter, drei Meter entfernt stehend, in gleicher Zeit und gleichaltrig, Ähnliches erleiden musste“, so die Briefschreiberin. „Durch die Hölle bin ich gegangen, in vorderster Kriegsfront gewesen, im Kugelhagel, Panzer auf mich zugerollt, Gewehr- und Pistolenläufe auf mich gerichtet ... Und dreimal elendig vergewaltigt. 1946 wurde ich über das Rote Kreuz wieder eingesammelt.“

Autor erteilt Zeitzeugen das Wort

Surminski hat auch seine Antwort an die Dame mit abgedruckt, in der er Verständnis für die Haltung des Vaters bekundet. Heute bedauert er jedoch seine Reaktion, wie er anschließend schreibt: „Ich habe zu deutlich Partei ergriffen für den toten Vater, statt da zu tun, was der Vater versäumt hatte, sie tröstend ‚in den Arm zu nehmen‘.“

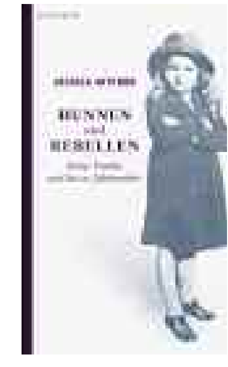
Eine andere Leserbriefschreiberin, selbst 1946 geborenes Kind eines ostpreußischen Ehepaares, bekennt, dass sie erst nach der Lektüre des Romans ihren älteren Bruder besser verstehen gelernt habe. So seien bestimmte seiner Charakterzüge anscheinend dem Umstand geschuldet, dass er als Sechsjähriger während der Flucht von seiner Mutter Verantwortung übertragen bekommen habe, der er nicht gewachsen gewesen sei. Andere hingegen fühlten sich durch den Roman veranlasst, Ostpreußen zu bereisen und schildern Surminski ihre Reiseerfahrungen. Selbst aus den USA und Skandinavien schrieben Leser an den Autor und erklärten, warum „Jokehnen“ sie so bewegt habe.

Surminski druckt nicht nur viele seiner Antworten mit ab und verrät somit seine eigenen Positionen, sondern kommentiert auch nachträglich einige Briefe. So erwähnt er gleich mehrfach, einige Ostpreußen hätten sich beschwert, dass er ihre Heimat nicht im besten Licht dargestellt habe. „Da steckt die Angst dahinter, von denen ‚im Reich‘ als verkommene Wilde angesehen zu werden. Eine völlig unnötige Angst. Denn die Schönheit Ostpreußens hat nichts mit Zentralheizung, asphaltierten Straßen und elektrischem Licht zu tun, auch nicht damit, dass es ein biss-chen sauberer war als im angrenzenden Polen.“

Sehr viele Briefe enthalten Klagen über die 1987 erfolgte Verfilmung des Buches, die vor allem im dritten Teil vor politischer Korrektheit nur so triefte. „Ich geriet in die sonderbare Lage, einen Film verteidigen zu müssen, gegen den ich auch gewisse Vorbehalte hatte, vor allem wegen der politisch motivierten Änderungen des Drehbuchs vor Toresschluss“, kommentiert Surminski die von Enttäuschung geprägten Zuschriften.

Surminskis Briefe lassen Zeitzeugen zu Wort kommen, die zum Teil längst tot sind, was dem Buch eine besondere Berechtigung gilt. Bewegend ist zudem, dass es auch Leserreaktionen waren, die Surminski bei der Klärung des Schicksals seiner eigenen verschleppten Eltern halfen und dem Autor eine Gewissheit gaben: „Der übersetzte Text hat mich insofern beruhigt, als ich nun zu wissen glaube, dass meine Eltern nichts voneinander gewusst haben ... Wären beide im gleichen Lager gewesen, hätten sie gewusst, dass ihr Kind sich irgendwo allein herumtreibt.“ *Rebecca Bellano*

***Arno Surminski: „Jokehnen oder Die Stimmen der anderen“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2013, geb., 189 Seiten, 19,95 Euro*



Front verlief durchs Kinderzimmer

Adlige Britinnen zwischen Faschismus und Kommunismus

An den Lebensläufen der sechs englischen Mitford-Schwestern spiegeln sich die ideologisch-politischen Extreme der 20er bis 50er Jahre. Nun liegen die Kindheits- und Jugenderinnerungen „Hunnen und Rebellen“ von Jessica Mitford aus dem Jahr 1960 in einer deutschen Übersetzung vor. Das „Hunnen“ im Titel bezieht sich allerdings nicht auf die Hunnenrede des deutschen Kaisers von 1900. In der rauflustigeb Görensprache changieren „Hons“ vielmehr zwischen „Hennen“ und „Honourables“, womit zugleich die Spanne zwischen Sparsamkeit und Hochmut ausgemessen ist, die den ländlichen Hausstand des zweiten Baron Redesdale kennzeichnet, des Vaters der Schwestern.

Die Demarkationslinie verläuft durch das Kinderzimmer. Tochter Diana heiratet erst den Brauerei-Millionär Guinness, später dann den britischen Faschistenführer Oswald Mosley. Als Schwester Unity ankündigt, dass sie nach Deutschland gehe, um Hitler kennenzulernen, erwidert Jessica: „Ich laufe weg und werde Kommunistin.“ Aus dem Zwiespalt ihrer Verehrung für Hitler und ihrem britischen Selbstbewusstsein heraus versucht Unity, sich bei Kriegsausbruch umzubringen.

Ihre wahren Empfindungen lässt die Autorin durch eine Hülle aus Selbstironie und Zurückhaltung hindurchfühlen. Die pubertierende Jessica erfährt: „Plötzlich wird man sich bewusst, dass Hundertschaften von Menschen, ... genauso wirklich sind wie man selber, alle mit ihrer eigenen Individualität, Vergangenheit, sogar einer Kindheit im Hintergrund.“ Eine wohltätig gemeinte Patenschaft für ein Arbeiterkind belehrt sie über den harten Widerspruch zwischen idealistischen Erwartungen und schnöder Realität. Ein standesgemäßer Weg in die Praxis des Kommunismus soll gefunden werden. Der eröffnet sich ihr an der Seite des bewunderten Churchill-Neffen Edmond Romilly. Das Enfant terrible leitet eine rebellische Schülerzeitung, wird entmündigt und flieht in den spanischen Bürgerkrieg. Nach seiner Rückkehr machen sich die beiden Teenager erneut nach Spanien auf, erzwingen die Zustimmung zur Heirat von den Eltern. Später gehen sie in die Vereinigten Staaten. Dort leben sie ärmlich, erschleichen Leistungen als Mietnomaden, schuften in unqualifizierten Jobs und treten gleichwohl in der Oberschicht in großer Garderobe auf. Als „Kontrasterei“ bezeichnet Edmond Romilly das.

Die Geschichte aus einer subjektiven und doch keineswegs gewöhnlichen Sicht wahrzunehmen, gibt der Lektüre ihren Reiz. Das Buch ist Ausdruck wirklicher Noblesse der Autorin und ihrer überlegenen Humanität. Mit ihrem lässig-trotzigen Stil zeigt Jessica, dass ihr politischer Abscheu vor den Reaktionären der natürlichen Zuneigung zu den konträren Schwestern Diana und Unity keinen Abbruch getan hat. *Sebastian Hennig*

***Jessica Mitford: „Hunnen und Rebellen. Meine Familie und das 20. Jahrhundert“**, Berenberg 2013, Berlin, geb., 336 Seiten, 25 Euro*

Sie verkörperte Deutschlands Tragödie

Bildbiografie der Kronprinzessin Cecilie – Vom Glück und der Liebe zu schnell verlassen

Jörg Kirschstein hat in „Kronprinzessin Cecilie. Die Bildbiografie der letzten deutschen Kronprinzessin“ deren Leben in beeindruckenden und zum Teil bisher unveröffentlichten Bildern dokumentiert. Betrachtet man ihr Geburtsjahr, 1886, so wünscht der Leser, man hätte die junge Cecilie zu Mecklenburg-Schwerin, die den Betrachter der Bilder so hoffnungsfroh entgegenlächelt, vor den bevorstehenden Ereignissen der kommenden Jahrzehnte warnen können.

Im Juni 1905 heiratete sie im großen Stil den preußischen Thronfolger Wilhelm. Dieser hatte zuvor ein Auge auf die großgewachsene schlanke Cecilie geworfen, als er ihrem Bruder im Juni 1904 im Namen seines Vaters Wilhelm II. ein Hochzeitsgeschenk überreicht hatte. Bereits im September 1904 folgte die Verlobung des Paares und sorgte für ein bis dahin ungekanntes Medieninteresse. Da zahlreiche Hoffotografen das junge Paar von nun an auf Schritt und Tritt begleiteten, darf der Leser in diesem Bildband viele schöne Fotos der jungen Adligen bewundern. Jung und vital lächeln beide in die Kamera, ein verliebtes, glückliches Paar.

Die beliebte Kronprinzessin unternahm nach der Hochzeit viele Reisen und galt schon bald durch ihre aufwendigen Frisuren und die exquisiten Kleider als Modeikone, was sich anhand der Fotografien gut nachvollziehen lässt. Fließende Seide, durchscheinender Gazestoff, wertvolle Broschen und Colliers zieren die schlanke Gestalt der jungen Ehefrau. Schon ein Jahr nach der Hochzeit bekam Cecilie den erhofften Thronfolger, und wäre die Liebe des Kronprinzen und der Kronprinzessin ein Märchen gewesen, so hätte sich an dieser Stelle der Geschichte der Satz „und sie lebten glücklich bis an das Ende ihrer Tage“ befinden müssen.

Sie weigerte sich, mit ins Exil zu gehen

Doch das Ende des Ersten Weltkrieges setzte dem Glück der Eheleute und der Monarchie im Deutschen Reich ein jähes Ende. Der Verlust an Prestige und Reichtum zog schwerwiegende Änderungen im Leben der jungen Kronprinzessin mit sich. Da Wilhelm mit seinem Vater ins niederländische Exil musste, Cecilie sich aber weigerte, Berlin zu verlassen, war sie mit ihren sechs Kindern – eines davon mit Down-Syndrom – auf sich allein gestellt. Die Bilder, welche Pressefotografen nach der Heimkehr des Kronprinzen 1923 von dem Paar machten, zeigen deutlich, dass die Eheleute sich entfremdet hatten. Während Wilhelm schlank, stolz und aufrecht wie eine junge Eiche posiert, wirkt die rundlich gewordene und recht altdamenhaft gekleidete Cecilie irgendwie fehl an seiner Seite. Die jugendliche Schönheit der Kronprinzessin war durch Sorgen und Ängste augenscheinlich verblüht.

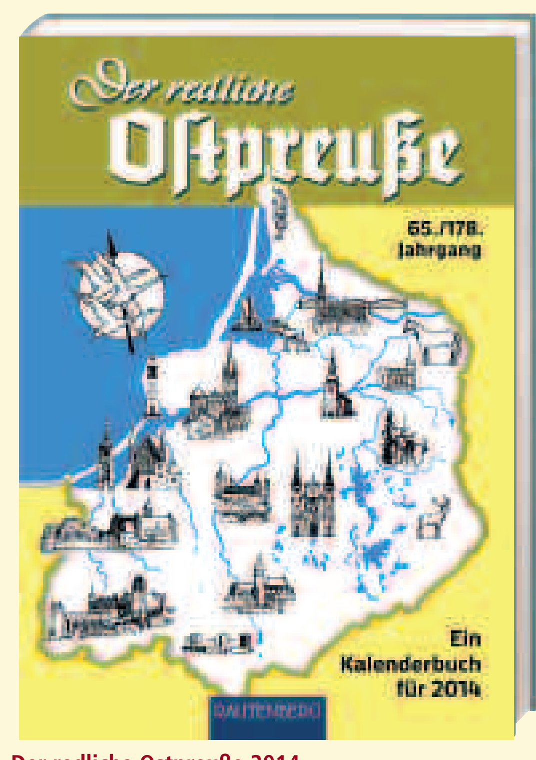
Kirschstein berichtet in der Bildbiografie neutral über das Leben der letzten Kronprinzessin. Er selbst maßt sich keine Interpretationen an, überlässt dies dem Leser anhand der geschichtlichen Informationen und Eckdaten sowie der aussagekräftigen Fotografien. Der Leser kommt nicht umhin, Cecilie als tragische Figur zu betrachten, deren Schönheit und Glück viel zu schnell dahinschwanden. Doch hebt Kirschstein auch hervor, wie engagiert und couragiert sie stets handelte.

Betrachtet man das gesamte Leben der Kronprinzessin, so fällt auf, dass, obwohl der Kronprinz Cecilie über viele Jahre hinweg betrogen und mit anderen Frauen zusammengelebt hatte, sie erst kurz nach seinem Tod einen Schlaganfall erlitt und bald darauf 1954 verstarb, so, als wäre ihr Lebensmut, die Hoffnung und Sehnsucht nach Liebe, welche noch auf den Verlobungs- und Hochzeitsfotos aus ihren Augen strahlten, erst mit dem Tod ihres Ehemannes endgültig erloschen. *Vanessa Ney*

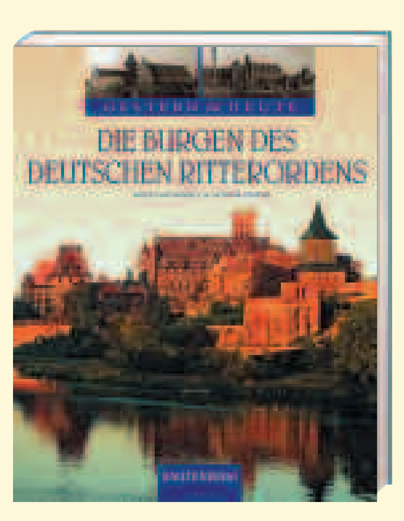
***Jörg Kirschstein: „Kronprinzessin Cecilie. Die Bildbiografie der letzten deutschen Kronprinzessin“**, be.bra Verlag, Berlin-Brandenburg, geb., 160 Seiten, 19,95 Euro*



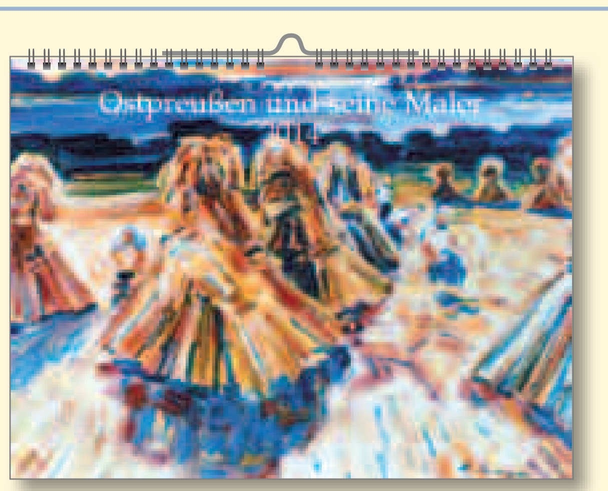
Großformat-Kalender
Ostpreußen 2014
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Königsberg, Schwarzort, Marienwerder, Pillkoppen, Elbing, Allenstein, Memel, die Marienburg, den Dom von Frauenburg, Nikolaiken, den Friedrichkanal bei Elchwerder und die Bischofsburg in Rößel. Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535131 **27,95 €**



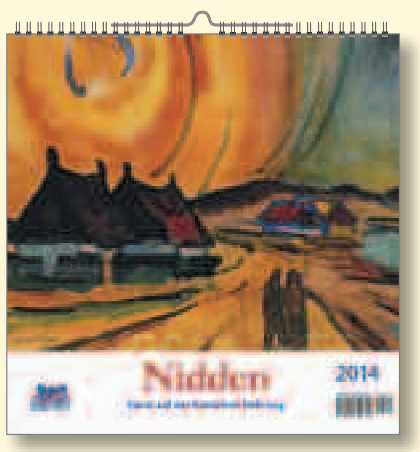
Der redliche Ostpreuße 2014
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2014, jetzt mit 16 Seiten mehr Inhalt. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten sowie Erzählungen und Gedichten von: Eva Schwimmer, Hedy Groß, Charlotte Keyser, Agnes Harder, Charlotte Wüstendörfer, Hans Graf von Lehndorff, Hermann Sudermann, Hannelore Patzelt-Hennig, Walter von Sanden-Guja, Bogumil Goltz, Walter Scheffler, Renate Dopatka, Agnes Miegel, Erminia von Olfers-Batocki, Eva Maria Sirowatka, Wilhelm Matull, Hildegard Rauschenbach, Ernst Wiechert, Grete Fischer u.v.m.
Format 17 cm x 24 cm. 144 Seiten.
Nr. P 533167 **Gebunden** **9,95 €**



Wolfgang Korall/Gunnar Strunz
Die Burgen des Deutschen Ritterordens
Die Wehr- und Repräsentationsburgen, die der Orden der Nachwelt hinterließ, sind die markantesten Zeugen jener Zeit. Dieser Bildband berichtet fundiert über die noch heute eindrucksvollen Bauten, aber auch über die mächtigen Ruinen. Zu den absoluten Höhepunkten einer Burgenreise gehören dabei neben der Marienburg u. a. Heilsberg (Lidzbark Warmiski), Rößel (Reszel), Allenstein (Olsztyn) und die Ordensburg und Ordensdom in Marienwerder (Kwidzy). Einzelne Kapitel des Buches berichten u. a. über verschwundene Burgen, berühmte Hochmeister, die besondere Architektur, das Leben auf einer Deutschordensburg und die spezielle Geschichte der Marienburg.
160 Seiten, 32 historische und 185 farbige Abbildungen, 24 x 30 cm, gebunden mit Schutzumschlag,
Nr. P 533158 **Bildband** **24,95 €**



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2014
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußen aus der Erinnerung“.
Format 50 x 35 cm
Nr. P A0641 **22,60 €**



Kunst-Postkarten-Kalender Nidden 2014
Mit 12 Kunst-Postkarten bekannter Maler der Künstlerkolonie Nidden. Spiralbindung. Format 16,6 x 17,4 cm
Nr. P A0612 **Kalender** **6,95 €**



Schlüsselanhänger mit Wappen Ostpreußen
45 mm in der Diagonale
Nr. P 9968 **4,95 €**



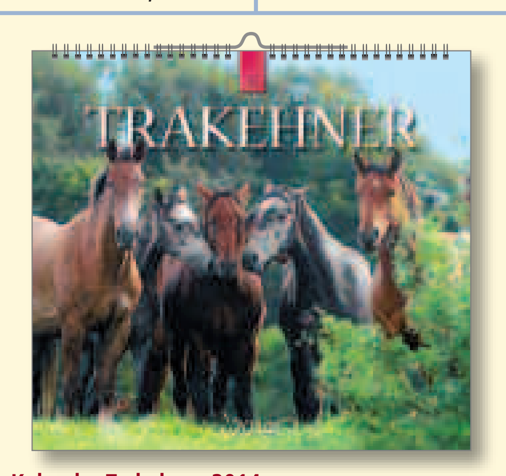
Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535209 **Kalender** **14,95 €**



Kalender Masuren in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Land der kristallenen Seen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535208 **Kalender** **14,95 €**



Kalender Elche 2014
Mit 12 brillanten Motiven von Elchen, dem Wappentier Ostpreußens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535188 **Kalender** **9,95 €**

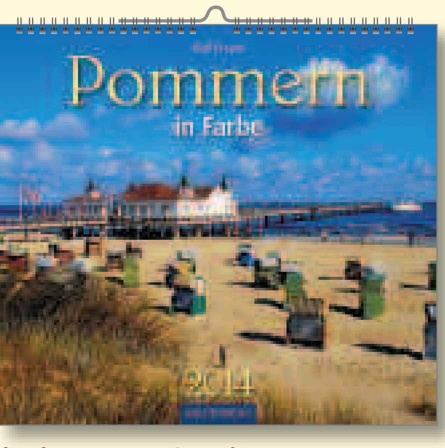


Kalender Trakehner 2014
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535204 **Kalender** **9,95 €**



Pralinenverpackung Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5664 **Marzipan** **11,00 €**

Pralinenverpackung Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß“
225 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5666 **Marzipan** **11,00 €**



Kalender Pommern in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535210 **Kalender** **14,95 €**



Kalender Schlesien in Farbe 2014
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535212 **Kalender** **14,95 €**



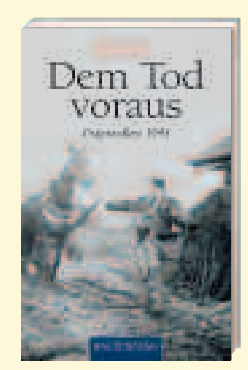
Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
66 S/W-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden
Nr. P 533161 **14,95 €**

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal auferstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.



Gertrud H. Pastenaci/ Stefan Pastenaci (Hrsg.)
Die Gärten meines Lebens
Lebenserinnerungen einer Ostpreußin
20 S/W-Abb. 288 Seiten/Geb.
Nr. P 533161 **16,95 €**

Die Erinnerungen von Gertrud Pastenaci sind ein warmherzig und lebendig geschriebenes Zeitdokument. In ihnen schildert sie in kurzen tagebuchartigen Abschnitten ihre behütete Kindheit als Pfarrerstochter in Heiligenkreuz im Samland, die jäh durch die Wirren des Ersten Weltkrieges unterbrochen wird und ihr Leben an der Seite ihres Mannes, des Journalisten und Schriftstellers Kurt Pastenaci, mit dem sie ihre geliebte Heimat Ostpreußen verlässt, um mit ihm nach Berlin zu ziehen. Ihr Leben dort wird überschattet von der Herrschaft der Nationalsozialisten, während der sie die Verhaftung ihres Mannes und vieler Freunde erleben muss.



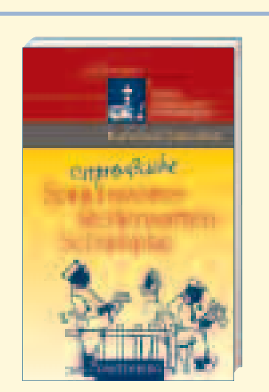
Herbert Noé
Dem Tod voraus
Ostpreußen 1945
Ein Zeitzeugenbericht.
67 S/W-Abbildungen
168 Seiten/Gebunden
Nr. P 533131 **Geb.** **14,95 €**

„Wir mussten mit den Wölfen heulen“, das ist die Erkenntnis von Herbert Noé als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.

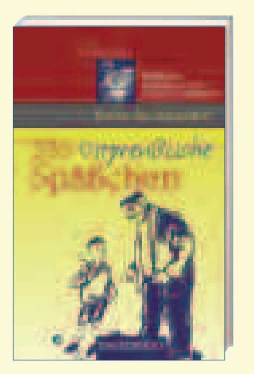


Alfred Rubbel (Format 24 x 30 cm)
Im Panzer IV und Tiger an der Ostfront
Das persönliche Kriegstagebuch des Alfred Rubbel 1939 – 1945
252 Seiten/395 Abbildungen
Nr. P 540008 **Geb.** **24,95 €**

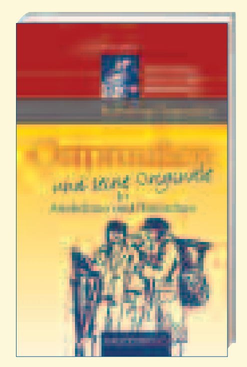
Als Alfred Rubbel, am 28. Juni 1921 in Tilsit geboren, sich im Alter von 18 Jahren freiwillig zur Wehrmacht meldet, ahnt er noch nicht, welch ungewöhnliches Soldatenschicksal ihn erwartet. Nach seiner Versetzung zur Panzerwaffe beginnt für den jungen Soldaten mit dem „Unternehmen Barbarossa“ der Russlandfeldzug. Zunächst als Lade-, dann als Richtschütze erlebt er den schnellen Vorstoß nach Osten. Nach Umschulung auf den Panzer VI „Tiger“ erfolgt seine Kommandierung zur Tigerabteilung 503, mit der er nun als Panzerkommandant bei der Operation „Zitadelle“ und bei der Öffnung des Kessels von Tscherkassy zum Einsatz kommt.



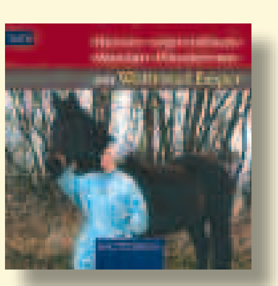
Rudolf Meitsch
Ostpreußische Sprichwörter, Redensarten und Schwänke
Lorbas nimm noch e Schlubberche
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 533067 **9,95 €**



Martin Kakies
333 ostpreußische Späßchen
Köstliche Anekdoten und lustige Geschichten
148 Seiten/Gebunden
Nr. P 533106 **9,95 €**



Wilhelm Matull
Ostpreußen und seine Originale in Anekdoten und Histörchen
232 Seiten/Gebunden
Nr. P 1891 **9,95 €**



Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart.
(Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 **CD** **12,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

3000 Militante nach Rumänien

Washington/Bukarest – Wie der britische „Telegraph" berichtet, haben sich die Regierungen der USA und Rumäniens darauf geeinigt, dass das EU-Land die rund 3000 Mitglieder der schwer bewaffneten islamistischen Terrorgruppe „Mojahedin-e Khaliq" aufnimmt. Die iranische Gruppe, die in Opposition zu Teheran steht, wird für Tausende Morde verantwortlich gemacht. Sie hat ihr Hauptquartier derzeit im US-dominierten Irak. *H.H.*

Spott über Klimaforscher

Canberra – Zum Schaden nun der Spott: Die Expeditionsteilnehmer, die über Wochen im antarktischen Packeis auf dem russischen Forschungsschiff „Akademik Schokalskij" festsaßen, müssen die Häme der Klimaskeptiker über sich ergehen lassen. Sie wollten vor Ort die Folgen der Erderwärmung, das schmelzende Polareis, dokumentieren. Stattdessen waren sie gefangen in ungewöhnlich dikkem Eis. Das sei schon „ironisch", so ein Kritiker. *H.H.*

ZUR PERSON

Advokat der Extremisten

Für die Staatsanwaltschaft Hamburg ist er vor Gericht einer der unbeliebtesten Widersacher: Rechtsanwalt **Andreas Beuth** findet immer wieder Mittel und Wege, um für seine Klienten, die nach gewalttätigen Demonstrationen wegen Angriffen gegen Polizeibeamte angeklagt wurden, einen Freispruch zu erwirken.

Für Beuth ist ohnehin klar: Linke Demonstranten können keiner Fliege etwas zuleide tun. Die Aggressoren sind immer die anderen. So sei kurz vor Neujahr eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen linken Aktivisten, die um den Erhalt des sogenannten alternativen Kulturzentrums „Rote Flora" kämpfen, und drei Polizeibeamten in der Nähe der Davidwache an der Reeperbahn „polizeilich inszeniert" gewesen.

Nach seiner Logik hat sich ein Polizist demnach selbst einen Kieferbruch beigebracht, damit die Stadt eine Rechtfertigung dafür habe, ganze Stadtteile als „Gefahrengebiete" zu deklarieren, in denen die Polizei Passanten grundlos kontrollieren kann (siehe S. 8). Mit seiner schwarzen Lederkleidung und -kappe mimt Beuth den Klaus Croissant von heute. Wie der frühere RAF-Verteidiger hegt der 1953 geborene Beuth unverhohlen Sympathie für linke Kampfgenossen.



2011 entstand das Filmporträt „Das hat mit Gerechtigkeit wenig zu tun". Darin schildert Beuth seine harte Kindheit in Norderstedt bei Hamburg und wie seine Eltern ihn zwangen, Verwaltungsbeamter zu werden. Er brach die Lehre ab, studierte Jura und arbeitete in einem Anwaltskollektiv mit, was ihm einen Ruf als „Anwalt der linken Szene" einbrachte. Als er im Gericht mit einer Signalrakete ohne Munition erschien und er wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt wurde, fand er auch hier einen juristischen Kniff für einen Freispruch. *tws*



Die hellenistische Epoche

Immer das Gegenteil

Wo man ohne Schulabschluss Facharbeiter wird, wie wir Klischees mit Klischees bekämpfen, und wo die armen Teufel wohnen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wer in der vergangenen Woche durchs Fernsehprogramm geglitten ist, der musste wirklich blendend navigieren und blitzschnell reagieren können, um einer Belehrung über den unermesslichen Wert bulgarischer und rumänischer Facharbeiter für die deutsche Wirtschaft zu entgehen. Der Trommelwirbel donnerte uns überall entgegen, ob aus der näselnden Kultursendung, dem bayerischen Regionalfernsehen oder den üblichen Polit-Journalen.

Vor allem müsse man den Angstmachern und Populisten entgegentreten, hieß es mit bohrend-moralischem Augenaufschlag. Es komme darauf an, die Dinge „differenziert" zu betrachten und sich vor „Pauschalurteilen" zu hüten.

Da sind wir doch gern dabei! Also, differenzieren wir mal: Was sind das denn im Einzelnen für Gruppen, die aus Rumänien und Bulgarien zu uns kommen, na?

Vorsicht, Falle: Wer so denkt oder gar redet, begibt sich in Teufels Küche. Das mit dem „Differenzieren" ist nämlich als Neusprech zu verstehen. Neusprech bedeutet: Das Gesagte meint genau das Gegenteil dessen, was es sagt.

So auch hier: „Differenziert betrachten" meint, dass wir gerade nicht differenzieren sollen. Sonst kämen wir auf die Idee, die einwandernden Roma gesondert anzuschauen, von denen fast jeder zweite keinen Schulabschluss besitzt und erschreckend viele nicht einmal lesen und schreiben können. Wenn das trotzdem alles „Facharbeiter" sind, fragt am Ende noch einer, welche Hürden man für diesen Titel auf dem Balkan eigentlich nehmen muss.

Damit es soweit gar nicht erst kommt, werden unsere Gedanken mit wuchtigen Parolen verbrettert wie „Deutschland braucht Zuwanderung". Kaum einer wagt öffentlich zu bemerken, dass dieser Satz ebenso sinnig ist wie „Eine gute Ernte benötigt Wetter". Wer würde bei einer derart blödsinnigen Aussage nicht den Kopf schütteln: Logisch kann „Wetter" hilfreich sein bei der Ernte, genauso gut kann es den Ertrag aber auch völlig ruinieren. Kommt halt drauf an, welche Art von Wetter gemeint ist.

Mit anderen Worten: Das Motto „Deutschland braucht Zuwanderung" ist offensichtlich der Versuch herauszubekommen, ob wir die Schwachsinnsgrenze bereits hinter uns gelassen haben. Und wer weiß: Vielleicht sehen die Bewohner etlicher deutscher Stadtviertel, die mit der „Facharbeiter"-Schwemme bereits ihre ganz eigenen Erfahrungen gesammelt haben, die Dinge nun ganz anders.

Wir sollen nicht mehr so in Gruppen-Klischees denken. Und richtig: Wer glaubt, Roma seien grundsätzlich schräg, hat tatsächlich einen an der Murmel. Leider aber ist es völlig normal, dass gehäuft auftretende Verhaltensweisen in einer Gruppe schnell auf alle übertragen werden. Das erleben auch brave, höfliche deutsche Touristen, wenn sie dort durchkommen, wo die Busse mit den Raufbolden aus der Heimat regelmäßig aufschlagen. Da gibt es dann schon gewisse „Pauschalurteile" über Deutsche, die nicht immer positiv auffallen. Zumindest solange, bis die Engländer kommen.

> Der reinen Sprache wegen haben sie sogar Kennedys Rede nachträglich gesäubert

Das mit den Pauschalurteilen über bestimmte Immigrantengruppen müsse aber aufhören, fordert Rino Iervolino vom Landesverstand der kommunalen Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg. Leider verstrickt er sich bei seinen Forderungen rettungslos in Widersprüche, aus denen wir ihm auch nicht raushelfen können.

Richter und Lehrer müssten sich von „Klischees" trennen und Immigranten vor ihrem „kulturellen Hintergrund" sehen, womit bisweilen auch mildere Urteile herausspringen, hofft Iervolino, von Beruf Anwalt. Dafür sollten die Juristen und Pädagogen Kurse über die Immigranten-Kulturen besuchen, die vielleicht auch verpflichtend werden könnten.

Doch hier liegt der Hase im Pfeffer: Wer „kulturelle Hintergründe" beschreibt, der kann gar nicht anders, als „Klischees" auszubreiten wie „Türken sind leichter mal aufbrausend" oder „Araber haben ein anderes Rollenverständnis in der Familie" und so weiter.

Indes: Ob sich Leute wie der Herr Iervolino wirklich stören an solchen Widersprüchen? Kaum: Je widersprüchlicher der Kram wird, desto eher ist sichergestellt, dass wir nie eine Lösung finden und es daher für immer Arbeit, Einkommen und öffentliche Aufmerksamkeit gibt für „Migrantenvertreter" wie ihn.

Das Arsenal an „rassistischen Skandalen" darf daher nie leerlaufen. Es kann einem sogar der eigene Familienname zum Verhängnis werden. Die Mainzer Dachdeckerfirma „Ernst Neger" steht gerade in einem solchen Sturm der Entrüstung. Da man am Namen wenig machen kann, haben sich die Entrüsteten auf das Firmenlogo gestürzt, das einen lächelnden Mann auf einem Dach zeigt, der eindeutig als stilisierter Schwarzafrikaner zu erkennen ist. Manchmal werde das Firmenschild von „Gutmenschen" überklebt, berichtet Inhaber Thomas Neger. In der Regionalpresse tobt eine hitzige Debatte.

Vom „Neger" sind die Sprachreiniger ohnehin längst weitergezogen und haben den „Schwarzen" ins Visier ihrer Säuberungsbemühungen genommen. Die USA sind Vorreiter, statt „Black Americans" heißt es da offiziell schon lange „Afro-Americans". Deutsche Übersetzer sehen sich bemüßigt, die Reinigung sogar rückwirkend zu vollziehen. In einer Doku über John F. Kennedy sagte der Präsident in einer Rede mehrfach „Negroes", in der deutschen Synchronisation wurde daraus pflichtschuldigst „Afro-Amerikaner" gemacht. Gut aufgepasst, Herr Redakteur! In der deutschen Übersetzung einer US-Dokumentation über die Sklaverei in Nordamerika hören wir gewiss bald, wie der Grundbesitzer seine Sklaven als „Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit erzwungenem Migrationshintergrund" begrüßt. Alles andere verkraften wir nämlich nicht mal mehr historisch.

Und wie gesagt, auch der „Schwarze" rutscht langsam aber sicher auf die Verbotsliste. Schlimm nur, dass wir den nicht bloß als Familiennamen verdammt häufig finden, selbst unsere Landkarten sind voll von der rassistischen Trennung in „Schwarze" und „Weiße", nicht nur in der Berliner „Mohrenstraße" (siehe S. 3).

Wenn ein schwarzer Seemann, Verzeihung, wenn ein Seefahrender mit Afro- ... Dingsda ... was auch immer, also wenn eben dieser gen Hamburg die Elbe hochfährt, sieht er an Backbord zunächst strahlend und elegant den Stadtteil Blankenese, was so viel bedeutet wie „weiße Landzunge". Kurz darauf wird er auf Steuerbord fern im Dunst mit den „Schwarzen Bergen" provoziert. Die rassistische Botschaft hinter diesen Ortsbezeichnungen und ihrer geografischen Verteilung ist nicht zu leugnen.

Das müsste man auch mal umbenennen, aber wie? Diese Umbenennungen können ja so gruselig schiefgehen. Die tapferen Indianer nennen sich heute „Native Americans", weil ihnen die bisherige Bezeichnung „Indians" unpassend, nämlich als kolonialistische Fremdbezeichnung erschien.

Aber was ist an „Native Americans" besser? Mit „America" benannte ein deutscher Kartograf den Kontinent, und zwar nach einem italienischen Seefahrer. „Native American" ist also keinen Deut weniger „kolonialistisch", weil ebenfalls von einem weißen Europäer erfunden, als „Indian".

Um das Fiasko der politischkorrekten Neubenennungen komplett zu machen: Den „Afro-Amerikanern" geht es sogar noch schlechter. „Africa" war ursprünglich nur der Name einer römischen, sprich einer weißen, europäischen Kolonie am Nordrand des Kontinents, da wo heute Tunesien liegt. Später erst verbreitete sich die Bezeichnung über den ganzen Erdteil.

Die „Afro-Amerikaner" haben also die herkunftsfreie Bezeichnung nach Hautfarbe („Blacks") eingetauscht gegen ein Doppel-Etikett aus gleich zwei weißen Kolonialepochen. Und das feiern sie nun als „Ausdruck ihrer Selbstbestimmung". Arme Teufel.

MEINUNGEN

***Michael Klonovsky** geißelt in seinem eigenen Internetportal (28. Dezember) das **Fehlen** einer eigenständigen **deutschen Interessenspolitik**. Ein Manko, das er anhand zweier brisanter Beispiele illustriert:*

„Das Putin-Bashing aus nebensächlichen Gründen ist ein weiteres trauriges Zeugnis für die quasi schon regierungsoffizielle Ersetzung vernünftiger deutscher Interessenspolitik durch Moralisiererei ... Auch die künstliche Empörung über die flächendeckende Bespitzelung Deutschlands durch den US-Geheimdienst, das naive oder dämliche Gerede von Freunden, die uns hintergangen hätten, als ob es unter Staaten Freundschaften gäbe, gehört in diesen Kontext der Interessensvergessenheit. Womöglich wäre Amerikas Ohr für deutsche Befindlichkeiten offener, wenn Berlin und Moskau sich öfter mal die Hände reichten?"

***Lorenz Jäger** versucht in der „Frankfurter Allgemeinen" (3. Januar), den **neuen Blick auf den Ersten Weltkrieg**, also den Abschied von der Behauptung, Deutschland sei der Hauptschuldige, auch mit **aktuellen** politischen **Erfordernissen** zu erklären:*

„Was sich aber erinnerungspolitisch in Deutschland doch geändert hat, ist zunächst die Basis, um es einmal marxistisch zu sagen. Das Land hat seine Armee in Auslandseinsätze entsandt. Manche unserer Verbündeten mögen sich sogar ein verstärktes ‚robustes' Engagement wünschen. Dies einmal vorausgesetzt, wird man aber dasselbe Land nicht als den Hort eines ‚ewigen' Militarismus hinstellen können."

***Michael Vassiliadis**, Vorsitzender der **Gewerkschaft** Bergbau, Chemie, Energie, warnt im „Focus" (4. Januar) vor den möglichen Folgen, wenn die **EU Deutschland verbieten** sollte, energie-intensiven Unternehmen die EEG-Umlage zu erlassen:*

„Bleibt es bei der Einschätzung der (EU-)Kommission, dass die Befreiung von der EEG-Umlage eine verbotene Subvention darstellt, dann wäre das einer der härtesten Schläge, die den Industriestandort Deutschland treffen können ... Schon heute sind die Stromkosten in Deutschland höher als in fast allen anderen Ländern Europas, trotz der Befreiung von der EEG-Umlage. Außerhalb Europas ist Strom nochmals deutlich günstiger."

***Norbert Häring** erklärt im „Handelsblatt" vom 3. Januar, warum die beschlossene **Bankenunion Augenwischerei** sei und der Steuerzahler auch weiter Banken retten muss:*

„Nehmen wir an, ein neuer Flächenbrand würde erst in zehn Jahren passieren – wenn der Fonds für Pleitebanken gefüllt ist. Dann stehen 55 Milliarden Euro zur Verfügung, in heutiger Kaufkraft vielleicht 45 Milliarden. In der letzten Krise haben die Staaten 1,6 Billionen Euro in die Banken gepumpt. Bei einer künftigen Krise dieser Größenordnung können als nur mickrige drei Prozent der nötigen Rettungsmittel aus dem Bankenfonds gedeckt werden ... Aber wird eine neuerliche Krise nicht unwahrscheinlicher, wenn die EZB die Banken überwacht? Nein. Denn es war dieselbe EZB, die vor der Krise anstandslos die Kreditexzesse der Banken finanziert hat."